Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 57 Jahrgang 6 Juni '89 3.00 DM

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
1000 Berlin 30
030.2621 001 5
##

Ende der Eiszeit!

Redaktion Rhein-Main – Nach 5 Jahren mehr individueller Projektwurstelei wird es endlich wieder ein Treffen geben, zur „Heerschau", zur Neu-Orientierung, zum Kennenlernen über die Projekt- und Nationalgrenzen hinaus: die Vorbereitung für die vierte (und erste europäische) Projektemesse hat begonnen.

Beim ersten organisierten Vorbereitungstreffen (27.-28. Mai in Berlin) zeigte sich, daß die Vorstellung einer neuen Projektemesse durchaus mobilisie*rende Kraft* hat („anmacht"). Schon eine zuvor durchgeführte Telefonbefragung diverser Projekte und Personen hatte durchweg positive Reaktionen gebracht (siehe Seiten 2 und 3 dieser Ausgabe).

Einigkeit herrschte

- in bezug auf den internationalen Charakter der „Messe": eingeladen werden soll europaweit, und dies nicht im Sinne von EG-Europa, sondern im Sinne eines „Europa der Völker". Im Zeitalter der Perestroika gibt es erste Kontakte auch nach Osteuropa und es könnte gut sein, daß diese Kontakte bis zur Durchführung der Messe sich noch wesentlich erweitern lassen.
- in bezug auf den Austragungsort: eine Projektemesse, die nach Westen *und* Osten ausstrahlen will, kann nur in Berlin stattfinden.
- in bezug auf den „inneren Charakter" der Projektemesse. Sie soll sich nicht beschränken auf die Selbstverwaltungs*wirtschaft*, sondern soll im Gegenteil alle Aspekte einbeziehen, die unserem *Leben* seinen Rahmen geben, ein Ausdruck unserer *Kultur* sein im weitesten Sinn des Wortes. Neben allem wirtschaftlichen Austausch, neben dem individuellen Kennenlernen, dem praktischen und dem theoretischen Erfahrungs-Austausch soll vor allem das Gefühl von Gemeinsamkeit und Verbundenheit haften bleiben – so die denn vorhanden sind.
- in bezug auf den Wunsch, diese „Messe" zu einem unübersehbaren „Comeback" der Selbstverwaltung zu machen: ein wahrer Donnerschlag wird's werden, 100.000 und mehr Besucher sollen angesprochen werden.

Fortsetzung nächste Seite

Karl Bergmann (ASH Krebsmühle) gratuliert Juppy (UFA Fabrik) zum „Zehnjährigen" des UFA-Projekts: Das ***Ende der Eiszeit*** *ist in Sicht!* *Foto: Alkie Osterland*

Total vernetzt!

Alternative Vernetzung läuft mit, aber auch gegen Computervernetzung

Red. Nürnberg Ein Billigcomputer mit Ackustik-Koppler reicht. Schon kann über Telefon Wissenswertes oder Banales abgerufen oder eingegeben werden. Die „Mailbox" **LinkSystem** wird für Alternativen genutzt. Einen professionellen alternativen Nachrichtendienst bauten auf solche linken Computernetze und Ökodateien die Wiener Agentur **Phoenix** auf. Ein ganz anders Netzwerk hingegen bildete sich anläßlich eines bundesweiten ISDN-Seminars. ComputernutzerInnen und -kritikerInnen verbünden sich darin gegen die neuen Pläne der Post...

Mehr auf den Seiten 5, 6, 7

„Weiberwirtschaft"

GOLDRAUSCH berichtet über das 1. Feministische Ökonomieforum Berlin vom 24. bis 26. Februar 1989

Red. Frauen Es war eine gute Tagung mit wirklich spannenden Diskussionen, neue Thesen standen zur Debatte, es ging teilweise sehr kontrovers zu, doch das Zuhören stand im Vordergrund, nicht das Betonieren von Positionen. Die Rückmeldungen bewiesen: Es wurde viel ausgelöst an Weiterdenken und Weiterdiskutieren – nicht nur in Berlin. Theoretikerinnen, Praktikerinnen, Politikerinnen – das Spektrum war vielfältig, die Teilnehmerinnen sehr sachkundig, eine Versammlung fast ausschließlich von Fachfrauen. Die nachfolgenden Beiträge skizzieren Resultate der einzelnen Arbeitsgruppen.

Mehr auf S. 8 bis 10

Schwerpunktthema

Feministische Kritik der Ökonomie
Einschätzung der Diskussion
Birgit Cramon-Daiber Seite 8

Arbeitsmarktentwicklung und Berufssegmentation
Sabine Hübner
Sünne Andresen

Expertinnen, keine „Betroffene"
Gerda Lischke *Seite 9*

Viel geschafft und wenig erreicht
Über die Arbeit der sozialen Frauenprojekte
Christa Neesemann

Wirtschaftsentwicklung und Frauen weltweit
Über das Verhältnis von Industrie- und Entwicklungsländern und die Situation von Frauen in der sogenannten Dritten Welt
Gabi Zdunnek Seite 10

Thema: Gegenöffentlichkeit

Soziale Vernetzung gegen Computervernetzung
VernetzungskritikerInnen machen mobil

Datenbank von unten LINKSystem Seite 5

Phoenix aus der Asche?
Agentur-Projekt für Ökologie, Politik und Wissenschaft Seite 6

„Erfrischend anders" mit harten Bandagen
Das engagierte TV-Projekt Kanal 4 im Kampf um seinen Sendeplatz mit RTL-plus

Bewegungsgeschichte der 70er und 80er Jahre
Quellennachweis der Alternativpresse Seite 7

In dieser Ausgabe:

Hang zum Totalitarismus

In dem Maße, wie unter dem Vorzeichen der Kapitalverwertung Wirtschaftsförderung betrieben und liberales Recht als Legitimationsquelle zur Absicherung politischer Herrschaft erschlossen wird, werden die Kommunen zum Vehikel zentralstaatlicher Interessen. Peripherisierung und Ausgrenzung lautet das sozialpolitische Konzept aus Bonn. Kommunale Selbstverwaltung statt Zentralstaatlicher Organisation nicht nur im Bereich der Sozialpolitik fordert Ute Ahmad in ihrem Beitrag

auf Seite 4

Staatsfleisch zerschneiden

Vom Bundestreffen der Totalverweigerer in Hamburg berichtet Matthias Voß

Seite 11

Kornkraft

Verbraucher-Genossenschaft künftig ohne Verbraucher? Über die heutige, eher martialistische Entwicklung der Kornkraft e.G. berichtet Hermann Cropp.

Außerdem ein Bericht von der 7. Jahrestagung der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften

Seite 12

Genossenschaften

Der Kapitalmangel produktivgenossenschaftlicher und selbstverwalteter Unternehmen wird erst durch die Organisationsform zum Problem. Ein Beitrag von Hans G. Nutzinger

auf Seite 13

Außerdem in dieser Ausgabe

Zack Zement
Neue Wohnungsgenossenschaft gegründet

Nicht mehr auf dem tropischen Holzweg
Eine Gruppe von Möbelhändlern boykottiert Tropenhölzer

Rückerstattung der Quellensteuer bei Lebensversicherungen

Seite 14

MIR-Caravane:

Ein europäisches Theaterfestival zwischen Moskau und Bologna

200 SchauspielerInnen aus Ost und West gemeinsam auf einer transkontinentalen Tour d'Europe vom Baltikum bis zum Mittelmeer

Red. Heidelberg Europa ist in Bewegung - Kultur geht über Grenzen. Was bis vor kurzem noch undenkbar schien, wird jetzt Wirklichkeit: Zehn Theatergruppen aus acht Ländern West- und Osteuropas, die Spitzentruppe des internationalen Straßentheaters, haben sich für 1989 zu einer gemeinsamen Tournee zusammengetan, die **Mir Caravane**. Eine Tour d'Europe von Moskau über Leningrad, Warschau, Prag, Berlin, Kopenhagen, Brüssel bis Paris und Bologna.

Sigi Niemer

MIR Caravane – Der Weg des Theaters

Zum ersten Mal realisieren SchauspielerInnen aus Ost und West gemeinsam eine Aktion, die einen Meilenstein in der Theatergeschichte darstellen wird, einmal aufgrund der Originalität ihrer Form als auch hinsichtlich der Hoffnungen, deren Träger sie ist. **MIR Caravane** ist eine Karawane des freien und autonomen Theaters, gleichzeitig aber auch ein den Menschen nahes, demokratisches Theater. **MIR Caravane** ist gelebtes Theater: ein einmaliges künstlerisches, soziales und ökonomisches Experiment. Mit ihm sollen Überlegungen zur Organisation des vielfältigen Alltags und schöpferischen Lebens von fahrenden KünstlerInnen in die Praxis umgesetzt werden: der Schulunterricht für die Kinder, die Verwaltung des fahrenden Dorfes, der Austausch mit der jeweiligen „Karawanserei"-Stadt...

MIR Caravane ist lebendiges Theater innerhalb wie außerhalb der Zelte und die Antwort von Theaterleuten auf die bevorstehenden Veränderungen der Alten Welt. Es ist die Antwort von KünstlerInnen, die Europa mit der Magie ihres Schaffens gemeinsame Räume von Freiheit und Traum anbieten.

MIR Caravane ist schließlich auch ein Projekt internationaler ökonomischer Zusammenarbeit. Beide Hälften Europas beteiligen sich an der Finanzierung dieser Tournee des ganzen Ensembles. Aufgrund der äußerst unterschiedlich funktionierenden Wirtschaftssysteme übernimmt jede Seite dies in ihren jeweiligen Ländern.

Nach zwölf Monaten Vorbereitung und schwierigen internationalen Verhandlungen ist vom Theaterverband der UdSSR im Dezember 88 das endgültige O.K. gekommen:

MIR Caravane findet statt!

Die Gruppen trafen bereits am 10. Mai in Kiew zusammen und starteten mit achtzig Fahrzeugen und fünf Zirkuszelten gemeinsam zur ersten Etappe der Reise, der Karawanserei in Moskau (26. Mai bis 2. Juni).

Odyssee '89

Im Mittelpunkt des Projekts steht die Inszenierung von **Odyssee '89**, einem Stück über die Geschichte der Idee von Freiheit und Menschenrechten in Europa seit dem 18. Jahrhundert.

Ausgangspunkt bilden die Abenteuer des Helden in Homers Odyssee. Seine Erlebnisse, die den Charakter von Unterweisungen haben, sollen Anlaß sein, die deutlichsten und sichtbarsten Elemente dieser universellen Suche in Szene zu setzen. Die Textur des Stückes soll durch Begegnungen, Konferenzen und Diskussionen bereichert werden, die während der Reise geschehen und für das Publikum zugänglich sind. **Odyssee '89** wird während der ersten zwei Monate der Tournee geprobt.

Nach mehreren Stationen der Tournee in Osteuropa wird die Karawane am 12. Juli West-Berlin erreichen. Hier, am Brückenkopf zwischen Ost und West,ist geplant, die Premiere der gemeinsamen Produktion **Odyssee '89** als große, spektakuläre Veranstaltung über mehrere Tage und an verschiedenen öffentlichen Plätzen der Stadt rund um den 14. Juli zu präsentieren. Anschließend öffnet **MIR Caravane** sechzehn Tage lang, vom 15. bis 30. Juli, die Tore der Karawanserei Berlin.

Zehn Theater, 200 SchauspielerInnen zeigen in fünf Zelten zwanzig verschiedene Stücke in insgesamt siebzig verschiedenen Vorstellungen sowie Musik, Tanz und ungewöhnliche Ereignisse... ein Theaterfestival, wie es noch nie war!

Dabei sein werden:

Footsbarn Travelling Theater	Großbritannien
Licedei	UdSSR
Teatro Nucleo	Italien
Pokrovski	UdSSR
Compagnie du Hasard	Frankreich
Teatr Osmego Dnia	Polen
Akademia Ruchu	Polen
Circ Perillos	Spanien
Provascu	CSSR
Pop Mecanica	UdSSR

Für Berlin hat die UFA-Fabrik die Organisation übernommen.

Ende der Eiszeit

Fortsetzung

Damit dies alles auch wirklich so funktionieren kann, sind auf organisatorischem (und finanztechnischem) Gebiet noch einige mittlere Wunder zu vollbringen. Und nach all den Jahren ist man auch in der Selbstverwaltung realistisch genug geworden in bezug auf das, was aus eigener Kraft leistbar ist.

Die Planung sieht also vor, von Beginn an auf „seelenverwandte" Verbündete zu setzen. Ein spontanes Brain-Storming produzierte eine lange Liste von Namen sog. Multiplikatoren. Mit diesen wird man sich im nächsten Schritt zusammensetzen, um festzustellen, welche Vereine, Verbände, Institutionen oder sonstige Zusammenschlüsse Interesse an der Mitarbeit an der geplanten „Messe" entwickeln könnten. Man kann nicht alles wissen: wer sich hier berufen (bitte nicht: übergangen) fühlt, d.h. wer auf dieser Ebene zum Gelingen beitragen kann, möge sich bei der CONTRASTE-Redaktion Heidelberg melden. Die Redaktion bleibt solange Kontakt-Adresse, bis der geplante Stab von 5 hauptamtlichen Mitarbeitern für die Vorbereitungsarbeit seine Aufgabe angeht.

Klar war allen in der Vorbereitungsgruppe, daß die Idee ein Hirngespinst bleiben wird, wenn es nicht gelingt, sich über die vielfachen Streitigkeiten und Eifersüchteleien hinwegzusetzen, die den Alltag innerhalb der Gruppen und zwischen den Projekten seit Jahren beleben. Zumindest sowas wie ein Waffenstillstand sollte dabei herauskommen, wenn schon nicht – im Trend der Zeit – die allgemeine Abrüstung. Das Foto auf der Titelseite zeigt ein erstes Resultat dieser Einsicht (und das Ende ihrer privaten „Eiszeit" scheint den Beteiligten nicht schlecht zu bekommen).

Das „Ende der Eiszeit" findet planmäßig im Frühjahr 1991 statt. Zwei Jahre Vorbereitungszeit müßten reichen, die hochgesteckten Zielvorstellungen zu realisieren. CONTRASTE begreift ab sofort die Dokumentation der inhaltlichen Vorbereitung, die Veröffentlichung von Arbeitspapieren und von Protokollen der Vorbereitungsgruppen, als wesentlichen Bestandteil der Zeitung. Und tröstet alle die, die das Projekt zu gigantisch oder unrealisierbar finden: nicht das Ziel allein ist wichtig – genauso wichtig ist der Weg dorthin und das, was auf diesem Weg an Veränderungen passiert.

Jedenfalls ist sie wieder in Bewegung, die Bewegung, und das ist erfreulich, denn: alles verändert sich, (zum Positiven aber nur) wenn **Du** es veränderst . . .

Wir hoffen, Euch alle demnächst in den Planungsgruppen zu treffen.

Die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe und die CONTRASTE-Redaktion

Schönen Urlaub derweil.

Für die „europäische Projektemesse '91" suchen wir von Euch selbstgemachte oder aus dem Fernsehen aufgenommene **Videos.**
Einzusenden bzw. Kontakt:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 1 34 02

Pfingstgutes Kommunetreffen

Red. Kommunen An Pfingsten fand auf der Domäne Lutter das diesjährige Kommunetreffen statt. 30 Kommunen und Lebensprojekte waren anwesend. Die Palette der Komunen war weit gespannt: Von Barkelsby an der Nordseeküste über die Bauhütte in der Schweiz bis hin zum Colective Parrarinha in Portugal, von spirituell–esoterischen Gruppen, wie das Wassermannzentrum bis hin zum Politprovoprojekt wie Zorro in Berlin, vom Großprojekt mit über 100 Menschen, wie Lebensgarten Steyerberg bis zur Kleinkommune, wie Königsdahlum am Harz.

Tenor der Zusammenkunft war, es ist wichtig, sich zu treffen, sich miteinander auszutauschen und sich gegenseitig kennenzulernen. Nicht das Erarbeiten von Papier, von Resolutionen, Manifesten oder Forderungen, sondern das Austauschen von Meinungen, Erfahrungen, Gefühlen stand im Vordergrund. Wie ergeht es uns mit der praktisch gelebten Utopie von einer neuen Gesellschaft?

Es war spannend zu sehen, wie vielfältig, aber auch vielzählig, die Kommunen im deutschsprachigen Raum sind. Viele neue Gemeinschaften waren anwesend; auf dem Treffen ist deutlich geworden, daß ein Drang zur Neugründung von Kommunen, von Lebensgemeinschaften besteht. Die Kommuneidee hat wieder Auftrieb bekommen, sie lebt. Nicht umsonst war die Stimmung bei den teilnehmenden Gruppen sehr gut und der Wunsch nach mehr Kennenlernen sehr groß.

Weitere Informationen für interessierte Gemeinschaften bei der
Redaktion Kommunen
Oberer Erlenbach 9
6445 Alheim.

10 Jahre

... als Kommune auf dem UFA-Gelände

waren bestimmt keine Spielwiese für ein „alternatives Wolkenkuckucksheim", sondern sind jetzt Wirklichkeit.

Realität ist

- der UFA Zirkus
- eine international bekannte Samba-Truppe
- die Bäckerei
- die Sattlerei
- alle anderen UFA- Betriebe

und nicht zuletzt die vielen lieben Menschen, die in diesen zehn Jahren in der UFA-Kommune gelebt haben...

CONTRASTE gratuliert!

Europäische Projektemesse

Erste Reaktionen auf den Aufruf zur Projektemesse

Red. Heidelberg Sechs Menschen aus diversen Projektzusammenhängen hatten aufgerufen (in CONTRASTE 5/89). Das **Ende der Eiszeit** wurde erhofft – im Rahmen einer Europäischen Projektemesse soll Westberlin 1991 zur multikulturellen Drehscheibe all derjenigen in Nord, Süd, West und Ost werden, die ökologische und soziale Alternativen zur Zweidrittel- Gesellschaft zu leben versuchen. Auf einer großen Ausstellung, im Rahmen eines Festivals der Gegenkultur, werden Podiumsveranstaltungen und Kongresse zu den Perspektivfragen von alternativer und feministischer Ökonomie sowie zur Gegenöffentlichkeit im Zeitalter neuer Medien geplant.

Derzeit tagt die AufruferInnengruppe wieder in Berlin. Es gilt, das unmittelbare feedback auf den Aufruf zu sortieren und die Herausbildung eines weiteren TrägerInnenkreises zu planen. Der Rahmen soll abgesteckt werden, in dem eine Europäische Projektemesse vorstellbar ist. Verhandlungen mit dem Westberliner Senat sind in Vorbereitung.

Derweilen startete CONTRASTE eine telefonische Blitzumfrage. Leute aus der Basis sollten das Wort haben, ehe verbandspolitische Eigeninteressen zum Tragen kommen können. Wir waren selber von dem Erfolg unserer Aktion überrascht. 5 Jahre nach der letzten großen Messe scheint es ein großes Bedürfnis zu sein, das Traumschiff Selbstverwaltung einmal wieder flottzumachen und neue Impulse für den alternativen Alltag zu erhalten.

Weit über die Hälfte der befragten Personen war bereit und/oder in der Lage, ein spontanes Statement abzugeben. Keine einzige der Stellungnahmen war negativ. So liefen denn unsere Telefondrähte heiß und überbrachten uns erste Reaktionen auf den Aufruf zur Europäischen Projektemesse – vorerst natürlich nur aus teutschen Landen. Aber Übersetzungen des Aufrufs sind in Arbeit...

Tommi
Windhueter Kollektiv
Druckerei
Schorndorf

„Ich habe das gelesen und finde es SUPER! Ich war das letzte Mal auf den Wintertagen – nur war das nicht so groß wie die Europamesse. Ich finde es gut, wenn dem ganzen Gehabe mit Europa und dem europäischen Binnenmarkt etwas entgegengesetzt wird. Ich habe etwas Schiß davor, daß die Sache zu groß und zu chaotisch wird – aber das hängt von der Organisation ab."

Gerhard Kern
Lebensgemeinschaft
im Drohntal

„Die Idee mit der Projektemesse finde ich prinzipiell gut. Notwendig ist vor allem, daß inhaltlich diskutiert wird, da der Trend immer stärker dahin läuft, daß die selbstverwalteten Projekte durch reformistische Kräfte aufgesogen werden."

Arno Huber
AG SPAK
Arbeitsgemeinschaft
sozialpolitischer
Arbeitskreise

„Immer mehr sozialpolitische Projekte arbeiten in eigener Ökonomie. Eine Messe der Selbstverwaltungswirtschaft gibt auch für sozialpolitische Initiativen neue Anstöße."

Peggy
Anders lernen e.V.
Politisches Bildungswerk
Schleswig-Holstein

„Ich bin gespannt auf die geplante Projektemesse. Zeigt die Idee doch, daß der Selbstverwaltungsbereich nicht durch die Krise der letzten Jahre verunsichert ist, sondern sich immerhin wieder auf einer Messe präsentieren wird. Sicher nicht mit der alten Aufbruchstimmung, vielleicht aber mit differenzierten Hoffnungen über die sich ein gemeinsamer Austausch – auch multikulturell lohnt."

N.N.
Gasthof „Fischmeister"
Starnberger See

„Ich war bei der letzten Projektemesse in Frankfurt. Es war das erste Mal, daß ich so viele Projekte auf einem Haufen gesehen habe. Das baut einen auf und man fühlt sich stärker danach."

blätterwald e.G.
UWS-Papier
Oberursel

„Wir unterstützen den Aufruf zur europäischen Projektemesse. Wir sehen es für dringend notwendig an, den Selbstverwaltungsgedanken und vor allem den Austausch zwischen Projekten zu verbreiten. Auf das „Ende der Eiszeit" freut sich das blätterwald-Kollektiv."

Andreas Küstermann
Biiraboom
Schreinerei
Rems-Murr-Kreis

„Prinzipiell finde ich die Idee gut. Wir selbst haben durch die Wintertage und vorangegangene Projektmessen wichtige Impulse erhalten. Für die Messe erwarten wir eine gute Mischung aus Kongreß und Darstellung. Zum Austragungsort Berlin: eine Austellung unsererseits ist in Berlin ungeeignet, Frankfurt wäre für eine aktive Beteiligung besser."

Mathias Lahmann
Radio LORA
München

Projekte „messen"?
„Die Münchner Erfahrung mit den Bemühungen um den Aufbau eines linken Senders (LOkal RAdio München) und das anschließende Scheitern zeigt auf, wie wichtig ein Austausch zwischen den Projekten sein kann. Wenn in überregionalen Gesprächen und Auseinandersetzungen die lokalbedingten Scheuklappen gelüftet werden, gerät das eigene Projekt plötzlich in ein anderes „Licht": Neue Ideen, eigene Fehlentscheidungen und die der anderen, Zusammenhänge in der politischen Arbeit... All das bringt frischen Wind für das Messen des eigenen Projektes!"

Helga
Kraftzwerg
Tagungshaus
Clausthal-Zellerfeld

„Alle reden von Europa – in solch einem Zusammenhang finde ich das gut. Das alternative Europa ist interessant. Der Binnenmarkt, wenn alle Grenzen fallen, hat eine ganze Menge mit Selbstverwaltung zu tun. Projekte, die sich Gedanken über zum Beispiel Ökologie machen, tun das besser nicht nur in den Regionen sondern auch grenzübergreifend. Ich finde die Idee sehr reizvoll."

Elmar Sing
TAK AÖ
Theoriearbeitskreis
Alternative
Ökonomie
Mannheim

„Die Projektemesse finde ich okay. Das Problem ist der Ort. Berlin: ja – nur wenn es in Berlin auch Kohle gibt, eigentlich wäre Berlin von der politischen Landschaft her gut – Frankfurt wäre allerdings für die Reisekosten günstiger. Man sollte jedoch mal den Flop mit der ALTERNATIVA Anfang der 80er Jahre recherchieren, was eine großangelegte, staatlich gepowerte Sache war, zu deren Boykott, glaube ich, damals sogar die TAZ aufgerufen hat. Zum ICGA/CECOP-Flop wäre zu überlegen, die Projektemesse als Ausdruck der Basis gegen solche kopflastigen Angelegenheiten zu setzen. Es müssen aber auch europäische Teilnehmer her, wenn es eine EUROPÄISCHE Messe ist! Man sollte bereits jetzt Projekte wie die CONTRASTE, die ein gemeinsames Produkt der letzten Projektemesse '84 gewesen ist, vorbereiten."

Eckard Holler
LAK Soziokultur
Baden-Württemberg e.V.

„Aus der Sicht der freien soziokulturellen Zentren ist die geplante europäische Projektemesse ein wichtiges Projekt, das der zunehmenden Vereinzelung der selbstverwalteten Projekte entgegenarbeiten und ein neues gemeinsames Bewußtsein der Selbstverwaltungsszene artikulieren kann. Für die freien Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren bietet sich eine große Chance ihre Arbeit der Öffentlichkeit zu präsentieren und Kontakte zu knüpfen. Darüberhinaus entsteht für die soziokulturellen Zentren in Westberlin eine gute Gelegenheit, sich zu treffen und die längst überfällige Landesarbeitsgemeinschaft zu gründen."

N.N.
Mitglied der
Redaktion
Graswurzelrevolution

„Ich finde die Idee einer neuen Projektemesse toll. Selbstverwaltungswirtschaft und gewaltfreier Widerstand sollten sich ergänzen. Dies können sie aber nur, wenn die Selbstverwaltung wieder Mut zur Utopie zeigt und es nicht eine alternative Projektemesse der ComputerdurchstarterInnen wird."

Bernd Hassert
Handwerkergenossenschaft
Mannheim

„Wir begrüßen das Stattfinden der Projektemesse auch deshalb, weil Betriebe wie wir oft dazu neigen über den betrieblichen Alltag hinweg keine Kontakte und Diskussionszusammenhänge zu pflegen und gleichzeitig meinen wir aus solchen Treffen Kraft und Begeisterung zu ziehen für das, was man sonst im Alltag macht. Außerdem freuen wir uns auf die vielen Menschen, auch das Wiedertreffen mit alten Bekannten, darauf Gespräche zu führen und dabei zu sehen, wie sich andere Betriebe im Laufe der letzten Jahre entwickelt haben."

Thomas Timme
Radio 100
Berlin

„Ich finde es toll und es ist ganz besonders wichtig, daß Osteuropa mit einbezogen wird, weil der Ost-West-Handel eine Sache ist, die der Berliner Senat nicht auf die Reihe kriegt."

Renate
Parasol e.V.
Tagungs- und Bildungsstätte

„Die Idee finden wir total gut. Aber wir sitzen in Bayern und Berlin ist weit weg und auch zu teuer. Das heißt wir können es uns nicht leisten als Ersatz für Leute, die zur Projektemesse fahren jemanden einzustellen, zumal die Hauptarbeit in Tagungs- und Bildungshäusern gerade am Wochenende läuft."

Hans-Peter Martin
Software-Team
Oberursel

„Die europäische Projektemesse wäre nicht schlecht um mal zu sehen, was die anderen so treiben und womöglich ein paar Ansätze zu finden, es gemeinsam zu treiben – oder so ähnlich... Ein gemeinsamer Ideen- und Produktemarkt, eine Schau der Möglichkeiten als Auftakt einer internationalen Kooperation... Wichtig ist mir dabei, daß wir Europa nicht nur als EG-Europa begreifen. Ich finde es in der gegenwärtigen Phase eine sehr spannende Sache, wenn west- und osteuropäische Initiativen für Demokratie und Selbstverwaltung auf einer europäischen Projektemesse aufeinandertreffen können."

Matthias
Verbund Ausbildung
in Selbstverwaltung
Bremen

„Wir finden es wichtig die Kommunikation und Kooperation zwischen den verschiedenen Projekten und Initiativen zu fördern und halten eine europäische Projektemesse für den geeigneten Rahmen, die alltäglichen Strukturen zu verlassen und sich zu begegnen."

Christa Neesemann
(Frauennetzwerk
Goldrausch)
Berlin

„In Berlin gibt es schon eine Menge Frauenprojekte, die sich an der Projektemesse beteiligen wollen. Ich wünsche mir, daß noch ganz viele Frauenprojekte dazu kommen.
Also, Frauen raus aus der Nische, kommt nach Berlin und laßt uns gemeinsam diskutieren über Gegenwart und Zukunft, Geld und Glück und..."

Bernd Scheda
Kulturzentrum
Lagerhaus
Bremen

„Eine gute Idee. Wäre ein guter Anlaß für eine aktuelle Bestandsaufnahme im Bereich der Selbstverwaltung und Selbstverwaltungswirtschaft in der BRD, anhand deren man Kriterien entwickeln könnte, die als Grundlage für einen europäischen Vergleich dienen könnten, hinsichtlich Umfang, Bedeutung und Perspektiven der Selbstverwaltungswirtschaft. Es sollte eine ständige Einrichtung mit wechselnden Standorten in der BRD werden, wobei man die Standorte nach der Verbreitung der Selbstverwaltungsprojekte auswählen sollte. Dabei kämen in Frage: Berlin oder Frankfurt, Bremen oder Hamburg, Freiburg oder Köln. Mein eigenes Interesse in diesem Zusammenhang wäre der Aufbau von selbstverwalteten Tagungshäusern in denjenigen Metropolen, wo die Selbstverwaltung eine gesellschaftliche Bedeutung hat. Diesen Tagungshäusern sollte ein internationales Jugendhotel angegliedert werden, zum Austausch von Information, zur Absprache von Cooperation und zur Planung von gemeinsamen Projekten. Ich wünsche gutes Gelingen und ich hoffe, daß wir von Bremen aus dieses Vorhaben nach Kräften unterstützen können."

Gerd Behrens
LBD-Beratung
Berlin

„Als LBD-Beratungsgesellschaftler kann ich dazu nur sagen: Wenn die neue Menschlichkeit gelebt werden soll – was ich auf das Schärfste befürworte – dann sollte diese zunächst mal vor allem die zum Teil unmenschlichen Bedingungen in Alternativprojekten dadurch beseitigen, daß das „Ende der Eiszeit" durch den Beginn einer realistischen Ökonomie eingeläutet wird. Diese Ökonomie sollte also nicht in erster Linie alternativ und feministisch, sondern pragmatisch sein. Wenn die Projektemesse zum Ziel hat, solche Diskussionen zu führen und nicht nur „rumzumenschlichen", dann wäre sie eine großartige Chance, einen Neubeginn zu wagen."

Richard Herding
ID-Frankfurt
Medienprojekt

„Erst einmal hat mir ganz einfach schon der Name gut gefallen. Es heißt nicht „alternative" Projekte oder „selbstverwaltete" Projekte oder irgendsoetwas, nein, ganz einfach „Projekte", das genügt. Es erinnert mich an ein Wort, das glaube ich von Herbert Marcuse stammt: *„Alles, was nicht fertig ist und doch keine Ruine, ist Projekt – und das Projekt ist die Hoffnung auf Revolution."* – Was ich mir wünsche: daß nicht, wie es wohl bei früheren solchen Anlässen war, gewerbliche und Dienstleistungsprojekte von kulturellen und politischen getrennt werden. Ich will den Stand der „GRÜNEN" neben dem „Ufa-Circus" sehen, und den Verlag Klaus Wagenbach neben dem Kreuzberger Anzeigenblatt RZ, das heißt „Rasant & zärtlich". Aber ich fürchte, das wird (noch) nicht gehen."

Heinz Hutter
Netzplan e.G.
Beratung
Augsburg

„Um den Binnenmarkt Europas finden unter den Verhandlungstischen der internationalen Institutionen und Großfirmen bereits heftige Verteilungskämpfe statt. Es wird Zeit unsererseits Flagge zu zeigen. Eine europäische Projektemesse könnte wichtige Impulse liefern für solidarische Wirtschaftsformen – auch für die BRD, wo die Selbstverwaltungsdiskussion etwas festgefahren ist."

Hang zum Totalitarismus

Vom Ende der kommunalen Selbstverwaltung und dem Vormarsch der Faschisten

Red. Kassel Während die „Krähen in Bonn damit beschäftigt sind, sich gegenseitig die Augen auszuhacken", bleiben die Hintergründe eines in Gang befindlichen und besorgniserregenden Faschisierungsprozesses ungeklärt: Eine defizitäre Wirtschafts- und Sozialpolitik zu Lasten kommunaler Haushalte. Da unseren vermeintlichen Volksvertretern jegliches Augenmaß abhanden gekommen zu sein scheint, müssen wir uns um eigene Analysen bemühen. Nachfolgend sollen Perspektiven für eine „kommunale Sozialpolitik" erschlossen werden, wobei im wesentlichen eine These zur Disposition gestellt wird: In dem Maße, wie unter dem Vorzeichen der Kapitalverwertung Wirtschaftsförderung betrieben und ein liberales Recht als Legitimationsquelle zur Absicherung politischer Herrschaft erschlossen wird, werden die Kommunen zum Vehikel zentralstaatlicher Interessen. Das sozialpolitische Konzept aus Bonn lautet: Peripherisierung und Ausgrenzung.

Ute Ahmad
Sozialpolitisches Forum Kassel

Zum Beispiel: Asyl

Ein regionalwirtschaftlicher Bedeutungsschwund (Peripherisierung) und die einhergehende Massenarbeitslosigkeit (Ausgrenzung) zugunsten von Kapitalkonzentration begründeten die „Politik der leeren Kassen". Die sozialpolitische Antwort des Bundes erschöpfte sich darin, den wachsenden sozialen Lasten im Zuge einer Rationalisierung auf dem Arbeitsmarkt mit Kostendämpfungsprogrammen entgegenzuwirken und Maßnahmen zu ergreifen, die in eine rigide Arbeitsmarktpolitik einmündeten. In diesem Zusammenhang beschränkte man sich zunächst darauf, ausländische Arbeitnehmer vom bundesdeutschen Arbeitsmarkt zu verdrängen: Anwerbestopp, Einführung des Visumzwanges, Rückkehrforderung, Beschränkung des Familiennachzuges, Koppelung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis gemäß einer Novellierung des AFGs (Arbeitsförderungsgesetz) aus dem Jahre 1981. Damit nicht genug: Zu einem mehr als verhängnisvollen Schritt entschloß man sich, um einem sogenannten Mißbrauch von Art. 16 GG vorzubeugen: Man fügte dem Par.11 (1) AsylVfg (Asylverfahrensgesetz) einen Passus über „offensichtlich unbegründete Asylanträge" hinzu: „(1) Hat das Bundesamt einen Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt, ist der Ausländer zur unverzüglichen Ausreise verpflichtet (...). Ein Asylantrag ist insbesondere offensichtlich unbegründet, wenn nach Umständen des Einzelfalles es offensichtlich ist, daß sich der Ausländer nur aus wirtschaftlichen Gründen oder um einer allgemeinen Notsituation oder einer kriegerischen Auseinandersetzung zu entgehen, im Geltungsbereich des Gesetzes aufhält."

Diese geltende Fassung des AsylVfGs aus dem Jahre 1982 wurde zunächst unter der sozialliberalen Koalition befristet bis 1984 verabschiedet. Die „Wende" leitete in diesem Punkt keine wesentlichen Veränderungen ein, sondern knüpfte an die vorgegebene Marschroute an. 1984 wurde die Befristung bis 1988 verlängert und ein neuerlicher Entwurf, welcher in erster Lesung dem Bundestag vorgelegen hat, sieht u.a. die völlige Aufhebung der Befristung vor. Plötzlich war nicht nur die Rede von „Scheinasylanten" oder „Wirtschaftsflüchtlingen", sondern man hatte ein Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft. Gleichsam exemplarisch können wir das Ausmaß einer wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklung konstatieren, welche von gesamtgesellschaftlich betriebenen Ausgrenzungsprozeduren lebt: Unter Berufung auf den liberalen Rechtsstaat (Novellierung des AFGs u. AsylVfGs etc.) entließ sich der Bund aus der politischen Verantwortung. Vor einem ähnlichen Hintergrund erfolgte einst die Machtergreifung der Nationalsozialisten; die Notverordnung und das Ermächtigungsgesetz aus dem Jahre 1933 müssen als konsequente Weiterführung eines Verrechtlichungsprozesses betrachtet werden.

Zentralismus und „kommunale Selbstverwaltung"

Subventionsbeschlüsse und steuerliche Erleichterungen, welche die Herausbildung von Monopolen nach sich zogen, trieben unterdessen eine regionalwirtschaftliche Austrocknung voran. Der Löwenanteil von den mit kapitalistischen Bewirtschaftungsformen einhergehenden sozialen Kosten wurde auf die Kommunen abgewälzt. Sie haben als Träger der Sozialhilfe infolge der Leistungskürzungen nach dem AFG einen wachsenden Zustrom von Bedürftigen zu verzeichnen. Die Gemeinden, die grundlegend an einer Trennung von politischer und administrativer Leitung festhalten, sind gegen zentralstaatliche Eingriffe kaum gefeit.

Vor dem Hintergrund eines Gewaltenteilungsgrundsatzes geraten sie vornehmlich zur Exekutive – und dieses um so mehr, wenn sie von eigenen politischen Entscheidungsprozessen zunehmend absehen. Die Tendenz einer radikalen Einengung kommunaler Handlungsspielräume ergibt sich bereits mit den der Satzungshoheit übergeordneten Gesetzgebungskompetenzen, die beim Bund und bei den Ländern liegen. Dieses hat zur Folge, daß die Wahrnehmung der Hoheitsrechte, der sogenannte Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung, zahlreiche gesetzliche Einschränkungen erfährt.

Davon betroffen ist angesichts einer wirtschaftlichen Krise insbesondere die Finanzhoheit. Schon die Einführung des Stabilitäts– und Haushaltsgrundsätzegesetzes aus den Jahren 1967/1969 bewirkte die feste Einbindung der Kommunen in die von Bund und Ländern betriebene Finanzplanung. Für die Gemeinden resultierte der Grundsatz des „konjunkturgerechten Verhaltens", und der Bund kann seither direkte Eingriffe in kommunale Haushalte vornehmen, indem er sogenannte Konjunkturausgleichsrücklagen anordnet oder eine Beschränkung der Kreditaufnahme auferlegt. In Verbindung mit den Vorschriften zur Haushaltssystematik und zum Haushaltsrecht sowie zur Bildung eines Finanzplanungsrates werden die Kommunen auf eine antizyklische Politik festgelegt.

Die Finanzhoheit scheint sich darauf zu reduzieren, daß den Gemeinden allenfalls noch eine gesetzlich garantierte, zweckgebundene finanzielle Grundausstattung gewährt wird, während der Bund sich die Bereiche der Investitions– und Finanzplanung weitestgehend vorbehält. Eine noch verbliebene relative Autonomie (Organisations–, Personal–, und Planungshoheit) opfern die Kommunen vielfach kurzsichtigen Investitionsvorhaben, da man auf diese Weise einem finanziellen Kollaps zu entgehen hofft. Man setzt auch auf kommunaler Ebene auf das „Projekt der Industrieansiedlung" und zieht Mittel aus den sogenannten unproduktiven Bereichen ab. Letzteres spricht sich in der fortgeschrittenen sozialen Demontage aus, die nachfolgend diagnostiziert werden soll, um kommunalpolitische Handlungsspielräume erschließen zu können.

Privatisierung und Verrechtlichung

Die Kommunen fungieren als Träger eines bundespolitischen Kurses, indem sie von klassischen kommunalen Aufgaben wie z.B. der Erschließung einer sozialen Infrastruktur zurücktreten. Ein kommunaler Handlungsbedarf im Bereich der sozialen Versorgung wird bestritten, u.a. mit dem Hinweis auf ein Subsidiaritätsprinzip, welches bedeutet, daß private Träger (Kirchen, Wohlfahrtsverbände etc.) im Bereich der sozialen Versorgung Vorrang haben gegenüber staatlichen Institutionen. So legitimiert und gewährleistet ein derartiges Jugendwohlfahrtsgesetz nicht nur die monopolähnliche Stellung kirchlicher Trägerschaften, deren Angebote aufgrund des Tendenzschutzes nach dem Betriebsverfassungsgesetz nicht überprüft werden können, sondern auch die Vergabe von Mitteln nach politischen Opportunitätskriterien. Während kirchliche Träger und die Träger der „freien Wohlfahrt" sich als Nachfrager von staatlichen Subventionen gegenseitig den Rang ablaufen, bewegen sich selbstverwaltete Projekte am Rande der Existenz, was darauf schließen läßt, daß eine Interessenslage von Betroffenen keine ausreichende Berücksichtigung findet.

In diesem Zusammenhang nahm sich kommunale Sozialpolitik vornehmlich als kurzfristige Reaktion auf dringliche soziale Krisen aus, um einer sozialen Unzufriedenheit entgegenzuwirken. War eine Verdrängung sozialer Krisen aus dem öffentlichen Bewußtsein erreicht, konnten die zeitlich befristeten Mittel wieder abgezogen und einem anderen Krisenherd zugeführt werden. Grundlegend hielt man hierbei an einer Politik fest, welche die Ausgrenzung von Massen zugungsten eines „Wirtschaftswachstums" vorsieht.

Parallel zu den Privatisierungstendenzen, d.h. die Verarbeitung sozialer Krisen im wesentlichen den Gesetzmäßigkeiten einer „freien Marktwirtschaft" zu überantworten, wichen die Kommunen daselbst auf das Prinzip der Ordnungs– und Leistungsverwaltung aus. Hierbei wird eine sinnvolle Sozialplanung von einer Verrechtlichung aller Sozialbeziehungen abgelöst. Der verwaltungsmäßige Ansatz im Zusammenhang mit der Bearbeitung von sozialen Krisen tastet die bestehenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse nicht an, sondern soll in erster Linie „Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" vermeiden helfen. Soziale Krisen, welche mit dem Widerspruch von Kapital und Lohnarbeit einhergehen, werden, damit sie verwaltungstechnisch handhabbar sind, in „private Probleme" umgeschmiedet und auf ein individuelles Versagen zurückgeführt.

Im Unterschied zu politischen Willensbildungsprozessen verlaufen Verwaltungsentscheidungen einseitig, intern und rechtsförmig. Verwaltungsvorschriften strukturieren einen gesetzlosen Raum, sie gelangen für die Öffentlichkeit nicht einsehbar zur Anwendung. Die innerbetrieblichen Interessen der Verwaltung korrespondieren hierbei mit denen des Bundes. Erst innerhalb eines Gerichtsraumes können Gesetzmäßigkeit, Rechtsförmigkeit und Verhältnismäßigkeit einer ergangenen Verwaltungsentscheidung überprüft werden, wobei hier, indem auf die Besonderheiten des zu berücksichtigenden Einzelfalles abgestellt wird, Ursachen sozialer Krisen weiterhin individuell verortet werden.

Mit anderen Worten: Verrechtlichungsvorgänge verschleiern eine defizitäre Sozialpolitik und dienen, wie man der allgemeinen Rechtsprechung entnehmen kann, im wesentlichen der Legitimation von Verwaltungsentscheidungen. Wir sehen also, wie die Kommunen ihrerseits unter dem Vorzeichen der Kapitalverwertung sozialpolitische Entscheidungen vertagen, und, indem sie auf die Verrechtlichung (Ordnungs- und Leistungsverwaltung) ausweichen, einen strukturellen Machtzuwachs der Administration herleiten. Struktureller Machtzuwachs führt wiederum zur Kürzung kommunalpolitischer Handlungsspielräume, die Gemeinden geraten zum Instrumentarium zentralstaatlicher Zielsetzungen. Auf diese Weise sind die Kommunen an der Exekution ihrer Selbstverwaltung beteiligt. „Mit der DGO (Deutsche Gemeindeordnung) von 1935 wurde zwangsweise ein Kommunalverfassungsrecht eingeführt, das gleichermaßen für alle Gemeinden galt, und mit dem das Einkörpersystem bis zum Exzess getrieben wurde. Mit der DGO sollte die Gleichschaltung aller Kommunen zur Durchsetzung der Staatsziele erreicht werden. Die Gemeinden wurden zur untersten Stufe der Staatsverwaltung, zum administrativen Ausführungsorgan staatlicher und staatsparteilicher Direktiven umfunktioniert (...). Zur Erreichung dieser Pläne wurden die allgemeinen Wahlen zur Vertretungskörperschaft (Ratswahlen) abgeschafft."
(H.Viets, 1985; 39 f. in Handbuch für alternative Kommunalpolitik)

Kommunale Selbstverwaltung und sozialverträgliche Bewirtschaftungsformen

Der Einzug der Faschisten in die Kommunalparlamente füllt lediglich das durch eine politische Enthaltsamkeit entstandene Vakuum aus. Ein solches Vakuum ließe sich auch sinnvoller ausgleichen: Kommunale Selbstverwaltung statt Zentralstaatlicher Organisation. In erster Linie gilt es, soziale Krisen wieder dort zu thematisieren, wo eine angemessene Verarbeitung stattfinden kann, nämlich im Bereich der kommunalen Sozialpolitik. Hier kann von einer Kommunalisierung der Sozialbeziehungen ausgegangen werden und Betroffene können an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen. Den individualistischen Konzepten zu entsagen bedeutet, Privatisierungstendenzen und Verrechtlichungsexzessen wirksam entgegenzutreten. Nachfolgend kann man auf alternative Bewirtschaftungsformen aufmerksam werden und z.B. für den Ausbau von sozialen Betrieben in Selbstverwaltung eintreten. Eine regionalwirtschaftliche Wiederbelebung in dieser Richtung brächte die Entlastung kommunaler Haushalte (Sozialhilfe) mit sich und der Bund könnte keine weiteren Mittelkürzungen vornehmen. Ähnliches trifft für die Bereiche Bildung, Kultur und Städtebau zu. Freilich, man müßte einem Akkumulationsmodell herkömmlicher Prägung auf kommunaler Ebene entsagen.

Quellenverzeichnis:
Luxemburg, Rosa „Politische Schriften", Frankfurt am Main 1987
Flickinger, H.G. „Wer darf helfen" in GWG 9/1987
„Die Paradoxie des politischen Liberalismus" in ARSP, Stuttgart 1986
Pohl, W. u.a. "Handbuch für alternative Kommunalpolitik" Bielefeld 1985
Preuß, U.K. Politische Herrschaft und Sozialpolitik in „Staatstheorie, Sozialpolitik, Sozialarbeit" Kassel 1987
Oelschläger, D. Strategiediskussionen in der Sozialen Arbeit und das Arbeitsprinzip in „Brennpunkt Sozialer Arbeit" Frankfurt am Main 1985
Romann–Schüssler, D. „Das Arbeitserlaubnisrecht für Ausländer" Berlin 1988
Gesetzestexte Asylverfahrensgesetz, Grundgesetz f. die Bundesrepublik Deutschland, Hess. Gemeindeordnung
Zeitschriften „Nur noch saugen und mauscheln" Spiegel 25/1988, „Das neue Ausländerrecht im Bundestag" ZAR 3/1988

Soziale Vernetzung gegen Computervernetzung

VernetzungskritikerInnen machen mobil

Red. Heidelberg Während die Post in aller Ruhe das Telefonnetz zum flächendeckenden Computernetz (ISDN) aufrüstet, blieb eine kritische Diskussion bislang auf wenige Menschen und Arbeitskreise beschränkt. Das soll sich nun ändern: am 22.April einigten sich in Heidelberg die 35 TeilnehmerInnen eines Anti-ISDN-Seminars auf erste Schritte einer überregionalen Zusammenarbeit, und am 28.April trafen sich in Wuppertal zum ersten Mal die Mitglieder der Fachgruppe „Telematik" (Telematik – Tele-kommunikation & Infor-matik) des frisch gegründeten „Institutes für Informations- und Kommunikationsökologie"(IKÖ).Vorrangiges Ziel ist eine breite, öffentliche Diskussion über die Risiken dieser Großtechnologie.

Dirk Bethe
Matthias Wolf

ISDN (Integrated Services Digital Network) ist der Begriff für eine umfassende Modernisierung der Telekommunikationsinfrastruktur. Vermittlung und Übertragung des Telefonnetzes sollen digitalisiert werden. Ohne daß neue Kabel verlegt werden müssen, wird damit die Integration aller Telekommunikationsdienste (also außer Fernsprechen auch Telex, Datenübertragung, Telefax, etc.) auf dem Telefonnetz ermöglicht. Statt verschiedener Spezialanschlüsse genügt also in Zukunft ein ISDN-Anschluß im Haus, an welchem dann die verschiedenen Geräte angeschlossen werden können.

Nach der Volkszählung die Kommunikationszählung?

Die Post geht nun so vor, daß sie zur Zeit in den Ortsvermittlungsstellen die relaisgesteuerte Vermittlungstechnik gegen eine computergesteuerte austauscht. Gleichzeitig wird zwischen den Vermittlungsstellen die Übertragung digitalisiert, also die analogen Signale in 0-1-Bits übersetzt. In den Orten, wo diese Technik installiert ist, können die TeilnehmerInnen dann einen ISDN-Anschluß beantragen, um die (schnellen) ISDN-Dienste nutzen zu können.

Aber auch die große Mehrheit, die dies nicht möchte, ist betroffen: ihre Telefongespräche werden nun computergesteuert vermittelt. Das bedeutet, daß alle „Verbindungsdaten" (Anrufer- und Zielnummer, Zeit, Dauer, Diensteart) für mindestens drei Monate in den neuen Gebührenrechenzentren gespeichert... und somit für die diversen InteressentInnen abrufbereit vorliegen werden.

Während dieses „Schmalband"-ISDN bis 1993 flächendeckend anschlußbereit sein wird, gehen die Pläne der Post noch weiter. Langfristig möchte sie nämlich ein flächendeckendes Glasfasernetz verkabeln, auf welchem dann große Datenmengen (z.B. für Produktionssteuerung), Bildtelefon und vermitteltes TV übertragen werden können.

Obwohl mit den Privathaushalten zunächst nicht gerechnet wird und auch geschäftliche Anwender vor allem wegen der Investitionskosten noch zögern, locken bei ISDN langfristig saftige Gewinne: im Vermittlungsanlagengeschäft, im Endgerätesektor, auf den „Zukunftsmärkten" Tele-Dienstleistungen/Medien, durch Rationalisierung im Bürobereich, etc. Neben eines einheitlichen technischen Telekommunikationsstandards besteht das wirtschaftlich Reizvolle vor allem in der Tatsache, daß nicht etwa ein Spezialnetz modernisiert wird, sondern eben das Telefonnetz mit seinen 22 Mio. Privathaushalten, die dranhängen.

Gegenmobilisierung

Am 22.April lud nun die Heidelberger Initiative „TelekommunikAKTION" zum Seminar „ISDN – die Post zwingt alle ins Computernetz; gibt es Perspektiven für einen Widerstand ?". Gekommen waren u.a. Bürgerinitiativen, StudentInnen, PostlerInnen, TechnikerInnen – teilweise Menschen, die sich schon lange mit der Materie beschäftigen.

Auf dem Seminar ging es zunächst um die Einschätzung der Risiken des ISDN: immense Überwachungspotentiale, vor allem durch die lückenlose Speicherung der Verbindungsdaten, die die Erstellung von Tele-Kommunikationsprofilen gestattet... im Arbeitsleben: Überwachung, Rationalisierung und Aushöhlung der betrieblichen Mitbestimmung. etc.... „Flurbereinigung" der Kommunikationslandschaft.... um nur einige Überschriften zu nennen. Mensch war sich allerdings einig darin, daß die Konzentration auf ISDN nicht den Blick auf andere Entwicklungen der telekommunikativen Vernetzung verstellen darf.

Im Zentrum des Seminars stand die Frage: wo gibt es Ansatzmöglichkeiten für eine Öffentlichkeitskampagne, und was könnte ein Widerstand überhaupt noch verhindern? Beeinflußbar ist sicherlich die für einen ISDN-Erfolg notwendige „Akzeptanz" der Privathaushalte: Obwohl die Post mit der Gebührenpolitik einen gewichtigen Hebel in der Hand hält, könnte eine Verweigerung durch die Bevölkerung sicher einen Teil der ISDN- Brisanz eindämmen. Eine breite Öffentlichkeitskampagne hat hier also durchaus handfeste Perspektiven.

Die Verhinderung der ISDN- Durchsetzung in und zwischen Betrieben sowie öffentlichen Verwaltungen allerdings kann wegen der Machtverhältnisse wohl kaum so optimistisch beurteilt werden.

Am schwierigsten dürfte jedoch die Verhinderung der neuen Technik in den Ortsvermittlungsstellen der Post werden. Unser Tele-Kommunikationsverhalten wird automatisch überwachbar werden – auch ohne unsere „Akzeptanz", also auch ohne, daß wir einen ISDN-Anschluß beantragen.

Der in dieser Diskussion geäußerte Ruf nach dem Bundesverfassungsgericht muß mit Skepsis betrachtet werden. Zur einzig sinnvollen Maßnahme – Abbau der installierten Hardware – wird sich das Gericht angesichts des derzeitigen gesellschaftlichen Klimas wohl kaum durchringen. Erwartbar sind bestenfalls einige Software-Korrekturen, die dann je nach politisch-rechtlicher Situation leicht wieder geändert werden können. Daß jedoch der Widerstand gegen diese Vermittlungstechnik nicht völlig aussichtslos sein muß, zeigt das Wackersdorfer Beispiel!

Ansatzpunkte für Widerstand

Welche Ansatzpunkte bieten sich nun für eine Öffentlichkeitskampagne an? Auf dem Heidelberger Seminar wurden vor allem genannt:

1. Die forcierte Einführung ISDN-fähiger Nebenstellenanlagen (im Austausch gegen die analogen Telefonanlagen) vor allem auch in öffentlichen Verwaltungen bietet z.B. für engagierte StadträtInnen gute Ansatzpunkte. Hier gilt es, sie mit Informationen zu unterstützen.
2. Die lückenlose Betroffenheit durch die Digitalisierung der Ortsvermittlungsstellen könnte z.B. mit einer gezielten Werbung für die IKÖ-Briefaktion „Nach der Volkszählung die Kommunikationszählung?" aufgegriffen werden. Kern dieser Aktion sind Musterbriefe an Schwarz-Schilling mit der Forderung nach Löschung der Verbindungsdaten. Das IKÖ stellt zur Zeit einen „Digitalisierungsatlas" zusammen.

Vorgeschlagen wurden darüberhinaus: Problematisierung des aktuellen Telefonverhaltens, alternative Beratung vor Telefonläden und „Kabelmobilen", Einrichtung alternativer Mailboxen, etc.

Als Ergebnis des Seminars gilt es zweierlei festzuhalten: einmal die Notwendigkeit einer politischen Diskussion unter den KritikerInnen, wobei es über den ISDN-„Tellerrand" hinauszublicken gilt, und zum zweiten den Beschluß, weiterhin zusammenzuarbeiten, vor allem um Initiativen vor Ort zu unterstützen.

Die „TelekommunikAKTION", die bis auf weiteres die Koordination übernimmt, wird ein Materialienpaket zusammenstellen. Im Oktober wollen sich die VernetzungskritikerInnen wieder treffen, in erweiterter Runde so wird gehofft.

Während das Heidelberger Seminar vor allem die Organisation dezentraler Aktivitäten vor Augen hatte, wird der Schwerpunkt der IKÖ- Fachgruppe „Telematik" voraussichtlich auf Expertisenerstellung, Informationsweitergabe und Kontaktvermittlung liegen. Auf ihrer ersten Sitzung Ende April in Wuppertal bildeten die großenteils einschlägig vorgebildeten Mitglieder diverse Arbeitsgruppen zu Breitbandtechnologien, privaten Diensteanbieter, Nebenstellenanlagen, europäischer Entwicklung und Erstellung eines Info-Paketes.

Obwohl die unterschiedlichen inhaltlichen Positionen zwischen „Telekommunikations-Verkehrsgesetz", alternativer Mailboxen („Die Maschinen verwenden, um sie zu kritisieren!") und strikter Ablehnung jeglicher Computervernetzung noch ihrer Bewährung in einer politischen Debatte harren, sind sich die VernetzungskritikerInnen doch insoweit einig, daß die rasante Vernetzung gestoppt werden muß, um zunächst „Luft" zur Diskussion von Alternativen zu bekommen. Wie dies erreicht werden soll, ist zwar noch offen, die ersten gemeinsamen Schritte zur Einleitung einer breiten Debatte über die Vernetzungsrisiken sind jedoch getan.

Nähere Informationen:
TelekommunikAKTION
c/o CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

Gründung des „Instituts für Informations- und Kommunikationsökologie" (IKÖ)

Kommunikation und Ökologie, das sind zwei Begriffe, die boomen, aber mittlerweile kaum noch sehr aussagekräftig sind. Das am 11. März neugegründete Institut will dies ändern. Kommunikationsökologie beschäftigt sich mit den Auswirkungen neuer medialer Technolgien (Btx, ISDN u.v.m.) auf das Alltagsleben der Bevölkerung. Die Gründungsmitglieder haben sich zum Ziel gesetzt, Gegenbewegungen zum gradlinig verlaufenden, auf den ökonomischen Aspekt reduzierten Fortschritt zu unterstützen.Es geht darum, den Menschen statt der Technik in den Mittelpunkt zu stellen, und genau zu prüfen, welche Techniken abzulehnen und welche zu befürworten sind. Es gilt, der unreflektierten Vorteilsvermutung der Technik die obige Perspektive entgegen zu stellen.

Das IKÖ will Diskussionsforum sein, Aktionen durchführen, Gutachten erstellen für Gewerkschaften, Kirchen u.a., Bildung, Forschung und Beratung anbieten. Es ist weniger als eine zentrale Stelle geplant, sondern als koordinierendes Sammelbecken für neue soziale Bewegungen, Gewerkschaften, kritische Teile der Kirche und der Wissenschaft. Auch die Organisationsform soll emanzipatorischen Charakter haben. Der Vorstand ist geschlechterparitätisch besetzt, regionale Fachgruppen sollen das sich abzeichnende hohe Maß an Zentralismus in Richtung Dezentralität verändern. In einer zweijährigen Aufbauphase soll sich das als eingetragener Verein angelegte Institut über Spenden und Mitgliedsbeiträge finanzieren, um auch diesbezüglich unabhängig zu sein.

Information:
IKÖ
c/o Das Bremer Büro
Wittener Str. 139
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 17 37 78

Mo, Mi, Fr.: 8 bis 11.30 Uhr

Datenbank von unten: LINKSystem

Red. Rhein-Main/Nürnberg Mit den Uni-Streiks ist ein neues Medium in die öffentliche Diskussion um linke Gegenöffentlichkeit geraten: Mailbox. Einen solchen alternativen Presse- und Informationsdienst namens LINKSystem hat eine bayrische Gruppe auf die Beine gestellt. Er bietet on-line Informationen zu Themen wie Antifaschismus, Bildung, Datenschutz, Frauen, Frieden, Gesundheit, Gewerkschaften, Internationales, Medien, Recht, Soziales, Umwelt, Termine, Wirtschaft u.a. aus dem linken und alternativen Spektrum.

Gabi Hofacker

LINKSystem geht auf eine Idee des Sozialistischen Computerclubs in München zurück. Ziel ist die schnelle Verbreitung von Nachrichten, die in kommerziellen Medien unter den Tisch fallen.

Archiv für Infos „von unten"

Darüberhinaus bietet LINKSystem ein umfangreiches Archiv, das von jedem Computer aus erreichbar ist. Die wichtigsten Meldungen und Informationen zu Themen wie Aids oder Atom lassen sich hier schnell und bequem abrufen. Mit einem wesentlichen Unterschied zu kommerziellen Datenbanken: Alle Informationen in LINKSystem sind kostenlos. Denn LINKSystem wird von seinen Lesern und Nutzern an der Basis (im Computerjargon: Usern) selbst getextet – Linke, GewerkschafterInnen, Friedensbewegte, JournalistInnen aus den verschiedensten Bereichen wie z.B. EDV, Wirtschaft oder Ökologie, aus Computerzeitschriften, Lokalradios oder Stadtmagazinen.

Technische Voraussetzungen

LINKSystem ist ein Mailboxsystem – also ein Computernetzwerk, das per Telefon erreichbar ist. Über LINKSystem sind sämtliche Mailboxen des Zerberus- Netzwerks zu erreichen – über 50 Mailboxen im Bundesgebiet, und ständig werden es mehr. Um an einer Mailbox teilzunehmen, braucht man/frau

1. ein Telefon.
2. einen Computer. Egal welchen (!). Für Eingeweihte: Das ganze sogenannte Kompatibilitätsproblem – IBM- kompatibel oder nicht – entfällt; ob Commodore C64, Atari ST oder PC: Hauptsache, das Ding hat eine serielle Schnittstelle.
3. einen Akustikkoppler oder einen (!) Modem, das heißt „Modulator/Demodulator". Der sorgt dafür, daß die Daten aus dem Computer über Telefon versandt und empfangen werden können. Kostenpunkt für Akustikkoppler (die billigere Variante): DM 250,– bis 350,– je nach Übertragungsgeschwindigkeit (300 bzw. 1200 baud).

Wie spielt sich das konkret ab?

Eine Frau aus einer Projektgruppe sucht Informationen – ältere und aktuelle – zum Thema Aids. Sie wählt auf ihrem Telefon die Nummer des nächstgelegenen LINKSystem- Stützpunkts, bei dem sie als User eingetragen ist, z.B. Köln. Sobald sich LINKSystem mit einem Dauerton meldet, legt sie den Hörer auf den Akustickoppler. Der Bildschirm ihres Computers wird damit zu einem Terminal: Hier erscheint die Einschaltmeldung von LINKSystem. Die Frau an der Basis tippt ihren Namen und ihr Kennwort ein. Jetzt steht ihr der komplette Datenbestand von LINKSystem (Stand Februar 1989: rund 15 Megabyte, das sind etwa 4000 Nachrichten) zur Verfügung.

Zuerst liest sie die neueingegangene Post in ihrem privaten Postfach durch und beantwortet sie kurz – z.B. eine Verabredung der Frauengruppe. Eine Nachricht an ein Projekt in Hamburg, die sie zuvor am Computer geschrieben hat, sendet sie rüber an den Mailboxrechner („upload"): in spätestens 24 Stunden ist die dort angekommen. Dann liest sie die neuen Texte im Brett/GESUNDHEIT/AIDS; um ganz sicher zu gehen, läßt sie dann die Mailbox noch nach allen Nachrichten suchen, in denen das Stichwort Aids vorkommt

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 5

Datenbank von unten: LINKSystem

und sich die entsprechenden Nachrichten anzeigen.

Diese Meldungen speichert sie auf ihrem eigenen Computer mit („download"). Jetzt verabschiedet sie sich aus der Mailbox und arbeitet zuhause mit den Texten weiter. Weil sie Texte lieber schwarz auf weiß mag, läßt sie alles erst mal auf ihrem Drucker ausgeben. Was sie nicht braucht, löscht sie; aktuelle statistische Daten oder eine besonders erstaunliche Meldung, die samt Fundstelle in der Mailbox gespeichert ist, übernimmt sie für ihre Dokumentation.

Private Post und öffentliche „Bretter"

Damit sind die zwei Hauptfunktionen von LINKSystem beschrieben:
1. der allgemein zugängliche Datenbestand in den öffentlichen Rubriken (Computerjargon: „Brettern"). Das Senden und Lesen von diesen Informationen ist kostenlos.
2. der private Nachrichtenverkehr. Der ist innerhalb des Ortsnetzes kostenlos, über weitere Entfernungen kostet das 0,10 DM pro Kilobyte, das sind 20 Pfennig für einen DIN-A4- Brief.

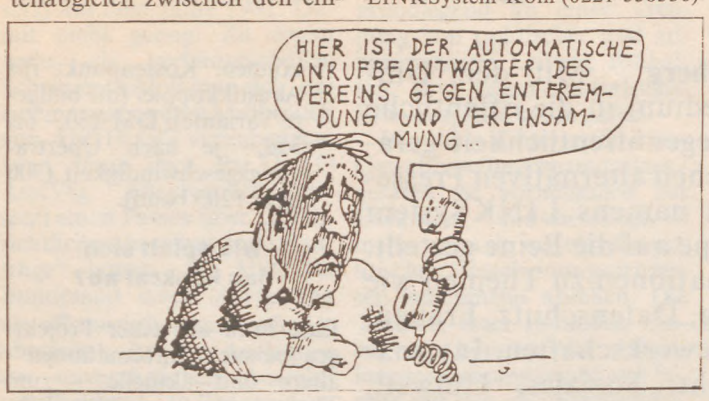
Theoretisch kann LINKSystem von jeder Telefonzelle von Flensburg bis Passau aus angerufen werden. Daran verdient sich allerdings die Bundespost eine goldene Nase. Deshalb versuchen die Initiatoren, verschiedene LINKSystem- Stützpunkte mit gleichem Datenbestand möglichst flächendeckend in der Bundesrepublik und deren Grenzen hinaus einzurichten. Der Datenabgleich zwischen den einzelnen Systemen erfolgt automatisch in den frühen Morgenstunden zum günstigen Nachttarif. Zur Zeit (Stand Februar 1989) gibt es LINKSystem zum Ortstarif bereits in München, Nürnberg, Saarlouis und Köln; Stützpunkte in Frankfurt, Hannover, Hamburg, Berlin und Wien sind in Planung.

Was kostet das?

Zur Finanzierung des Computer-Netzwerks wurde der Trägerverein 'Kommunikation und neue Medien e.V.' (Postgiro München 467566- 800) gegründet, der als gemeinnützig anerkannt ist und steuerabzugsfähige Mitgliedsbeitrags- und Spendenquittungen ausstellen kann.

Wer mit LINKSystem arbeiten möchte, braucht allerdings nirgends Mitglied zu werden. Er muß sich nur einen „Account" einrichten lassen (das heißt Postfach und Kennwort): Entweder als „Gast" per Computer eins der Systeme anwählen und eine Nachricht dort hinterlassen oder den Account schriftlich bei Kommunikation und neue Medien e.V. beantragen. Das Kennwort wird ihm in jedem Fall brieflich zugeschickt. Das alles kostet: Nichts.

Kontakt:
Kommunikation und
neue Medien e.V.
Postfach 190520
8000 München 19
Mailboxen:
LINKSystem-München (089-152895)
LINKSystem-Nürnberg (0911-452777)
LINKSystem-Saarlouis (06831-41214)
LINKSystem-Köln (0221-558336)



eins links, eins links, abgelinkt.

LINKSystem hieß bis vor kurzem noch LINKS. Der Name LINKS hatte einen Doppelsinn: Engl. „links" heißt Verbindungen; L.I.N.K.S. ist aber auch die Abkürzung für „Linkes Internationales Netz- und Kommunikationssystem". Wie der Sozialistische Computerclub (SCC) mitteilte, war jetzt die Umbenennung der Mailbox–Systeme erzwungen worden: Der „Verlag 2000", Herausgeber einer Zeitung des Sozialistischen Büros in Offenbach namens „links", hatte dem SCC den Namen LINKS vor Gericht streitig gemacht. Vorausgehende außergerichtliche Schlichtungsversuche scheiterten. Auf Hinweis des Amtsgerichts, daß es prinzipiell einem komerziellen Verlag den Vorzug geben werde, und angesichts des teueren Instanzenweges ließ sich der SCC auf einen Vergleich ein. Dennoch sind bereits Gerichts- und Anwaltskosten von ca. DM 3.000,-- angefallen. Da die LINKSystem–Mailbox bislang von einigen wenigen Leuten privat finanziert werden, veröffentlichen wir nachfolgenden

Spendenaufruf:

Aufbau und Unterhaltung der Mail–Boxen, unsere Pressearbeit, Seminare und Veranstaltungen vor Ort, und nun auch noch Rechtsanwalts– und Gerichtskosten: All das kostet Geld. Wir brauchen Eure Mithilfe und Unterstützung – denn die LINSysteme finanzieren sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Unsere Bitte: Werdet Mitglied bei unserem Trägerverein Kommunikation und Neue Medien e.V. (Postfach 190520, 8000 München 19). Der Jahresbeitrag ist DM 60,–; Auszubildende, Schüler, Studenten, Wehr– und Zivildienstleistende, Rentner, Schwerbehinderte, Arbeitslose und jugendliche Mitglieder (unter 18 Jahren) zahlen die Hälfte: DM 30,–.

Unser Trägerverein ist als gemeinnützig anerkannt. Wir können steuerabzugsfähige Spenden– und Mitgliedsbescheinigungen ausstellen – also spendet auf unser Konto beim Postgiroamt München, BLZ 700 100 80, Kontonummer 46 75 66 – 800.

Vorteile für Vereinsmitglieder:
* Sie bekommen Netmailberechtigung und dafür DM 10,– auf ihrem Userkonto gutgeschrieben.
* Sie bekommen das Handbuch für die LINK–Systeme kostenlos (kostet sonst DM 20,–)
* Sie werden zu den Mitgliederversammlungen eingeladen und können hier mitentscheiden.

Rückfragen zum Trägerverein an Gabi und Peter
☎ (089) 13 41 61

PHOENIX aus der Asche?

Red. Heidelberg Seit einem Jahr bemühen sich einige Leute in Wien mit Erfolg, ein Agentur-Projekt für Ökologie, Wissenschaft und Politik aufzubauen, das es sich zum Ziel gesetzt hat, einen bislang herrschenden Info-Notstand zu beseitigen:
Informationen und Hintergrundmaterial sowie (Selbst-)Darstellungen von arbeitenden und zu initiierenden Projekten sollen über diese Agentur einen weiten Verbreitungskreis finden. Durch die Endredaktion in Wien sollen diese Infos auch für herkömmliche Redaktionsbetriebe „verdaulich"/abfragbar sein: Bisher nicht beachtete Themen aus ökologischen Bereichen finden so ein weiteres Verbreitungsgebiet, als durch mühselige PR-Arbeit je erreichbar.
In der (auch von CONTRASTE geführten) Diskussion um eine linke Medien-Vernetzung ist hier sicherlich ein wesentlicher Vorstoß in Richtung „Info-Erfassung" geleistet worden. Allerding kommen gerade auch bei PHOENIX sogenannte „Neue Medien" zum Einsatz, die von vielen links-alternativen Medien„kundlerInnen" (stellenweise zu Recht!) kritisch beäugt werden. Das Projekt arbeitet; die Abnehmer reichen zum Überleben noch nicht aus!

Mathias Lahmann sprach in München mit Robert Glattau:

CONTRASTE: Wie hat die PHOENIX-Agentur ihren Flug aus der Asche heraus begonnen?

Robert Glattau: Angefangen hat alles mit einer Bahnfahrt von Wien nach Bonn, die Rupert Frechinger und ich im Dezember 1987 unternommen haben. Der Rupert hat seine Vergangenheit im Anti-Wackersdorf-Büro in Wien und im Konrad-Lorenz-Volksbegehren; das war dieses Volksbegehren gegen die Staustufe Hainburg an der Donau östlich von Wien. Ich selbst bin seit sechs Jahren freiberuflich Journalist und hab das letzte Jahr vor dem Dezember 1987 bei der Wiener Zeitschrift „MOZ" als Ökologie-Ressortleister verbracht. Während der erwähnten Bahnfahrt haben wir hin und her überlegt: Wie kann man ökologisch orientiert politisch arbeiten, ohne gleich eine eigene Zeitung gründen zu müssen... Das ist heutzutage, wenn man nicht gerade mit Millionen ausgestattet ist, eher ein Himmelfahrtskommando!

Und wir sind auf die Idee gekommen, man müßte in dem „Meinungsmacher-Geschäft" einfach eine Stufe weiter oben oder unten (wie man die Bewertungen setzen möchte...) einsteigen und sich nicht an die „Konsumenten" wenden, sondern die „Medien" mit Informationen beliefern.

Im Februar 1988 haben wir die erste Aufbauarbeiten geleistet und dann im April eine Aussendung an 6.000 Adressen in Deutschland, Österreich und der Schweiz verschickt... an Ökologie-Institute, Bürger-Initiativen, Umweltdachverbände und WissenschaftlerInnen.

Was wolltet Ihr mit dieser Aussendung erreichen?

Wir haben uns vorgestellt: *Das Projekt Phonix- Presse-Agentur*. Wir haben die AdressatInnen gebeten, sie mögen uns auf ihren Presseverteiler setzen, um uns alle Arten von Informationen zuzuschicken, die in irgendeiner Form „veröffentlichungswürdig" wären: Studienberichte, Analysen, Kommentare, Hintergrundsberichte, Aktionsbeobachtungen... was auch immer (natürlich auch die hausbezogenen Veröffentlichungen, Fachliteratur). Diese Aktion hat sehr gut eingeschlagen. Von den Angeschriebenen sind ca. 500 konkrete Rückmeldungen zurückgekommen; seither bekommen wir täglich einen etwa 6 cm hohen Stapel Post ins Haus mit dem, was für PHOENIX sozusagen „Rohmaterial" ist.

Dieses Material wird von unserer Textredaktion, die momentan aus drei Leuten besteht, in das klassische Agentur-Format gebracht (also Kurzmeldungen, - nachrichten). So werden drei bis sechs Seiten über Telefax als „Tagesdienst" (und Hauptprodukt!) an unsere Kunden versendet, jeden Tag um 13.00 Uhr.

Welchen weiteren Service könnt Ihr Euren Kunden anbieten?

Ein weiteres Produkt, der „Wochendienst", der fünf Tagesaussendungen hintereinander erhält, wird über Post verschickt und verläßt Wien am Freitag. Daneben existiert noch ein Sammelband der monatlichen PHOENIX-Meldungen, der „Monatsdienst", der wiederum die letzten vier Wochen umfaßt. Der „Monatsdienst" hat eine Stärke von 60-70 Seiten.
Zusätzlich bieten wir unseren Kunden noch den PHOENIX-„Originaldienst" an:
Wenn ein Abnehmer unserer Meldungen ein spezielles Interesse an der einen oder anderen Meldung hat, dan ruft er in unserer Redaktion an, nennt die Kennziffer der jeweiligen Nachricht und erhält so (ohne Aufpreis!) das entsprechende Original, auf der bei uns die Nachricht basierte.

Wie erreichen Euch die Informationen?

Unser Informationseingang funktioniert sowohl über den klassischen Postweg als auch über Datenfernübertragung, also Mailbox. Manches kommt über Telefax und bei sehr aktuellen Meldungen auch über Telefon.

Welche Ahnung hattet Ihr von Eurer eigenen „Marktchance"? Mußtet Ihr Irrwege unternehmen?

Einer unserer Irrwege war sicherlich, anzunehmen, wir könnten eine „hauptsächlich politisch engagierte" Agentur machen: Das läuft mit Sicherheit nicht. Bei einer solchen Agentur könnten wir, wenn überhaupt, bei den Szene-Blättern landen (TAZ, MOZ. FALTER, usw.); nur, von denen... können wir nicht leben.

Also, um auf dem Markt zu bleiben, kommen bei uns zunehmend Themen in die Dienste wie:

Rauchgas-Wäschen, Abgasfilter, Kläranlagen, Regelschaltkreise für weiß Gott was alles... das ist ein schwieriger Bereich, weil:

So wichtig solche Art von Technik ist... man befindet sich schnell auf dem Gleis, mit der Ökologie ein „wachstumsorientiertes" Geschäft zu machen (wie bislang mit den schädlicheren Produkten schon so oft geschehen!)

Wie soll denn eigentlich Euer „Wunsch"-Kundenstamm aussehen?

Wir haben eher „quantitative" als qualitative Wunschbilder: Soviel wie möglich der marktführenden Medien; selbstverständlich. Nur die können auf Dauer unsere Existenz sichern!

Wir können nach einem Jahr ganz zufrieden sein: Zu unseren Kunden zählen hier in Österreich drei große Tageszeitungen (KURIER, STANDART und TIROLER TAGESZEITUNG), zwei Redaktionen vom ORF; in der BRD beliefern wir das SPIEGEL-Archiv, die TAZ, NATUR und die CHANCEN. Das sind natürlich nur die großen Medien. Wir haben eine Masse kleine Zeitschriften-Redaktionen als Kunden gewinnen können, ebenso freiberuflich tätige Journalisten und private Institutionen...

Ist das, was dort von Euch in Wien erstellt wird, eigentlich eine Marktlücke oder erfahrt Ihr so etwas wie „direkte Konkurrenz"?

Also, eine Marktlücke ist es auf jeden Fall.

Wir verstehen uns grundsätzlich gegenüber jeglicher Agentur-Arbeit als eine wertvolle „Ergänzung": Die großen Agenturen wie REUTER, DDP oder DPA bringen auf dem Umweltschutz- und Alternativsektor meist nur die Themen, die ohnehin schon in der öffentlichen Diskussion besprochen werden. Wir wollen Hintergrundentwicklungen zu den Themen bringen, die in den herkömmlichen Agenturen erst in fünf Jahren die „Tagesreißer" wären: Damit sie es möglicherweise gar nicht erst werden müssen (z.B. Waldsterben, Meerverschmutzung, Ozonloch... etc.)

Wie sieht die internationale Vernetzung von ökologischen Agenturen technisch aus?

PHOENIX ist angeschlossen an GREEN- NET, an GEO-NET, MAX-LINK und an das CERBERUS-Netz, das in der BRD verbreitet ist. Wir bekommen aus außereuropäischen Ländern eine Menge Informationen gerade über diese Informationnetze. Wenn wir zum Beispiel aus Australien etwas mit der Post zugeschickt bekommen, könnten wir das agenturmäßig kaum noch verwenden. Über die erwähnten Netze erreicht uns die Meldung in Sekunden-Schnelle.

Welche Anwendungsmöglichkeiten gibt es für die neue Kommunikationsmöglichkeit „Mailbox" im Bereich der Agentur-Arbeit?

Bislang war die Mailbox-Nutzung nicht sehr „User"-freundlich: Der eigene PC muß an ein Modem angeschlossen werden, das benötigt eine Kopplung ans Telefon. Die Nummer der betreffenden Mailbox muß angewählt werden: Dort forscht man dann nach Nachrichten im eigenen Mailbox-Fach; diese werden „gelesen" und in die eigene Textspeicherung übernommen (nach Bedarf über den eigenen Drucker ausgedruckt!).

Das ist in herkömmlichen Redaktionen nicht praktikabel, weil hierfür meist die Zeit fehlt.
In Zusammenarbeit mit Programmierern aus der BRD haben wir da eine Neuheit entwickelt:
Die „druckende Mailbox"!

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 6

PHOENIX aus der Asche?

Hier erreicht den PC nur die Meldung, die vom entsprechenden Kunden mit Spartenvorgabe gewünscht wurde. Der PC läßt den Informationssatz ausdrucken und funktioniert so ähnlich einem selektiv arbeitenden herkömmlichen Agentur-„Ticker"... nur mit wesentlich geringeren Kosten. Gegenüber Telefax und Telex gibt es hier wesentliche Vergünstigungen allein schon im Post-Gebühren-Verfahren. Bei der „druckenden Mailbox" können es momentan technisch bis zu 2.400 Worte in der Sekunde sein, die über Telefonleitungen übertragen werden: Die Datenquantität spricht kostentechnisch einwandfrei **für** dieses System. Auch Fehler tauchen über einprogrammierte Fehlerprotokolle kaum noch auf (das ist bei Telefax oft sehr lästig).

Ist ein solches Verfahren nicht ziemlich stark für Manipulationen von Seiten Dritter anfällig?

In einer Mailbox gibt es drei unterschiedliche Arten, etwas zu verschicken:
Zum ersten kann man über ein persönliches „Password" in seinem persönlichen „Fach" nachschauen, was jemand eben nur der eigenen Person zusenden wollte. Weiter gibt es die Möglichkeit, einer selektierten Quantität von Leuten einen für eben sie bestimmten Datensatz ins „Fach" zu legen; dieses Info-System erspart gegenüber herkömmlichen postalischen „Drucksachen" Kosten und immensen Arbeitsaufwand. Zum dritten gibt es „öffentliche Anschlagbretter". Um hier einem Mißbrauch vorzubeugen, setzen wir einen System-Operator ein, der die Dateneingabe von hausfremden Mailbox-Benutzern checkt und nötigenfalls korrigiert/eliminiert.

Bezogen auf die weltweiten Möglichkeiten: Denkt Ihr daran, Euren Dienst auch in anderen Sprachen zu veröffentlichen?

Momentan gibt es unseren Dienst nur in Deutsch. Wir haben aber zwei Übersetzer, die unseren Wochendienst regelmäßig auf englisch übersetzen.

So kann unser Dienst auch in anderen Ländern als Info- Hintergrund dienen.

Unser wichtigstes Anliegen bleibt aber, gerade auf dem deutschsprachigen Markt alle potentiellen KundInnen anzusprechen, um irgendwann PHOENIX wirklich aus der Asche zu heben und es zu einem Projekt zu machen,

- das zum einen ökologisch-politischen Basis-Hintergrund liefert
- und zum anderen auf einigermaßen gesunden wirtschaftlichen Füßen steht:
  Mit der Zeit geht uns in Wien der „finanzielle Unterstützer- Atem" aus !!!

Für Anfragen an
PHOENIX WIEN:

Telefon: 0043 222 597 32 21
Telefax: 0043 222 597 37 43
Telex: 0043 222 75 31 000
Mailbox: 0043 222 597 12 25

Maria Hilfer Straße 105/II/13
A 1060 Wien

Auf Anfrage verschickt PHOENIX gern Infomaterial und Wochendienst-Exemplare!

„Erfrischend anders" mit harten Bandagen

Das engagierte TV-Projekt KANAL 4 im Kampf um seinen Sendeplatz mit dem Medienmulti RTL-plus

Red. Heidelberg Ein mutiges Team aus FilmemacherInnen und VideoproduzentInnen will die Chance nutzen, die privatrechtlichen TV- Programmplätze als Ausdrucksmittel neben den konventionellen „Öko- Nischen" der ARD/ZDF-Redaktionen auszuprobieren.
Das stellt (weil TV!) ein recht teures und risikovolles Unterfangen dar; außerdem steht KANAL 4 seit Sendebeginn (Oktober 1988) unter Dauerbeschuß seines gigantischen Frequenz-„Gastgebers" RTL- plus.
Da in der BRD nicht genügend Antennen-Frequenzen zur Verfügung stehen, mußten auch kleinere Programmanbieter auf einer Frequenz gemeinsam mit den großen Marktführern aufgenommen werden. Das ertragen diese nicht.

Mathias Lahmann

Wer wagt, gewinnt

Sehr viel Geld steht auf dem Spiel: die Jahre bis 1992 (Euro-Medien-Babel!!!) entscheiden über die Neuverteilung/- einnahmen von Werbegeldern im TV-Bereich.

Risiken sind nicht auszuschließen. Ein TV-Sender kann sich quantitativ nur dann profilieren, wenn sein Programm entsprechend einfältig ist und einem „Middle of the road"-Geschmack nahekommt. Nach der Formel „Je banaler das Angebot, desto mehr gucken zu (oder schalten zumindest nicht ab)" wird ein Medienprodukt gestylet, das sich ausschließlich über Einschaltquoten definiert.

Der Einsatz, hier mitzuspielen, liegt bei weitem höher als bei den privaten Hörfunkfrequenzen: Die Sendeminuten sind um ein Vielfaches teurer. Nur wenige Sender haben sich als „Name" etabliert; das Ein- und Aussteigen auf Kapitalgeber-Seite zeigte bislang deutlich, daß sich wirklich nur die gut „gepolsterten" durchsetzen können.

Startbedingungen

Nachdem sich das Kabel in der BRD zunehmend zu einem Nutzer-Flop entwickelte, war die Jagd auf die wenigen, zur Verfügung stehenden Programmplätze im Antennenempfangbaren Bereich vorrangig.

GoldgräberInnenstimmung führte zu Zugeständnissen bei den „JägerInnen". Der gesetzgeberische Einfallsreichtum in einzelnen Bundesländer machte Auflagen, unter denen auch und gerade kleine ProgrammanbieterInnen zum Zuge kommen sollten.

Mehr als „Betriebsfehler" in den Augen von Sat 1 und RTL-plus kamen diese Produktionen (z.B. SPIEGEL-TV, KANAL 4, KLUGE und Co.) also in die bundesweite Ausstrahlung.

Feindbilder

Wie sehen Leute aus, die sich mit Medienmultis einlassen?

Im Fall von KANAL 4 sind das Gruppen wie KAOS Film und Video, LICHTBLICK Produktion, MEDIENZENTRUM Ruhr, JUGENDFILMCLUB und MAGENTA Video, die sich zu einer „Kanal 4 - Rundfunkgesellschaft in NRW"- GmbH mit Sitz in Köln zusammengeschlossen haben.

Zusammen belegen sie 21 (Jahres-!)Stunden Programm bei SAT 1 und RTL-plus für 1989.

In ihrem Programmvertrag heißt es u.a. „...daß KANAL 4 ... in der Lage ist, das kulturelle Spektrum in NRW programmlich zu repräsentieren und organisatorisch anzubinden ...". Und so sehen dann auch die Sendebeiträge aus: Eine Filmserie über Menschen im aussterbenden Revier („4 im Revier"), Vorstellung von KünstlerInnen und Kulturinitiativen („Startloch"), Ereignisse in NRW und ihre Hintergründe („Vor Ort")...

Alles in allem ein aufwendiges Unterfangen: Guter Wille, Können und Improvisationstalent für Sendungen, die mit ihrem Blick auf die regionale Basis kosten- und nervenintensiv sein können.

Laut Vertrag sollten diese Sendungen **unter RTL-plus/SAT 1 Programmverantwortung** zu festen Terminen zur Ausstrahlung kommen. Die hätten eigentlich froh sein müssen über Produktionen, die engagiert gedreht wurden, Würze ins Programm brachten und nicht die eigene Arbeitskraft banden.

Würze im Programm

Die BRD horchte auf: Der „erfrischend andere" TV-Sender (so die Eigenwerbung von RTL-plus) brachte nicht nur SEXY FOLLIES, sondern auch Walraffs GANZ UNTEN. Außerdem lief dann irgendwann am Wochenende „BRD/DDR Eine brisante Mischung": Autonomen-Statements aus Ost und West.

Skeptische Hoffnung gärte in den Köpfen der KritikerInnen der Privatprogramme. Immerhin hatte ja z.B. GANZ UNTEN bei den ARD/ZDF Anstalten **keine** Chancen gehabt ...Ausnahme: Radio Bremen!
Indessen: In den RTL-plus-Chefetagen fing schon das Personal- und Köpfekarussell zu kullern an: „Werbekunden sind keine Intellektuelle, und die Käufermasse schon gar nicht!" sprach das Kapital und ließ die Gerichte für sich bemühen.

Schließlich hatte ja RTL (wie schon erwähnt) die Programmverantwortung! Und die mußte es nicht zulassen, daß da Unkonventionelles (oder besser: Ungewolltes!) über den eigenen (?) Sender ging. Als Vorwand diente der Streifen um die Autonomen: Da hätte mehr neutralisierende Moderation hineingehört!

Alles!/Nichts!/Oder?

Mittlerweilen hat KANAL 4 bereits die dritte einstweilige Anordnung auf Sendestopp überlebt. Während sich RTL-plus im juristischen Umgang direkter und aggressiver gibt, scheinen die Herrschaften von SAT 1 die Lage eher abwartend zu betrachten.

Das ganze gerät mehr und mehr zu einem Nervenspiel. Die lächerlich geringe Sendezeit von KANAL 4 steht in keinem Verhältnis zur Auseinandersetzung, die hier geführt wird.

Ähnlich erging es sogar dem SPIEGEL-TV mit seiner wöchentlichen Kurzsendung: Da mußte ja schon ein Stoiber bemüht werden, um angebliche „medienrechtliche Unregelmäßigkeiten" herbeizureden.

Alles oder Alles... das scheint für RTL-plus wie SAT 1 die Devise zu sein, unliebsame Programminhalte aus den mit viel Geld gekauften Frequenzgewässern fern zu halten.

„Erfrischend anders" ist das beileibe nicht; das gab es schon bei Al Capone...

Aussichten

Es bleibt für den/die Programm-RezipientIn weiterhin unklar, was eigentlich von KANAL 4 auf SAT 1 oder RTL-plus kommt: In Programmzeitschriften erscheinen deren Programmplätze nicht mit besonderen Vermerken.

„Unaufgeklärt" erwartet man/frau eine RTL-plus- Sendung. So bleibt es für die meisten eher ein Spiel mit dem Zufall, wann sie mal mit KANAL 4 zu tun bekommen... zumal dann auch noch die über Gericht erzwungene Sendemöglichkeit meist nicht mit vorangekündigten Terminen übereinstimmt, sondern von RTL-plus und SAT 1 auf unliebsame „Nacht-Programm"- Plätze verschoben wird.

Gerade in NRW hört sich das Landesrundfunkgesetz für private Programme recht gut an: Die Gerichte entscheiden, ob hier nicht nur Farcen vorliegen. Aber offenbar: Nur das Recht des/der Reicheren gilt.

Motivation für KANAL 4, weiterzumachen: Wenn es gelingt, das Programm aufrechtzuerhalten, kann KANAL 4 eine Option auf mehr Sendezeit ab 1990 wahrnehmen.

Gerade dies wird den Medienmultis ein tiefer Dorn im Auge sein!!

Sendetermine KANAL 4

10.6.	Sa. 14 h 25 - 16 h RTL	**Startloch, 4 im Revier**
		KANAL 4 vor Ort
4.7.	Di. 23 h 05 - SAT 1	**Dienstag bei KANAL 4**
8.7.	Sa. 15 h 15 - 16 h - RTL	**KANAL 4 vor Ort**
18.7.	Di. 23 h 05 - SAT 1	**Einer-Keiner-100.000**
1.8.	Di. 23 h 05 - SAT 1	**Dienstag bei KANAL 4**
12.8.	Sa. 14 h 25 - 16 h RTL	**Startloch, 4 im Revier**
		KANAL 4 vor Ort
5.9.	Di. 23 h 05 - SAT 1	**Dienstag bei KANAL 4**
9.9.	Sa. 15 h 15 - 16 h - RTL	**KANAL 4 vor Ort**
19.9.	Di. 23 h 05 - SAT 1	**Einer-Keiner-100.000**
3.10.	Di. 23 h 05 - SAT 1	**Dienstag bei KANAL 4**
14.10.	Sa. 14 h 25 - 16 h RTL	**Startloch, 4 im Revier**
		KANAL 4 vor Ort
7.11.	Di. 23 h 05 - SAT 1	**Dienstag bei KANAL 4**
11.11.	Sa. 15 h 15 - 16 h - RTL	**KANAL 4 vor Ort**
21.11.	Di. 23 h 05 - SAT 1	**Einer-Keiner-100.000**
5.12.	Di. 23 h 05 - SAT 1	**Dienstag bei KANAL 4**
9.12.	Sa. 14 h 25 - 16 h RTL	**Startloch, 4 im Revier**
		KANAL 4 vor Ort
x.12.	Sa. 15 h 15 - 16 h - RTL	**KANAL 4 vor Ort**

Bewegungsgeschichte der 1970er und 80er Jahre

Quellennachweis der Alternativpresse

„Märkische Viertel Zeitung", in Berlin 1969 erstmals erschienene Stadtteilzeitung, nach 30 Ausgaben 1973 eingestellt. „Zündstoff Der Kleinstadtschocker", 1987 in Detmold gegründete Stadtzeitung.

Dies sind zwei der 930 „lokalen Alternativzeitungen", die der Autor und seine Kolleginnen für die letzten knapp 20 Jahre nachgewiesen haben. Das sind „alternative Periodika, die sich auf lokale und regionale Räume begrenzen und gleichzeitig keine Einschränkung hinsichtlich einer Zielgruppe und bestimmter Themenbereiche machen". Diese den neuen sozialen Bewegungen zugehörige Mediengattung – mit den wichtigsten Ausformungen Stadtteilzeitung, Volksblatt, Stadtzeitung, lokale Wochenzeitung und Stadtmagazin – hatte 1982 mit ca 250 erscheinenden Titeln ihre Blütezeit. Mit der Veränderung der Bewegungen sowie der etablierten und der oppositionellen („taz") Medienlandschaft ist die Titelzahl auf ca. 140 im Jahr 1987 gesunken. Den in dieser Zeit stattfindenen Übergang vom Volksblatt zum Stadtmagazin schildert Rösch-Sondermann im ca. 50 Seiten starken Textteil, der aus erfrischender Distanz flüssig und gut lesbar geschrieben ist und aus der Wühlarbeit in den Archiven gewonnene Detailkenntnisse auftischt. Eine gute Einführung in die Geschichte der Alternativpresse auch für Nicht-Eingeweihte!

In akribischer Kleinarbeit hat der Verfasser die Titel aus Archiven und Quellen zusammengestellt (ID-Archiv, heute Amsterdam: 51%; Bibliothek der sozialen Demokratie [BdsD] bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn: 38), Erscheinungszeitraum und Zeitungstyp ermittelt und die in der BdsD archivierten Jahrgänge ausgewiesen. Nicht ohne Stolz resumiert der Archivar, „daß die wissenschaftliche Aufarbeitung der Protestbewegungen der 70er und 80er Jahre ... wesentlich auf diese Quellengattung wird zurückgreifen müssen". Als Beispiele nennt er u.a. Zugänge zu

* den Zielen und Motiven von RAF und revolutionären Zellen
* den Gründungszeiten von grünen, bunten und alternativen Listen
* der Zeitgeschichte der benachteiligten Gruppen und Minderheiten
* Wohngemeinschaften und Selbstverwaltungsbetrieben (aber auch den szene- und zeitüblichen Minnepraktiken; W.B.) über die Kleinanzeigen.)

Die durch ein Register mit über 300 Erscheinungsorten komplettierte Bibliographie erschließt den Bestand der BdsD; zu hoffen ist, daß der ID mit dem an das „Internationale Institut für Sozialgeschichte" verschenkten größeren Bestand bald nachzieht. So lange bleibt die Bonner Bibliographie das wichtigste Quellenverzeichnis der Alternativpresse, dem weiteste Verbreitung zu wünschen ist.

Hermann Rösch-Sondermann, Bibliographie der lokalen Alternativpresse, München: K.G. Saur 1988, 156 S., 48 DM.

Wolfgang Beywl

Feministische Kritik der Ökonomie

Einschätzung der Diskussion

Birgit Cramon-Daiber

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die Theorie- und Strategiediskussion, die bei diesem Forum begonnen wurde, ist noch sehr bruchstückhaft. Im Vorlauf zum Forum und anhand der eingereichten Statements hatte ich den Eindruck, daß wir immer noch weitgehend damit befaßt sind, eine feministische Kritik der Arbeitsverhältnisse zwischen Frauen und Männern zu formulieren, allenfalls patriarchalische Besitzverhältnisse noch angreifen – wobei hier ökonomische Ansätze äußerst selten sind.

In der Diskussion der Arbeitsgruppe waren für mich drei Dinge sehr aufregend: Erstens, daß es inzwischen nicht mehr nur um die formelle Bewertung der Arbeit von Frauen geht, sondern ebenso um eine Problematisierung des Arbeitsbegriffs und um die Frage der Arbeit der Selbstverwirklichung. Zweitens, daß sehr stark infragegestellt wurde, ob unsere Vorstellungen von einer sozial und ökologisch gerechten Welt, in der die Selbstbestimmung von Frauen einen Platz hat, in ökonomischen Kategorien faßbar sind. Drittens war es Konsens, daß Strategien der Provokation und der Einmischung entwickelt werden müssen.

Positionen der Kritik

Gegenüber den bisherigen, sich an traditionellen ökonomischen Theorien orientierenden Versuchen, eine Versöhnung von Ökologie und Ökonomie zu begründen, favorisierte *Luise Gubitzer* eine Strategie ökosozialer Wirtschaftsentwicklung, die einen Umbau nicht an Planungskonzepte bindet, sondern auf die Wirklichkeit schaut, wo es denn bereits Ansätze einer Veränderung gibt, die ausweitbar sind. Wesetlich ist dabei, Strategien aus einer möglichst breiten demokratischen Diskussion zu entwickeln, denn es ist eines der Hauptprobleme, daß die organisierte Macht kleiner Gruppen die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt und immer mehr Menschen von Entscheidungsprozessen, die sie betreffen, ausgeschlossen sind. Ursachenketten, die zu sozialen und ökologischen Zerstörungen führen, sind nicht bearbeitbar, weil deren Wahrnehmung und Reflexion verhindert wird. Dem kann nur entgegengearbeitet werden, wenn die sozialen Bewegungen ihre oppositionelle Kraft als Fähigkeit zur Kommunikation entfalten. „Sämtliche sozialen Bewegungen und alle Frauen müssen sich dieser aktiven Gestaltungsmöglichkeit und historischen Chance zum Durchsetzen von Forderungen, Wünschen und Anliegen bewußt werden und mittun."

Ein ökofeministisches Wirtschaftskonzept wäre eines, das auf Kommunikation setzt.

Deshalb ist es spannender, Frauenprojekte und Frauenbetriebe im Zusammenhang der Selbstverwaltungswirtschaft zu diskutieren, als auf konventionelle Konzepte zu starren.

Die Macht des Ökonomischen...

muß zurückgedrängt werden. Der Ökonomie in ihrer Logik von der Sparsamkeit und dem Gewinnmachen, der Herrschaft der Güter über die Menschen und der Ignoranz gegenüber der Ressourcen muß ein nachrangiger Platz in der Gesellschaft zugewiesen werden. Dies ist Utopie, ohne Zweifel, aber auch Richtschnur, wenn wir uns heute Strategien überlegen.

So manches Konzept, das unmittelbar einleuchtend klingt, läuft auf eine weitere unkontrollierte Ausweitung des Ökonomischen hinaus.

Dies betrifft vor allem Konzepte, die an die alte Sozialstaatslösung anknüpfen. Diese besagt, (vereinfacht ausgedrückt), daß das den sozialen Frieden sichernde Sozialsystem einem gut funktionierenden – und das heißt unter kapitalistischen Bedingungen immer expandierenden – Wirtschaftssystem nachgeordnet ist. Man kann sich dann noch darüber streiten, wie hoch der Sozialhaushalt im Vergleich zum Militärhaushalt sein soll – aber die Sozialstaatskonzeption hat, egal wie sie im einzelnen aussieht, immer kompensatorischen Charakter. An der inneren Struktur der herrschenden Ökonomie und auch an der Herrschaft der Ökonomie über alle anderen Lebensinteressen ändert sich dadurch nichts. Ein schlichtes System der Umverteilung hätte wenig gesellschaftsändernde Kraft.

...um die soziale Dimension ergänzen

Ganz ohne Zweifel reagieren die Herrschenden nicht auf fromme Bitten und auch nicht auf Argumente. Die Macht steckt immer noch geballt in den Portefeuilles. Deshalb ist es sinnvoll, zu rechnen.

Eine Strategie des Rechnens ist es, unbezahlte Arbeit von Frauen zu quantifizieren und im Bruttosozialprodukt in Form von „Schattenpreisen" zu benennen.

Allerdings muß uns dabei klar sein, daß die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nur die in Geld gemessene Produktion umfaßt. Sie kann qualitative Ansätze der Veränderung nicht aufnehmen. Die Zuordnung von unbezahlter Arbeit von Frauen im und außer Haus ist notwendig, um die Relationen der gesamtgesellschaftlich erbrachten Arbeit zu benennen, ebenso wie die Umwelt– und Sozialkosten und die durch Zerstörungsprozesse induzierten Wachstumsanteile ausgewiesen werden müssen. Die Denkversuche, die heute gemacht werden, um die Ökologische Frage mit der Ökonomie zu verknüpfen, sollten sich auch auf eine neue Definition sozialer Verhältnisse konzentrieren, wie wir sie vom feministischen Standpunkt aus – d.h. vom Blick auf die Benachteiligung und gesellschaftliche Ausbeutung der Arbeit von Frauen – entwickelt haben.

Der eklatante Unterschied

Nicht umsonst ist unbezahlte Arbeit von Frauen für die Familie in den Überlegungen, die K.W. Knapp – auf den sich heute sowohl die AlternativökonomInnen wie auch die konventionellen Ökonomen beziehen – zur Frage der sozialen Kosten der Marktwirtschaft angestellt hat, überhaupt nicht enthalten. H. Binswanger, der die Gestaltung der sozialen Lebensverhältnisse in einer Kritik des klassischen Sozialstaatsgedankens richtigerweise allgemein nicht als Finanzierungsfrage, sondern als Frage der gesellschaftlichen Machtverhältnisse bezeichnet, kann es sich unwidersprochen heute noch leisten, für eine Ausdehnung des informellen Sektors zu sprechen, um soziale Kosten zu sparen. Wir wissen, was dies im Klartext heißt: Konservative Familienpolitik. Derartige Merkwürdigkeiten sind übrigends auch in den Strategien der Grünen unverblümt enthalten.

Der Unterschied zwischen Umweltzerstörung und der Ausbeutung von Frauen liegt also schlicht darin, daß Frauen durch ihre Arbeit soziale Kosten sparen und Zerstörung verhindern – und gleichzeitig die Privilegien von Männern garantieren.

Elisabeth Stiefel führt aus, daß „Reflexion und Handlungsbereitschaft der Männergesellschaft immer dort an ihre Grenzen gestoßen sind, wo die Verfügungsgewalt von Männern über Frauen in Gefahr geriet". (3) In der Lehre von der Ökonomie werde die patriarchalische Familie sehr wohl als „kleinste Einzelwirtschaft" benannt, die aber ökonomisch aus einem einzelnen Mann als Haushaltsvorstand besteht. Real verstecke er hinter sich die Arbeit der Frau. Dies ist der ökonomische Kern der patriarchalischen Gewalt gegen Frauen. Dieser verschwiegene Zusammenhang muß deutlich gemacht werden, indem wir selbst eine Gesamtrechnung eröffnen. Sie könnte vier Meßeinheiten enthalten:

1. Welches ist die produktive Leistung von Frauen innerhalb des konventionell gemessenen Systems, also der Anteil von Frauen an der in Geld gemessenen Produktion?
2. Welches ist die Gesamtleistung von Frauen in der Haus– und Familienarbeit sowie sonstiger, z.B. bäuerlicher und sozialer Subsistenzarbeit, die durch das patriarchalische Gewaltverhältnis unbezahlt erpresst wird? Da dies nur nach den durchschnittlichen Arbeitskosten berechnet werden kann, braucht es zwei weitere Meßeinheiten, um den qualitativen Unterschied deutlich machen zu können:
3. einen Maßstab dafür, was uns Frauen durch dieses Gewaltverhältnis und die ewige kompensatorische Hausarbeit an Selbstverwirklichung und an gesellschaftlicher Lebensqualität verweigert wird. Die dritte Größe ist die wichtigste, weil dabei qualitative Vorstellungen zugrundegelegt werden, die durchaus entsprechend den Überlegungen zum Index der physischen Lebensqualität oder dem Index des Lebensniveaus entwickelt werden können. Diese dritte Meßeinheit muß dann, ebenso wie die folgende vierte, zu den anderen ins Verhältnis gesetzt werden.
4. Wären dann die Kosten der Reparatur, die durch das Gewaltsystem entstehen, zu erheben?

Lohn für Hausarbeit?

Die Frauen der „Wages for Housework Campaign" haben erreicht, daß zumindest die Forderung nach der Abschätzung unbezahlter Frauenarbeit im und außer Haus anhand der durchschnittlichen gesellschaftlichen Arbeitskosten im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung international erhoben wurde. (Sie wird allerdings noch nirgends durchgeführt).

Während *Selma James* auch heute noch und vor allem mit Blick auf die Situation von Emigrantinnen und Frauen in der Dritten Welt auf der Forderung nach Lohn für die Hausarbeit beharrt, ist diese Position bei uns umstritten. „Lohn für Hausarbeit" ist eine Forderung, die formell und unspezifisch bleibt. Sie geht davon aus, daß Hausarbeit absolut notwendige Überlebensarbeit ist, was zumindest in den entwickelten Industrieländern nicht stimmt.

Das Problem ist ja nicht nur, daß Hausarbeit nicht bezahlt wird, sondern die Konstruktion der Hausarbeit als Arbeit für Kinder und Alte und an Männern (hier wird die Geschichte leicht zynisch) im patriarchalischen Gewaltverhältnis.

Das wird durch die Entlohnung keinesfalls aufgehoben. Lohn für Hausarbeit erscheint hier als eine Strategie, die auf die Ausweitung des staatlichen Fürsorgegedankens abzielt. Die schlichte Addition eines Staatslohnes zu den Einkommen, die über konventionelle Wirtschaftsprozesse erzielt werden, ist heute nicht mehr vertretbar, ebenso wie der Arbeitsbegriff, der in der Lohn–für–Hausarbeit–Forderung enthalten ist, zynisch ist. Der Prozeß der Befreiung ist ja genau gegen die traditionelle Form der Hausarbeit gerichtet.

Kollektive Kinderversorgung

Gisela Schade und *Hannelore Schröder* (5) vertreten demgegenüber eine mehr qualitativ bestimmte Forderung, die an den alten Sozialversicherungsgedanken anknüpft. Sie beziehen sich dabei auf die Gedanken der holländischen Ökonomin Galinka Ehrenfest, die eine Kindheitsversicherung forderte, ähnlich der holländischen Altersversicherung (dazu muß man wissen, daß es in den Niederlanden die beitragsunabhängige Volksrente gibt). Der Gedankengang ist dabei folgender: Es gibt eine kulturelle Konvention, daß sowohl alte Menschen wie auch Kinder und Jugendliche nicht für ihr eigenes Einkommen aufkommen sollen. Dies ist ein gesellschaftlicher Basiskonsens. Während sich ein gemeinschaftliches System der Altersvorsorge durchgesetzt hat (in der Bundesrepublik allerdings ein borniertes System, weil es im wesentlichen an Erwerbstätigkeit gebunden ist), wird die Frage der materiellen Sicherung der Kindheit immer noch patriarchalisch gelöst, d.h. Kinder gelten als Besitz der Eltern und müssen von ihnen als privater Luxus gehandelt werden. Das autoritäre Gewaltverhältnis zwischen Eltern und Kindern findet hier seine Legitimation – zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auch das Gewaltverhältnis zwischen Männern und Frauen.

Fortsetzung nächste Seite

Arbeitsmarktentwicklung und Berufssegmentation

„Wir können wohl davon ausgehen, daß in unserer Gesellschaft die Produktion von Lebensmitteln als Waren die Produktion des Lebens selbst zur Nebensache herabsetzt. Und wir erleben, wie die Zerstörung von Leben eine Folge jener Zentrierung auf die profitliche Produktion der Mittel geworden ist, die doch seiner Erhaltung genügen sollten."

(Frigga Haug)

Sabine Hübner
Sünne Andresen

Für eine Analyse der ökonomischen Unterdrückung von Frauen muß der Zusammenhang von Haus– und Erwerbsarbeit betrachtet werden. Frauen gelten immer noch als eigentlich zuständig für die (Re)Produktion von Leben (männlicher Arbeitskraft, Kinder) und weniger für die Produktion von Lebensmitteln. Als Zuständige für „das Leben" geraten Frauen mit dem, was sie tun, selbst an den Rand der Gesellschaft.

Diese menschenfeindliche Logik des Wirtschaftens diskriminiert erwerbstätige Frauen zunächst auf zwei Ebenen: Die Berufe, in denen Arbeit am Menschen und mit Menschen geleistet wird, werden relativ schlecht bezahlt – es sei denn, Frau ist Ärztin, Anwältin oder Professorin, und bieten kaum Aufstiegs– oder Entwicklungsmöglichkeiten. Die Erwerbssituation insgesamt wird bestimmt von der „eigentlichen" Zuständigkeit der Frau für die Familie.

Als Folge der ideell oder tatsächlich vorhandenen weiblichen Familienarbeit haben familiäre Anforderungen in der gegenwärtigen Organisation von Erwerbsarbeit keinen Platz. Modellarbeiter ist der vor anderen Belastungen freigestellte, flexible und voll für die Lohnarbeit zur Verfügung stehende Mann–Mensch. Wer diesem Modell nicht entspricht, wird zum Lohnarbeiter zweiter Klasse.

Tendenzen und Ausblicke

Der Prototyp der „Ehrenamtlichen" hat sich verändert. Wurde diese Arbeit in der Vergangenheit zum Großteil von älteren Hausfrauen geleistet, so suchen heute zunehmend Erwerbstätige eine sinnvolle soziale Aufgabe – oft zum Ausgleich einer sinnentleerten Lohnarbeit. Hieraus ergeben sich massenhafte Ansatzpunkte für eine Kritik der kapitalistischen Produktion.

Erfahrungen aus der pädagogischen Arbeit mit Mädchen zeigen, daß gegenwärtig die Tendenz dahingeht, Mädchen vorschnell auf technische Berufe zu orientieren, für die Verbesserung der Erwerbssituation in sozialen Berufen wird hingegen kaum etwas getan. Dahinter steht die herrschende Ideologie, nach der die Arbeit an Maschinen höher bewertet wird als die Arbeit mit Menschen.

Kontrovers wurde in der Arbeitsgruppe die Frage diskutiert, wie eine Umverteilung der sozialen Arbeiten auf beide Geschlechter zu erreichen wäre. Der Vorschlag, alle Erwerbstätigen zwangsweise (bei vollem Lohnausgleich) für eine bestimmte Zeit im Jahr für soziale Arbeiten freizustellen, stieß auf Ablehnung.

Frauen in leitenden technischen Positionen sind nach wie vor eine Rarität. Angesichts der These, daß Arbeit selbst „vergeschlechtlicht", d.h. zur Herausbildung der Indentität „männlich" oder „weiblich" wesentlich beiträgt, stellt sich die Frage, wie Veränderung denn überhaupt möglich sei.

Ein Ansatz: Durch intensive Forschung soll herausgearbeitet werden, welche Bedingungen es der einzelnen Frau ermöglichen, aus selbstverständlichen Denkmustern auszusteigen. Forschungsmethoden können zur Politisierung der Arbeitenden beitragen, indem sie sich etwa als Organisatorinnen und Planerinnen ihrer Arbeit und Arbeitsbedingungen zu begreifen beginnen.

Die geschlechtsspezifische Arbeitsmarktforschung seit Beginn der 70er Jahre kristallisiert verschiedene Problempunkte heraus: Zu Beginn der Forschungsarbeit ist die Heterogenität von Frauenerwerbstätigkeit nicht genügend berücksichtigt worden. Es ist jedoch notwendig, nach der Diskriminierung jeder einzelnen Erwerbsgruppe (Industriearbeiterin, Büroangestellte usw.) zu fragen.

Bei allgemeinen Aussagen über Veränderungen in der Erwerbssituation von Frauen müssen verschiedene Elemente in ihrem Zusammenwirken betrachtet werden. Die Zunahme der Beschäftigungschancen für Frauen in den 70er Jahren beispielsweise ist nur im Zusammenhang mit dem damaligen Rationalisierungsstand und der konjukturellen Lage erklärbar.

Am Beispiel der Aufstiegsmöglichkeiten von Männern und Frauen läßt sich der Qualifikationsbegriff problematisieren. Qualifiktation ist immer zweifach definiert: Inhaltlich arbeitsbezogen und sozial. Bei Einstellungen, Beförderungen kommt eine Vermischung von fachlicher und sozialer Beurteilung zum Tragen. Stereotype Vorstellungen über Weiblichkeit spielen nach wie vor eine wesentliche Rolle. Frauen müssen die Monopolstellung in der Bewertung von Qualifikation brechen und eine Gegenmacht zur sozialen Beurteilung und Bewertung von Frauen errichten. Betriebliche Frauenförderungspläne als Strategie gegen die geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt– und Berufssegmentation sind oft unbrauchbar, da sie keine rechtsverbindliche Form haben. Frauen sind vom „good will" des Personalchefs abhängig. Danach werden Frauen durchaus auch mal bevorzugt eingestellt, solange dies für das Unternehmen keine Extrakosten und Probleme verursacht. Interessenpolitik für Frauen kann sich deshalb nicht in Förderplänen erschöpfen. Frauenförderung muß integraler Bestandteil der „allgemeinen" Trarifpolitik sein.

Eines ist deutlich: Es gibt eine Vielzahl von Untersuchungen, Analysen und Ergebnissen zur Erwerbssituation von Frauen. Die Umsetzung der Veränderungsvorschläge ist allerdings – wie könnte es auch anders sein? – eine Machtfrage. Eine Strategie zur Erlangung von mehr Macht könnte so aussehen, daß wechselnde Bündnisse zwischen Frauenbewegung und anderen sozialen Bewegungen (Gewerkschaften, Ökologiebewegung) eingegangen werden und grundsätzlich eine engere Verknüpfung zwischen wissenschaftlich arbeitenden Frauen und Politikerinnen hergestellt wird.

Expertinnen, keine „Betroffene"

Frauen aus Betrieben, sozialen Projekten und Beratungsprojekten diskutieren über den Balanceakt zwischen betriebswirtschaftlichem Kalkül und Utopie

Karin Hackbarth und Tina Hartmann berichteten aus ihrem Betrieb Elektra, Uschi Munker aus der Frauentischlerei Wedding/Kreuzberg und Christa Müller aus dem Orlanda Frauenverlag. Tags zuvor hatte bereits Adele Meyer den Limone-Betrieb – Werkstatt für Fotosatz – vorgestellt. Mada Mevissen hatte ihre Forschungsergebnisse von Frauenbetrieben in Hessen dargestellt.

Es zeigte sich schnell, daß das Bedürfnis nach konkretem Austausch von Informationen über Frauenbetriebe enorm war.Die Fragen gingen bis in kleinste Details der Betriebsstrategien und Arbeitsbedingungen. Jutta Gelbrich berichtete über die Ökobank und deren Bemühungen, die Geschäftspolitik frauenfreundlich zu gestalten, Gertrud Ebbing über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer Beratung von Frauenbetrieben.

Für die sozialen Frauenprojekte bilanzierte Christa Nesemann gesellschaftliche Erfolge und Niederlagen. Und Polina Hilsenbeck aus dem Frauentherapie- Zentrum München entwarf Visionen und Utopien von Frauennetzwerken zur Hervorbringung neuer Macht.

Gerda Lischke

Festgestellt werden konnte:
DEN Frauenbetrieb gibt es nicht. Arbeitszeiten, Strategien, Arbeitsteilung und Verdienst richten sich nach Lebenseinstellung und Marktlage.
Utopien sind weniger visionär, sondern eher handfest: Mehr freie Wochenenden, weniger Überstunden, gleichmäßigere Auftragslage.

Das bereits Erreichte muß offensiver vertreten werden. Liebgewordene Begriffe sind neu zu definieren. Bei Antragstellung sollen Frauen nicht den Opferstandpunkt einnehmen, obwohl es bei Anträgen, die offensiv vertreten wurden, durchweg Schwierigkeiten gab.

Manche Frauen sind als Kundinnen dem Fachwissen von Frauenkollektiven gegenüber skeptisch. Es ist daher notwendig, projektspezifische und frauenselbstverwalterische Fähigkeiten, die in Projekten und Betrieben erworben wurden, nach außen zu tragen und zu vertreten. Es muß eine feministische Werbeagentur her! Vernetzung ist angesagt!

Für Anstellungen muß ein Verfahrenskodex erarbeitet werden. Zur Lösung von Konflikten muß eine Schlichtungsstelle eingerichtet werden.

Eine Ausweitung von geförderter Beratung sowie Weiterbildung ist dringend erforderlich: Branchenspezifische Beratung, Einbeziehung von freiberuflichen Frauen in die Beratung, Meisterinnenprogramme.

Ideenworshops, Workshops zum Thema Geld und strategische Planung sind einzurichten.

Kulturprojekte dürfen nicht aus dem Sozialtopf bedient werden, sondern müssen die Mittel aus dem Kulturetat zugesprochen bekommen.

Last not least: Es muß noch mehr Geld her, um adäquate Gesetze für kooperative Unternehmensformen zu entwickeln.

Fortsetzung

Feministische Kritik der Ökonomie

Es ist deshalb ein ganz wesentlicher demokratischer Schritt, nicht nur eine beitragsunabhängige Alterssicherung zu entwickeln, sondern ebenso ein materielles Existenzrecht für Kinder und Jugendliche, das gemeinschaftlich getragen wird.

Galinka Ehrenfest möchte dies im Rahmen einer Kindheitsversicherung erreichen, die durch Beiträge aller und durch eine höhere Besteuerung der höheren Einkommen finanziert wird. Aus der Kindheitsversicherung müssen nach ihren Vorstellungen nicht nur die Lebenshaltungskosten von Kindern bezahlt werden, sondern auch die Betreuungskosten. Auf diese Weise hoffte Galinka Ehrenfest, das patriarchalische Gewaltverhältnis in den Familien auflösen zu können. Kinder würden eine demokratische Akzeptanz erfahren und Mütter wären durch die Existenz der Kinder nicht mehr ausbeutbar. Letzteres ist ein ganz wesentliches Ziel. Gegenüber der Forderung nach Lohn für Hausarbeit hätte die sozialversicherungsrechtliche Lösung den Vorteil, daß Hausarbeit nicht insgesamt formell bewertet wird, sondern daß eine qualitative Bewertung stattfindet und eine gemeinschaftliche Verantwortung eingefordert wird. Dies weist über den status quo hinaus.

Keine Armuts- und Elendsarbeit

Noch weiter geht *Ursula Brockner*, wenn sie sagt, daß sich die Strategien der Veränderung nicht am konventionellen Begriff der Hausarbeit und auch nicht am konventionellen Begriff von Erwerbsarbeit orientieren können, allenfalls an einem gesellschaftlichen Begriff von „Selbstverwirklichungsarbeit", der qualitativ bestimmt ist vom Interesse an Selbstbestimmung und Befreiung. Dies findet ansatzweise in selbstverwalteten Betrieben statt, wo Produktivität im sozialen und politischen Kontext diskutiert wird. Es entspricht auch der Erfahrung in sozialkulturellen Frauenprojekten, die sich in den letzten Jahren abgewöhnt haben, ihre öffentliche Finanzierung damit zu legitimieren, daß sie ja so nützlich sind oder gar billigere Sozialarbeit machen als die Institutionen, die sich, durch ihre institutionelle Organisation bedingt, weniger bedürfnisorientiert um ihr Klientel kümmern.

Frauenprojekte verstehen ihre Arbeit nicht als Armuts– und Elendsarbeit, sondern als Arbeit für die Befreiung von Frauen aus Armut und Elend, was absolut kein Grund für öffentliche Geldgeber sein kann, Frauenprojekte ärmlich zu finanzieren.

Basiseinkommen für alle!

Bleibt als weiterer Ansatz, der allerdings noch wenig entwickelt ist, die Strategie der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen, also die Forderung nach einem Basiseinkommen für alle. Wenn es sich dabei nicht um eine Ausweitung der Sozialhilferegelung handeln soll, die eben eine Entkoppelung von Erwerbstätigen und Alimentierten durch staatliche Fürsorge bedeutet, müßte es in der Diskussion darum gehen, daß die Entwicklung eines neuen Begriffs von Arbeit – ebenso ökomonisch wie sozial und politisch – im Zentrum steht.

Das Basiseinkommen könnte in diesem Sinne lediglich der erste Schritt einer Entzerrung der materiellen Existenzbedürfnisse (und Ängste) sein.

Basiseinkommen für alle als Tarifgrundlage ebenso wie als staatlich garantiertes materielles Existenzrecht hätte den Vorteil, daß damit demokratische Basisrechte formuliert sind, die nicht besondere Betroffenheit oder Geschlecht oder Alter als Maßstab haben, und damit die Chance geben, weder Diskriminierung noch autoritäre Kontrolle auszuweiten. Allerdings ist völlig unbegriffen, wie Arbeit eigentlich aus dem Zwangszusammenhang der Güterproduktion hier und der Hausarbeit da lösbar wäre – wenn nicht an ganz anderen Hebeln angesetzt wird.

Fazit aus dieser Diskussion:

Die Zukunftsvorstellungen und die Ansätze realpolitischer Strategien sind immer noch sehr stark durch die Geschichte der Armut und des Ausschlusses von Frauen bestimmt. Die Notwendigkeit, soziale Gerechtigkeit unter den Bedingungen der bestehenden Gesellschaft einzufordern – auch wenn dies immer ein krummes Verhältnis bleibt – und die Einsicht in die Notwendigkeit, daß das Wirtschaftssystem insgesamt geändert werden muß, wenn nicht ökologische und soziale Zerstörung hier und Elend und Not in der Dritten Welt immer weiter anwachsen sollen, geraten immer noch zu leicht gegeneinander, da muß noch viel gedacht, diskutiert und probiert werden.

Es ist aber auch notwendig, die Diskussion um Frauenarbeit und die Abschaffung patriarchalischer Gewaltverhältnisse in die Ansätze alternativer ökonomischer Entwürfe einzubringen. Überall dort, wo die konservative Familienpolitik in den Ansätzen alternativer Ökonomiekonzepte ausgesprochen oder unausgesprochen fröhliche Urständ feiert, ist dies aufs Schärfste zu kritisieren. Gleichzeitig ist es notwendig, die Diskussion um eine gerechtere soziale Sicherung von feministischer Seite aufzunehmen und das realpolitisch Machbare abzustecken.

Anmerkungen:
1-5: Alle Thesenpapiere sind enthalten in dem Tagungsreader zum fem. Ökonomieforum, Berlin 1989, zu beziehen gegen Überweisung von DM 20,– auf das Kto. BLZ 100 500 00 Sparkasse Berlin, Goldrausch Frauennetzwerk, Potsdamer Str. 139, 1000 Berlin 30.

Viel geschafft und wenig erreicht

Über die Arbeit der sozialen Frauenprojekte

Red. Frauen Wenn im folgenden von sozialen Frauenprojekten die Rede ist, so ist damit in erster Linie gemeint, daß diese Projekte ihre Leistungen nicht auf dem Markt anbieten und daher immer auf eine Finanzierung „von außen" angewiesen sind. Die Inhalte der Arbeit können dabei von feministischer Therapie über Beratung bis hin zu Kultur- und Bildungsangeboten reichen und gehen damit weit über den Begriff der traditionellen Sozialarbeit hinaus.
Dennoch scheint es, als würden die Projekte selbst zunehmend zu „Sozialfällen", denn noch immer wird dort vorwiegend un- oder unterbezahlt gearbeitet und noch immer muß jede Mark, die in ein Frauenprojekt gesteckt wird, mit einem unverhältnismäßigen Aufwand erkämpft werden.

Christa Nesemann

Dabei haben die Projekte nicht nur viel geleistet, sondern auch einiges erreicht:

- Sie haben gesellschaftliche Tabuthemen, die bislang als private Probleme behandelt wurden, zur öffentlichen Angelegenheit erklärt und damit einen politischen Handlungsbedarf herausgefordert.
- Daneben haben die meisten dieser Projekte eine Finanzierung für ihre Arbeit durchgesetzt, die allerdings auf dem untersten Level staatlicher Förderung angesiedelt ist.

Das Bedeutende dieses „Erfolgs" bezieht sich daher eher auf die politische Debatte über die Bewertung gesellschaftlicher Arbeit, indem es gelungen ist, die tendenzielle Anerkennung bisher unbezahlter Arbeit zu erreichen. Damit ist es auch gelungen, den Mythos über die uneingeschränkte Bereitschaft von Frauen zu „ehrenamtlicher" Arbeit aufzubrechen. Heute stellen wir fest, daß die konservative Strategie zur Aktivierung und ideologischen Aufwertung unbezahlter Frauenarbeit sich selbst in den eher traditionellen Frauengruppen und Verbänden nicht durchsetzen konnte.

Aber all diese kleinen Schritte der Sichtbarmachung frauenspezifischer Wirklichkeit und der Neubewertung bislang unbezahlter Frauenarbeit sind eben nur die eine Seite der Projekterfahrung.

Die Kehrseite der Medaille

Betrachten wir nun die andere Seite, d.h. die materiellen Existenzbedingungen von Frauen und die gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse, so können wir kaum größere Errungenschaften ausmachen.

Im Gegenteil. Wir wissen um die Feminisierung der Armut, und wir sehen die ständige Überfüllung der Frauenhäuser als nur ein trauriges Indiz für das Fortbestehen patriarchaler Gewalt.

Andere Indikatoren zur Kennzeichnung der fortgesetzten Diskriminierung von Frauen ließen sich anfügen, sollen aber an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Schließlich sind diese Tatsachen ja hinlänglich bekannt und zwar so sehr, daß viele Frauen es schlichtweg nicht mehr hören können. Frauen wollen nicht länger die bloßen Opfer dieser Gesellschaft sein. Feministinnen stellen daher vermehrt die Frage nach der „Mittäterinnenschaft" und zwar nicht nur bezogen auf das Gewaltproblem.

Opfer oder Mittäterinnen – welche Rolle spielen die sozialen Frauenprojekte?

Mit dem Aufgreifen dieser Frage soll es hier nicht um eine Wiederauflage der Debatte über die sogenannte feministische Sozialarbeit gehen, noch soll die Rolle der Frauenprojekte mit den schlichten Kategorien „systemsprengend" versus „systemerhaltend" bewertet werden.

Gleichwohl müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß wir unsere Erfolge, z.B. die Forderung nach Staatsknete, auch deshalb durchsetzen konnten, weil wir einen bestimmten Grundkonsens dieser Gesellschaft nicht angetastet haben. Nach diesem Grundverständnis ist die Finanzierung oder Anerkennung unserer Arbeit immer an den Nachweis ihrer prinzipiellen **Nützlichkeit** gebunden. In dem Erbringen dieses Nachweises haben wir wahrlich Schwerstarbeit geleistet: immer und überall mußten zunächst die Männer von der Notwendigkeit unserer Arbeit überzeugt werden. Um z.B. aus dem Berliner Selbsthilfetopf schlappe 20.000,– DM zu bekommen, mußten ausgefeilte Durchsetzungsstrategien und Überzeugungsargumente entwickelt werden.

Aber all diese Argumente und Überzeugungsstrategien haben dabei niemals den Boden der Unterwerfungslogik verlassen. Im Gegenteil, dieser Opferstandpunkt mußte nach den Berliner Förderkriterien noch bis ins Detail spezifiziert werden und folgerichtig haben wir den „besonderen Bedarf" als Überzeugungsargument geliefert: Suchtprävention, Krisenintervention, Krankheitsprophylaxe, Frauen und Krise, Frauen im Alter, Frauen mit/ohne Kinder u.s.w. Erst nachdem diese Zusammenhänge als ein besonderes Problem vorgeführt und anerkannt wurden, gab es die Aussicht auf eine finanzielle Förderung. Die Finanzierung der sozialen Frauenprojekte trägt somit den grundsätzlichen Charakter eines Benachteiligtenprogramms.

Über die Anerkennung als „Problemgruppe"stehen uns dann alle Türen in das Reich der Maßnahmegesellschaft offen:

Sonderprogramme, Wiedereingliederungskurse, Motivationsseminare, Betroffenengruppen und dergleichen mehr. Hier ein Maßnähmchen, da ein Forschungstöpfchen, und noch die mieseste finanzielle Ausstattung wird mit einer unverhältnismäßigen PR- Kampagne unter dem Titel „Frauenförderung" begleitet.

Aber gerade die Partizipation an der Maßnahmegesellschaft perpetuiert die Benachteiligtenrolle ebenso wie die Rolle der Frauenprojekte als Bittstellerinnen.

Dennoch handelt es sich bei unserer Überzeugungsarbeit nicht um eine bloße Bluffstrategie, tatsächlich tun wir ja all diese Dinge und erbringen damit soziale Leistungen (auch wenn einige Frauen das nicht so nennen wollen), aber eines haben wir immer noch nicht gelernt: Selbstverständlichkeit. Jene Selbstverständlichkeit, mit der wir einfach einfordern, was wir haben wollen und was uns zusteht; und dies ohne unsere eigene Diskriminierung ständig zur Legitimation unserer Ansprüche herauszustellen.

Das ist der Punkt, an dem sich viele sozialen Frauenprojekte heute befinden: sie haben einfach keine Lust mehr, ständig Überzeugungsarbeit zu leisten und wohlfeile Rechtfertigungsstrategien zur Durchsetzung von Ansprüchen zu entwickeln. Das Verlassen des Defensivstandpunktes wird dabei nicht über die individuellen Anstrengungen einzelner Frauenprojekte möglich sein.

Vielmehr ist es notwendig, gemeinsam unsere wachsende Ungeduld produktiv zu nutzen und zu einem offensiven Einfordern unserer Ansprüche überzugehen. Die Diskussion auf dem ersten feministischen Ökonomieforum ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Wir haben daher nicht nur viel geschafft, sondern noch jede Menge zu tun.

Wirtschaftsentwicklung und Frauen weltweit

Über das Verhältnis von Industrie- und Entwicklungsländern und die Situation von Frauen in der sogenannten Dritten Welt

Gabi Zdunnek

Red. Frauen Aufgrund der Komplexität des Themenbereichs war die Diskussion vielschichtig – teilweise auch kontrovers – und soll hier nur in ihren Hauptargumentationslinien wiedergegeben werden. Die Debatte zentrierte sich um drei Schwerpunkte: Auswirkungen von Verschuldungskrise und Strukturanpassungsprogrammen auf die soziale und ökonomische Situation von Frauen in Entwicklungsländern, Kritik an der bestehenden Entwicklungspolitik und Versuche der Charakterisierung einer alternativen „Entwicklungshilfe" sowie Verständnis- und Verständigungsprobleme zwischen Frauen aus Industrie- und Entwicklungsländern.

Zu den sogenannten sozialen Kosten von Strukturanpassungsprogrammen in afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern gehören Verarmungs- und Verelendungsprozesse, von denen breite Bevölkeerungsteile betroffen sind; sowohl in der Unter- als auch in der Mittelschicht verschlechtert sich darüberhinaus die sozioökonomische Position von Frauen in Relation zu Männern ihrer Gesellschaftsschicht. Aufgrund segmentierter Erwerbsstrukturen sind Frauen überproportional von Entlassungen, Einstellungsstops und Lohnkürzungenim formellen Sektor betroffen. Auch im städtischen informellen Sektor verringern sich die Einkommensmöglichkeiten für Frauen (durch steigende Konkurrenz in einzelnen Erwerbsbereichen, nachlassende Kaufkraft bei der städtischen Unter- und Mittelschicht, erhöhte Investitionskosten etc.) Sparmaßnahmen im Sozial- und Bildungsbereich wirken sich für Frauen aufgrund ihrer benachteiligten und unsicheren Position besonders nachteilig aus.

Trotz „Frauenwende" finden in der Entwicklungspolitik Aktivitäten von Frauen sowie Strukturveränderungen, die zur Benachteiligung von Frauen führen, nur ungenügende Beachtung: „Frauenförderung" ist ein isolierter und marginaler Bereich, ausgestattet mit wenig Kompetenz und Mitteln. Frauenprojekte tragen häufig wenig dazu bei, die Situation der einbezogenen Frauen zu verbessern. Bei der Diskussion, wie eine alternative Entwicklungshilfe aussehen könnte,wurde die Idee, einzelne „ideale" Frauenprojekte zu entwerfen, abgelehnt, weil dieser Ansatz zu punktuell ist und wenig dazu beiträgt, gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Als vielversprechender wurde bewertet, Organisationen –z.B. Frauenzentren, Frauenforschungseinrichtungen– zu unterstützen, mit denen zusammen jeweils angemessene Konzepte zur Frauenförderung entwickelt werden sollten. Es ergab sich eine Kontroverse darüber, wie groß der Entscheidungsspielraum dieser Organisationen über die Verfügung von Mitteln sein sollte (Art der Abrechnung, Evaluierung von Programmen etc.) und inwieweit Förderkriterien festzulegen wären.

Da bislang nur ein kleiner Rahmen für Entwürfe einer alternativen „Entwicklungshilfe" besteht, könnte es ein Ansatz zur Unterstützung von Frauen in Entwicklungsländern sein, in einer breiten Öffentlichkeitskampagne auf die Verschlechterung der sozioökonomischen Position der Frauen durch die Strukturanpassungspolitik –die auch von der BRD-Regierung mitgetragen wird– hinzuweisen (angeregt wurde eine Kampagne ähnlich der zur Rettung des Regenwaldes).

Eine dritte Ebene der Diskussion waren Verständigungs- und Verständnisschwierigkeiten zwischen Frauen aus Industrie- und Entwicklungsländern. Es wurde geäußert, daß die weltweite Benachteiligung von Frauen keine ausreichende Basis für eine Solidarisierung sei und Schwierigkeiten unter Frauen –wie sie z.B. bei der Solidaritätsarbeit auftauchen– zu wenig thematisiert würden. Zum einen besteht ein Unterschied in den materiellen Voraussetzungen zwischen Frauen in verschiedenen Gesellschaftsschichten und zwischen Frauen aus Industrie- und Entwicklungsländern; hinzu kommt –aus der Erfahrung mit Kolonialismus und Imperialismus– bei Frauen der Dritten Welt häufig ein Mißtrauen gegenüber europäischen und US-amerikanischen Frauen. Mehr oder weniger berechtigt werden sie als bevormundend oder schulmeisterlich empfunden.

Als weiteres Problem wurde benannt, daß von Frauen aus Industrieländern z.T. Hoffnungen und Utopien auf die Dritte Welt projiziert werden und die Kämpfe der Frauen für eine Verbesserung ihrer materiellen Situation –z.B. in Selbsthilfegruppen- romantisiert und in ihren politischen Möglichkeiten überschätzt werden.

Als Fazit dieser Diskussion ergab sich, daß um zu einer offenen Auseinandersetzung, evtl. auch zu einer Annäherung von Standpunkten zwischen Frauen aus Industrie- und Entwicklungsländern zu kommen, es sicherlich notwendig ist, Raum für Diskussionen zu schaffen, z.B. Tagungen, Kongresse etc., ebenso wäre eine Vernetzung von Frauenorganisationen hier und in anderen Ländern anzustreben.

Für weitere Tagungen zum Thema Frauen und Ökonomie empfiehlt die AG, daß der Aspekt „Weltweit" in andere Fragestellungen integriert wird, z.B. in den Schwerpunkt „Theorie und politische Strategie" und „Arbeitsmarktentwicklung und Berufssegmentation", da die Arbeitsmarktentwicklung in der BRD und anderen europäischen Ländern mit wirtschaftlichen Entwicklungen in Zusammenhang steht (z.B. bei der Auslagerung von Industrien) und deshalb auch gemeinsame Handlungsperspektiven diskutiert werden sollte (als Beispiel wurde über die Aktionen gegen Adler diskutiert).

LeserInnenbriefe

Betreff: CONTRASTE April '89, Seite 10: „Wir hatten das Gefühl, wir bräuchten das Ding nicht"; Interview von Ricarda Buch mit Ex-Netzwerk-Mitarbeiterin Mona Schröder

Wir freuen uns sehr, daß nun auch CONTRASTE das Thema Frauen und Computer endlich angeht.

Als aktive Förderer von CONTRASTE (Netzwerk Berlin hat immerhin einen Betrag von über 14.000 DM zur Sanierung der Zeitung beigetragen) freuen wir uns natürlich auch zu sehen, daß es CONTRASTE mittlerweile offensichtlich wieder so gut geht, daß sie ihren relativ kostbaren Platz für die einseitige Dokumentation von 10 Jahre alten Diskussionsfragmenten zur Verfügung zu stellen in der Lage ist.

Sehr bedauerlich finden wir allerdings, daß die Autorin es offensichtlich unnötig findet, auch den aktuellen Stand der Dinge der werten Leserschaft zugänglich zu machen.

Wir Frauen aus dem Büro fragen uns nun verwundert, was mit einer solch einseitigen Berichterstattung propagiert werden soll.

Ist es Absicht oder mangelnde Recherchebegabung der, mit wehenden Fahnen für die CONTRASTE-Frauenseite eintretenden Ricarda Buch, daß sie weder den frauenspezifischen Aspekt allgemein, noch den Bezug zur aktuellen Arbeitssituation der Netzwerk-Büro-Frauen berücksichtigt hat? Wo bleibt die weibliche Solidarität, in deren Sinn ein uns betreffendes Thema auch mit uns gemeinsam vorbereitet werden sollte?

Aber deratige Erfahrungen mit Ricarda sind uns nicht fremd und darum wählen auch wir diesmal den öffentlichen Weg, denn es gefiel ihr schon einige Male, öffentlich über falsch verstandene Netzwerkdiskussionen Strohfeuer zu entzünden, die sie dann in der eigenen offensichtlichen Uninformiertheit ersticken sehen mußte.

Gut finden wir den geschichtlichen Exkurs, der in dem Interview mit Mona Schröder beschrieben ist – aber gehört nicht auch die Realität der letzten drei Jahre, während der Mona übrigens nicht mehr bei uns arbeitet, mit zur Auseinandersetzung über den Alltag des computerisierten Büros?

Mona ging nach unseren Informationen übrigens auch selbstverständlich davon aus, daß auch die aktuellen Netzwerkerinnen befragt werden würden.

Wir finden es wichtig, daß über Für und Wider von Technikeinsatz im Alltag ein breiter Diskurs geführt wird und würden eine Auseinandersetzung, gerade vor dem Hintergrund der langen Vorlaufdiskussionen die es hier im Netzwerk Berlin um die Anschaffung der mittlerweile in Betrieb genommenen Anlage gab, gerne führen.

Für die Netzwerk-Büro-Frauen
Irene Gengenbach
Ingrid Alberding

Liebe Ricarda,
da es zu den seltenen Vorgängen in der „Scene" gehört, **keine** Vergangenheitsbewältigung durch Geschichtsfälschung zu betreiben, greife ich zum Ball Pencil und bedanke mich bei Dir für die korrekte Darstellung der „EDV- Geschichte im Netzwerk Berlin" in CONTRASTE 4/89.

Gerd Behrens

Wut, Witz, Widerstand Die IWF-Weltbank-kampagne in Bild und Wort

Berlin, September 1988. Gemeinsame Jahrestagung vom Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank (WB). Die breite Protestfront verschiedenster außerparlamentarischer Oppositionskräfte der Bundesrepublik hält eine Woche TeilnehmerInnen und Sicherheitskräfte in Atem.

Das Zusammenspiel der vielfältigsten fantasievollen Aktionen im Rahmen der Anti-IWFKampagne mündete in die wichtigste politische Aktion der Gegenöffentlichkeit im Jahre 1988 und gab Anlaß für die umfangreichsten Notstandsübungen seit Ende des II. Weltkrieges.

Die vorliegende Dokumentation darf aber nicht nur als Erinnerungsalbum für die EnkelInnen der beteiligten AktivistInnen verstanden werden, sondern sie räumt der Analyse von den verschiedensten angewandten Aktionsformen viel Raum und Möglichkeit zur Reflektion ein, ohne langweilig oder langatmig zu werden. Dadurch hat es meines Erachtens auch über die witzigen Bilder und die Dokumentation in Tagebuchform hinaus einen hohen Gebrauchswert für Menschen und Aktionsgruppen, die unter politischer Aktion mehr als Demos und Flugblätter verstehen. Vielfältiges Bildmaterial fordert quasi zur Nachahmung auf! Herausgegeben ist die Dokumentation vom Büro für ungewöhnliche Maßnahmen, Berlin und dem Bundeskongress entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO).
Erschienen und zu beziehen ist es beim
Schmetterling Verlag
Holzhauser Str. 31
7000 Stuttgart 80
oder über den Buchhandel.
Preis DM 19,80.

küma

Neue regionale Umweltzeitschrift „Umwelt direkt"

Seit Anfang April wird im Zeitschriftenhandel mit UMWELT DIREKT eine neue regionale Zeitschrift präsentiert, die vorwiegend aus dem Großraum Rhein–Neckar (Heidelberg, Mannheim, Ludwigshafen und weiterem Umland) berichtet.

Umwelt direkt möchte dem Natur– und Umweltschutz unserer Region neue Impulse geben, zum konsequenteren ökologischen Denken und Handeln motivieren und für die sehr zahlreichen Initiativen in diesem Bereich wie auch umweltbewußten Einzelpersonen zu einem Sprachrohr werden. Über die Ländergrenzen zwischen Baden–Württemberg, Rheinland–Pfalz und Hessen hinweg ist es darüberhinaus ein Anliegen, bisherige Informationsdefizite abzubauen. Acht Ausgaben pro Jahr sind zunächst geplant, wobei meist ein Thema jeweils besonders hervorgehoben wird. Schwerpunkt der Erstausgabe ist der ökologische Landbau.
Anschrift:
Umwelt direkt
Verlag für Mensch und Umwelt
H.Hohl, R.Schön
Käfertaler Str. 162
6800 Mannheim 1
☎ (0621) 37 21 25

Broschüre „Gefährliche Stoffe"

Aufbauend auf der GefahrstoffVerordnung werden die oft unverständlichen Begriffe erklärt und übersichtlich zusammengestellt. Ausführlich wird das Problem der Grenzwerte behandelt. Weitere Themen: Vorsorgeuntersuchungen, Auswirkungen der GefStoffV auf den Betrieb, Handlungsanweisungen an den Unternehmer.
Die Broschüre kostet DM 6,50 (Mengenrabatt möglich!) und kann bestellt werden beim
Institut für integrierten Arbeitsschutz
Postfach 113
2812 Hoya/Weser
☎ (04251) 75 95

Staatsfleisch zerschneiden

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Red. Heidelberg Tatort Werkstatt 3, Hamburg. Mitte April '89 das Zentrumstreffen für totale Kriegsdienstverweigerer und SympathisantInnen. Eingetroffen aus ganz BRD einschließlich Westberlin. Ein Bericht zur Lage der Nation.

Matthias Voß

„Es gehört zu den vielen bedeutenden Leistungen des Militärs, daß es ihm gelungen ist, das Desertieren als eine der schimpflichsten Handlungen auf Erden hinzustellen – obwohl doch Millionen von Soldaten, Dutzende von Feldherren und sogar der preußische Kronprinz, der später Friedrich der Große hieß, fahnenflüchtig wurden, und obgleich ein Wehrpflichtiger, der sich der Gewalt entzieht, etwa so verwerflich handelt, wie ein Vogel, der dem Käfig entflattert." Starke Worte von Wolf Schneider, einem etablierten rechtskonservativen Schreibtischtäter.

Was ist ein totaler Kriegsdienstverweigerer?

Ein totaler Kriegsdienstverweigerer, was ist das? Nichts Unappetitliches. Das ist ein konsequent antimilitaristischer Friedensaktivist, der ablehnt, kriegsdienlichen Zwangsdienst zu machen, den Macker Staat will.

Aber, warum nun ein so nebulöses Zitat am Anfang? Um ins Rampenlicht menschlicher Einsicht zu rücken, selbst noch bei linken Leuten, daß auch Ableistung von Zivildienst die Erfüllung der Wehrpflicht ist. Allmählich offenbart sich grausame Wehrhaftigkeit: Zuviel Kriegsdienst ohne Waffen und außerhalb kasernierter Soldatenrealität bedeutet erstens Bejahung des Wehrstaates BRD und zweitens, verheizbares Menschenmaterial für kriegstaktische Kommißstrategien der „NATO–Gesamtverteidigung" sein zu müssen. Außerdem der unbefristete Zwang, als Bundeswehr–Bluthund einen Krieg oder mehrere am Lebenslauf zu erhalten. Stichwort Blindgänger entschärfen. Genau so, nur schöner, sagen es bundesdeutsche Paragraphen und so sollte es auch schon Menschenverstand sich denken können, der hoffentlich gesunde.

AntimilitaristInnen leisten dagegen Widerstand, indem sie der BRD die Loyalität aufkündigen und staatliche „Dienstleistung" verweigern. Daß dieser Gegenwind Not tut, war und ist Konsens auf dem Bundestreffen in Hamburg.

Womit wir beim Thema wären. Freitag abend steht ganz im Zeichen von Anreise und kommunikativem Kennenlernen. Die Besucherzahl liegt bei über 40, einer überschaubaren Masse also. Bundesweit, inklusive Mompers Stadt im Niemandsland, dürfte jedoch das „stille Reservepotential" wohl 2 mal so viel zählen. Allerdings schätzungsweise, da an zugänglichen Statistikanalysen chronischer Mangel herrscht.

Samstag gehts dann richtig los ans Eingemachte: Gegen frühen Mittag erwachen die müden PazifistInnen. Auf dem Programm steht Diskussion. In Gruppen werden verschiedene Themen beackert, um danach deren Substanz mehr oder weniger intensiv dem Plenum zu präsentieren. Zum Beispiel AG Knast. Derzeit ca. 60.000 drin, weiß Ralf aus Frankfurt zu berichten. Außerdem weiß er zu sagen, daß historisch beäugelt, „Normalverbrechen" (Töten von Frauen und Kindern im alten Rom) relativ gering bestraft wurden. Nicht so bei militärischen Unterlassungsdelikten, die dem Täter schon eher eine abgesäbelte Rübe bescherten.

Weg mit Knast

Übrigends damals wie heute, wenn auch weniger physisch als drastischer psychisch: Knast existiert aus politischen, wirtschaftlichen, systembedingten und machtgeilen Sachzwängen heraus. Knast ist abhängig von gesellschaftlichen Absurditätsnormen. Weg mit dem Knast, weg mit dem Staat. Freiheit für Unfreie, Für politische und soziale Gefangene, auch der RAF. Gedanken, scheinbar „pervers" und doch die Mehrheit.

Vor allem, eben weil ein brutaler Mechanismus demaskiert wurde: Knast braucht Staat, Staat braucht Knast. Jedenfalls „unserer". Damit er überleben kann. Denn eine gewalt– und herrschaftslose, wirklich freiheitliche Gesellschaft kann nur dort Luft zum Leben finden, wo Paragraphen nicht sind.

Aber nicht nur in Harmoniesoße wird gebadet. Uneinigkeit gibt es bei der Frage, ob und wie militärisch die BRD nun ist oder nicht. Manche sagen, wir haben Militär und Militarismus. Andere behaupten das Gegenteil und streiten letzteres ab. Am Ende hält sich die Waage im Lot.

Kommen wir nun zur Sozialen Verteidigung und stellen fest, Totalverweigerung gehört als eine ihrer Widerstandsformen dazu. Weil sie ursächliche Mißstände aufzeigt. Und Möglichkeiten bietet, dem Staat direkt dort ins Fleisch zu schneiden, wo die Schmerzen weh tun.

Diese Idee dürfte mensch um so mehr vom Hocker schlagen, je klarer wird, daß ein antisoziales, kapitalistisches BRD–System unmöglich sozial verteidigt werden kann. Beim besten Willen nicht. Wozu auch? Ärgerlich allerdings, wenn manche Leute von Sozialer Verteidigung gar nichts kennen. Vergleiche Volkszählung, die letzte!

Wer hat Hunger? Fast alle. Das späte Mittagessen räumt den Magen zu. Vollkornnudeln samt vegetarischer Tomatensoße wässern die am Gaumen klebende, redegepeinigte Zunge und geben Kraft für das, was vor uns liegt. Hurtig kommt es daher.
Die TeilnehmerInnen des Bundestreffens sind sich einig, Iso–Haft bedeutet Mord durch Folter. Gemeinsamer Kampf für Zusammenlegung sofort heißt daher die Parole.

Gibt es darüber hinaus eine Differenz zwischen RAFs und TKDV'ern? Ja und nein. Insofern ja, als daß die RAF bewaffneten Widerstand leistet, Totalverweigerer waffenlosen. Insofern nein, weil beide Arten von Widerstand sich ergänzen und bewaffneter Widerstand besser ist als gar keiner. Das gemeinsame Ziel heißt Leben, heißt Menschlichkeit. Und schafft Verbindung.

„Weg mit der Wehrpflicht", eine übrigens unpopuläre Forderung unter Totalos, die spontan Buh–Rufe produziert. „Zu kurz gegriffen", sagen die einen, „Scheiße durch ein Siebgeschoß" die anderen. Recht haben beide. Denn fliegen müssen schließlich die Ursachen, sprich Bund, Nato, Politiker, Kompromißköppe und „Feindbilder". Sie allein gebären täglich Wehrpflicht. Wenn das Plenum diskutiert, herrscht häufig anarchistisches Chaos. Wilde Freiheit des Wortes. Nicht immer. Meistens.

Neues aus der Szene

Was gibt's neues aus der Szene? Einiges. Erstens: Am 20./21. Mai 89 trifft sich die internationale TKDV–Bewegung in Brandenburg, DDR. Informationsaustausch heißt die Devise. Zweitens: Aufbau eines Bundesbüros zu Zwecken der Koordination mit ehrenamtlicher Besetzung. Drittens: Einwöchige Klausurtagung zum besseren Kennenlernen untereinander. Als ein eventuelles Instrument, um gegen individuelle Selbstversumpfung anzustinken.

Viertens: Die „Berliner Gang" (sehr aktiv!) hat den rot–grünen Senat angepinkelt. Schriftlich wird er aufgefordert, keine Amtshilfe bei der Zuführung zur Vollstreckung „geflüchteter Friedensasylanten aus Rest–BRD" zu leisten. Faktisch wertvoll, verbirgt sich doch dahinter der Wunsch, die gängige Auslieferungspraxis absterben zu lassen. So nämlich versucht Westberlin immer noch, Totalos in die ungemütlichen Arme Justiztias zu treiben.

In der Spree–Monopole selbst können Wehrpflichtsverhandlungen nicht stattfinden, wegen dem besonderen Status der Stadt. Schon häufiger gab es Reibereien, weil Gefangenentransporte über DDR–Gebiet verboten sind und Leute deshalb zwangsweise in die Luft gegangen wurden. Soll noch mal einer behaupten, Piraten hätten keine Zukunft.

Und fünftens: Das „Komitee für Grundrechte und Demokratie" stellt Totalverweigerer gleichberechtigt neben Kriegsdienstverweigerer, wie zu erfahren war. Ohne zu kapieren, daß nur die Ersten auch die Zweiten sein können. Trotz intensiver Anstrengungen konnte selbst ein auf dem Bundestreffen anwesender „Experte", der es versuchte, den Irrtum nicht entknoten. Schwamm drüber.

Urteile im Namen des Staates

Wie sieht nun die bundesrepublikanische Wirklichkeit für konsequente Kriegsdienstverweigerer aus? Antwort: Alles andere als rosig! Ein krasses Nord–Süd–Gefälle wird brüchig und droht, dauerhaft umzukippen. Richterliche Willkür kennt hier keine Grenzen. Die Urteilsspanne reicht von Freispruch (Psychiatrisierung) über Geldstrafe auf Bewährung bis 18 Monate Knast.

Doch Norddeutschlands Klassenjustiz schwenkt inzwischen auf rechtsradikalen Südkurs ein, ohne mit der Wimper zu zucken. Heiko Streck ist Hamburgs erster Totalverweigerer, der vom Amtsgericht zu 10 Monaten ohne Bewährung verknackt wurde. Verantwortlicher „Richter": Nils Graue.

Frank Deutsch sitzt für das gleiche Delikt 9 Monate im Café Viereck. Weil er Oberschüler war. Verdonnert vom Landgericht Itzehoe in Schleswig–Holstein. Verantwortlicher „Richter": Manfred Selbmann. Im Namen des Volkes: „Er muß lernen, daß die Wand stärker ist."

Graue und Selbmann stehen sicherlich außerhalb des Verdachtes, linkslastig zu sein. Dafür aber innerhalb der Vermutung, gefährlich staatstreu und äußerst labil in Sachen „Gerechtigkeitsfindung" zu urteilen.

Landgericht Ravensburg, immerhin bemerkenswert, fragt beim Karlsruher Verfassungsgericht derzeit nach, ob Zivildienst und Wehrpflicht denn wirklich identisch sein würden und dies so seine Richtigkeit auch wirklich hätte. Richtig bleibt auf jeden Fall: Totalverweigerer verstehen sich immer auch als politischer Verein für deutliche Aussprache dessen, was ist.

Denn zu denjenigen, welche durch kontinuierliches Schweigen bisher genügend reden, gehören die Gewerkschaften. Der DGB müßte aus leidvollen faschistischen Erfahrungen eigentlich der Erste sein, der zur massenhaften, konsequenten Verweigerung des Kriegsdienstes aufruft! Es genügt eben nicht, am Antikriegstag phrasenschwangere Lippenbekenntnisse zum Frieden abzukotzen, aber sonst an einem Punkt, wo es sich beweisen könnte, das Maul zu halten.

Weil so nämlich etwas extrem wichtiges vor die Hunde geht: Glaubwürdigkeit. Oder hat es sie nie gegeben?

TAZ TEST

10 Jahre Pressefrechheit

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LANGER LIEGEN LASSEN!

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LÄNGER LINKS LIEGEN LASSEN!

Ich will die taz

☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....
Verrechnungsscheck liegt bei Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65.
Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift: .....

Kornkraft

Verbraucher-Genossenschaft künftig ohne Verbraucher?

Red. Naturkost Nachdem wir in der letzten Ausgabe der CONTRASTE die idealistischen Gründer der Kornkraft e.G. zu Wort kommen ließen, wollen wir die Leser jetzt mit der heutigen, eher materialistischen Entwicklung bekannt machen.

Hermann Cropp

Die Kornkraft e.G., 1979 hervorgegangen aus der Krefelder Verbrauchergenossenschaft, bezeichnet sich (noch?) als „Großhandels- und Verbrauchergenossenschaft". Der verbraucherorientierte Schwung der Kornkraft wirkte Anfang der 8oer Jahre immerhin so befruchtend auf die bundesdeutsche Bioszene, daß erstens nach ihrem Vorbild weitere regionale Genossenschaften (Grünes Netz, Sanavida) gegründet wurden und zweitens überhaupt die Regionalisierung des Naturkostgroßhandels eingeleitet wurde. Derweil wurden bundesdeutsche Großhändler weitgehend verdrängt, bzw. Zulieferer der Regionalverteiler. Die Ausstrahlungskraft der Kornkraft hat dies tatsächlich maßgeblich bewirkt. Warum verfällt sie nun in kleinliche Prozentfeilscherei mit Verbrauchercoops?

Der Verfall des kooperativen Gedankens schadet letztlich allen. Wenn Konkurrenzdenken überhand nimmt, traut auch einE BioladnerIn am Ende nicht mehr seinen/ihren KollegInnen. Tatsache ist, daß die ganze Körnerszene aus einem gemeinschaftlichen Wollen, einer Art Urgenossenschaft, entstanden ist - und die damaligen BioladnerInnen waren die RädelsführerInnen. Vor allem jene AnhängerInnen der Verbrauchercoops, denen im Bioladen alles zu teuer ist, sollten sich vergegenwärtigen, daß die meisten Bioläden noch immer nur knapp das Existenzminimum verdienen, viele verdienen nebenher, die Eltern helfen mit - es gibt da Beispiele von Hilfsbereitschaft und Genügsamkeit, daß man vor Freude traurig wird. Und wer das überblickt, mit wieviel Hingabe und Selbstverzicht manche arbeiten, der kann den Streit zwischen den Handelsstufen nur sinnlos finden. Gewiß hat auch mancher eine goldene Nase verdient, aber die Zukunft der Naturkost prägen nicht jene, die sie zerstören, sondern jene, die sie aufbauen. Wollen wir also hoffen, daß sowohl der Kornkraft-Großhandel zur inhaltlichen Auseinandersetzung zurückfindet, als auch die Verbraucher/Coops ihre Kritik am Naturkosthandel in solidarischer Form vorbringen.

Was ist im einzelnen vorgefallen:

1. Verbrauchercoops und Coopähnliche Läden eröffnen in der Nachbarschaft eingesessener Bioläden und beunruhigen diese wesentlich mehr, wie wenn ein Tante- Emma- mäßiger Bioladen aufgemacht hätte (Wuppertal, Aachen, Düren, Köln?)
2. Kornkraft beabsichtigt einen Sonderaufschlag von 10% für Verbrauchercoops einzuführen.
3. Bei einem Diskussionsabend in Köln treffen sich VertreterInnen von Coops, Läden, Querbeet, Großhandel und ErzeugerInnen. Über diese Veranstaltung und die Hintergründe schrieb Jonas von der Coop „Alles Mögliche" folgendes:

Stellungnahme rheinischer Coops

Die Coops, die sich in der Rheinischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben und koordinieren, überlassen es voll und ganz der Geschäftsführung der Kornkraft, sich den wirtschaftlichen Notwendigkeiten anzupassen und entsprechende Beschlüsse für den Umgang mit Coops, gemäß den Kornkrafteigenen Satzungskriterien für Coops, zu fassen.

Trotzdem verhehlen wir nicht unsere Enttäuschung über die Entwicklung der einst genossenschaftlich-solidarischen Gründungsmotivation, die ja eindeutig aus der Initiative der Krefelder Verbrauchergemeinschaft heraus entstand und nur so auch entstehen konnte.

Leider haben wir bis heute keine konkrete Coop-Mängel-Liste von Euch erhalten, und wir glauben auch nicht, daß es sich hier im Grunde um ein unwirtschaftliches Mehraufwandsargument handelt.

Der prinzipielle Widerspruch zwischen den verschiedenen gesellschaftspolitischen und wirtschaftspolitischen Interessen einerseits der Läden und andererseits der Kooperativen ist zu gravierend, als daß er in einem „Dienstleistungsbetrieb" wie der Kornkraft solidarisch ausgetragen werden könnte. Dazu gibt es anscheinend aber leider keinen zeitlich-geistigen Freiraum.

Trotzdem können wir nicht glauben, daß es den Bioläden daran liegt, sämtliche Coops ein für allemal zu beseitigen; vielmehr sehen auch wir eine eventuelle ernste Problematik für einzelne Läden bei der Gründung neuer Kooperativen.

Kornkraft e.G. Info Coop-Politik

Die Auseinandersetzung zwischen LadnerInnen und Coops hat für uns Formen angenommen, die nichts mehr mit Kooperation im Sinne der von den Coops aufgestellten Kriterien zu tun haben. Wir werfen vor allem den Coops vor, daß sie eine z.T. aggressive Polemik gegenüber Naturkostläden starten, die unnötigerweise auch noch publiziert wird. Das schadet nicht nur uns, sondern der Naturkost insgesamt. Der Vorwurf gilt nicht für alle Coops, aber es heizen wenige die Stimmung in der Diskussion an und dominieren die Auseinandersetzung auf Seiten der Coops.

Trotzdem halten die MitarbeiterInnen der Kornkraft e.G. Food Coops für eine mögliche, sinnvolle Verteilungsstruktur. Die Existenz von Coops ist jedoch ohne Naturkostläden nicht denkbar. Die Einführung von Naturkost, ihre Verbreitung, die Übermittlung von Informationen usw. ist eine anerkannte Leistung des Fachhandels. Die Produkte, die in der gegenwärtigen Qualität und Sortimentsbreite angeboten werden, konnten nur durch die Maßstäbe und Anforderungen der Vermarktung über Naturkostläden entwickelt und gehalten werden. Erst vor diesem Hintergrund wiederum konnten sich Food Coops bilden und können sie heute existieren. Ohne Naturkostläden hätte kein Naturkost- Großhandel entstehen können aber ohne Coops ist er lebensfähig.

Unser Angebot und unser Service sind daher in allen Belangen auf die Vermarktung über Naturkostläden ausgerichtet.

Food Coops verursachen in der Kornkraft in den verschiedenen Abteilungen einen erhöhten Abwicklungsaufwand.

Die Kornkraft hat heute ca. 50 Coops und 50 gewerbliche KundInnen. 3/4 unserer Mitglieder, also die Gewerblichen, machen mit uns ca. 9/10 des Kornkraftumsatzes - 1/4 der Mitglieder, die Coops, demnach nur 1/10 des Umsatzes. Wenn wir hier von Packaufwand einmal absehen, so steht die verwaltungstechnische Abwicklung in keinem Verhältnis zum Umsatz.

Außerdem ist die Bearbeitung der Coops ein Mehraufwand durch

- Die Einforderung der Haushaltslisten (die sich in vielen Notfällen als segensreiche Hilfsquelle herausgestellt haben!); - eine wesentlich umfangreichere Führung der Coop-Kundinnen (mehrere Adressen, Telefonnummern und Zusatzinformationen);
- Einholen von Haftungserklärungen, die wegen der nicht anerkannten Rechtsform „Food-Coop" nötig sind;
- ein umfangreicherer Aufwand bei der Verwaltung der Coop- Kundinnen-Datei, wegen unvergleichlich häufigerer Änderung der Daten (incl. der „Folgekosten");
- allg. problematische Kontaktaufnahme mit Coops wegen mangelndem Informationsstand der verschiedenen Coop-Mitglieder und fehlender oder wechselnder Ansprechpartner:
- Unkenntnis über die Geschäftsbedingungen der Kornkraft und Abläufe in der Verwaltung.

Die politische Arbeit, die durch Läden, Großhandel und durch die Verbände geleistet wird, ist bisher nicht bzw. kann nicht von Coops geleistet werden. Dies betrifft im wesentlichen;

–die Qualitätsarbeit
–die Öffentlichkeitsarbeit
– die Verbindung zu und die Forderungen an die Produzenten, - die fachliche Schulung von Personal und damit auch
–die Information der Kundschaft.

Wir sind der Meinung, daß Coops für diese Aufgaben eine Abgabe an die Kornkraft erbringen sollen. Wir reichen diese wiederum (nachweislich) an Institutionen weiter, die die oben aufgeführten Dienstleistungen erfüllen. Konkret bedeutet dies: Wir nehmen auf die Koop-Umsätze einen Aufschlag in Höhe von 5% und verwenden diesen z.B. für Förderbeiträge an Verbände, für Werbemaßnahmen von LadnerInnen und für Messen.

Wir kommen daher zum Ergebnis, daß ein 10%iger Aufschlag insgesamt notwendig und vertretbar ist.

Ende noch offen oder schon alles abgedichtet?

Im Kölner Bürgerhaus Stollwerk war am 9.5.89 eine denkwürdige Veranstaltung zum Thema „Direkt Vermarkten – mehr Wege zur Vergrößerung des biologischen Anbaus". Veranstalter war die nicht anwesende Verbraucher-Ini Bonn und die „Rheinische Arbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen". Eingeladen waren ErzeugerInnen, Ab-Hof- VermarkterInnen, Naturkost- LadnerInnen, Kooperativen, Großhandel, VerarbeiterInnen und EndverbraucherInnen. Sie sollten jenseits aller Konkurrenzängste gemeinsam ihre Puzzle- Steine zum Thema zusammensetzen. Dazu kam es nicht.

Vor dem Hintergrund zunehmender Marktenge und Konkurrenzklischees war der Versuch, zu einer gemeinsamen Strategie zur Vergrößerung des Anbaus zu kommen, zum Scheitern verurteilt. Der latente Dauerkonflikt zwischen Läden und Kooperativen bewirkte ein wesentlich größeres Diskussionsbedürfnis als in zwei, drei Stunden zu leisten ist.

Im Großhandel wurde die Gründermotivation infolge gestiegener Umsätze durch Organisations- und Bürokretieprozesse verdrängt. Dabei gerät nichtkanalisierbarer Idealismus ins Abseits und damit ins Unmessbare bis Unbequeme. Die Folge sind Ausgrenzungsversuche und Abschottungsprozesse.

So ist die fast bundesweite Aufschlagpraxis gegen Koops zustande gekommen, was die Macher der Kooperativen schlecht vertragen und wodurch sie in ständige Verteidigungszwänge geraten, die auch nicht gerade kreativitätsfördernd sind.

Im Rheinland, einer der letzten Gleichbehandlungsoasen bisher, gerät nun auch die Kornkraft gezwungenermaßen in die Aufschlagpraxis, bzw. plant einen 10% Aufschlag für Koops.

Deren Rheinische Arbeitsgemeinschaft (ca. 30 Food Coops) zahlen ab Mitte Juni freiwillig 5% ihres Umsatzes auf einen Umstellungs- Fond bei der GLS-Bank. Als besser organisierte Koops können sie das vorgetragene Mehraufwandsargument nicht akzeptieren und da sie bewußt keine gewerblichen Läden sind, wollen sie auch deren Verbands- und Werbekosten nicht mittragen. Statt dessen unterstützen sie lieber direkt Erzeuger in deren Umstellungsphase bis zur Anerkennung durch einen kontrollierenden Anbauverband.

Mit zwei ungeschickten Presse- Artikeln haben sie in offene Wunden gepult (Preisdifferenzen zu Läden), anstatt modellübergreifend für kontrolliert angebaute Nahrung zu werben. Andere Aktivisten werben ohne sonderliche Unterstützung durch die Läden auf Ökomärkten oder bekochen die nahrungsmäßig unterentwickelten Grünen und andere Fleischesser, werden aber in der Auseinandersetzung geflissentlich übersehen.

Wir dürfen gespannt dem weiteren Verlauf der Debatte folgen. Demnächst ist Generalversammlung bei der Kornkraft.

Zusammenhänge erkennen

7. bundesweite Jahrestagung der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften (EVG)

Red. Heidelberg In diesem Jahr stand die Tagung, die von den EVG's in Kooperation mit der Evang. Jugend auf dem Lande in Altenkirchen (Westerwald) stattfand, unter dem Thema: **„Zusammenhänge erkennen** – Direktvermarktung und Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften im Zusammenspiel mit anderen sozialen Bewegungen".

Sinn des diesjährigen Treffens war es – neben dem Erfahrungsaustausch – zu erkennen, wie Ökologiebewegung, Frauenbewegung, Friedensbewegung, Eine-Welt-Bewegung an einem Strang ziehen. Diese großen Bewegungen unserer Zeit haben als gemeinsames Ziel, daß die Beziehungen unter den Menschen und zur Natur rücksichtsvoller, verständnisvoller und ausbeutungsfrei zwischen Männern und Frauen werden.

Die EVGs zum Beispiel handeln aus der Erkenntnis heraus, daß

- die ökologische Landwirtschaft intensiv gefördert werden muß,
- Beziehungen zwischen ErzeugerInnen und VerbraucherInnen notwendig sind für Vertrauen und Zusammenarbeit (Solidargemeinschaften),
- Erzeugnisse auf kurzem Wege zu den VerbraucherInnen gelangen müssen!
- Direktvermarktung umweltbewußtes Handeln ist und dies auch auf anderen Gebieten fördert.

Die EVGs sind selbstorganisierte Zusammenschlüsse von StädterInnen und Bäuerinnen. Häufig entstanden sie aus dem Bedürfnis der StadtbewohnerInnen, sich mit gesunder, frischer Nahrung zu versorgen. Daneben stand der Wunsch, den ökologischen Land- und Gartenbau aktiv zu unterstützen.

So schlossen sich anfangs mehrere Haushalte und interessierte Gruppen und Einzelpersonen zusammen, fuhren abwechselnd zum Bauernhof, um Gemüse, Getreide, Milch und Fleisch für eine ganze Woche einzukaufen. An manchen Wochenenden halfen dann die StädterInnen auf Höfen mit und bekamen so eine Beziehung zu ihrer Nahrung. Heute gibt es über 100 EVGs in der BRD. sie haben zwischen 20 und 200 Mitglieder. Eine Reihe von ihnen sind inzwischen eingetragene Genossenschaften.

Zu ihrem Beitrag „Befreiung vom Konsum" machte Frau Prof. Dr. Maria Mies von der Fachhochschule Köln, F.B. Sozialpädagogik deutlich, daß hinter der Kolonialpolitik, der Frauenunterdrückung, den Umweltproblemen letztlich dasselbe Prinzip steht: Das Prinzip der Ausbeutung. In ökologischen Beziehungen, so Maria Mies, befinden sich Geben und Nehmen in Balance. Sie wies auf den Irrtum hin, wir befänden uns in materiellem Wohlstand. „Bei uns herrscht längst materielle Armut: Belastete Luft, kranke Gewässer und Wälder, Gift im Trinkwasser. Das ist Armut an den lebenswichtigsten materiellen Gütern." Die Industriegesellschaft suche auf diese bedrängenden Fragen nur technische Lösungen, die den Konsum aufrechterhalten und gesellschaftsfähig lassen sollen. Die Kauffreude der BürgerInnen ist suchtähnlich.

Maria Mies: „Deshalb spreche ich von Konsumbefreiung und nicht von Konsumverzicht. Wenn eine Frau sich alle drei Monate neue Kleider kauft oder ein Mann z.B. jedes Jahr ein neues Auto, dann sind sie in Wahrheit auf der Suche nach Glück, Freude, guten Beziehungen. Durch die neuen Sachen sind sie für eine Weile abgelenkt und beruhigt. Und sie versäumen es, die Unzufriedenheit zu nutzen, einen Schritt hin zu ihrer Befreiung zu tun. Beziehungen zu Dingen können sie nur haben und entwickeln, wenn sie uns zu Menschen in Beziehung bringen. Fließbandwaren sind tot."

Maria Mies stellte folgende fünf Thesen für einen neuen Gesellschaftsentwurf auf:

- keine Ausbeutung von Mensch und Natur, von fremden Völkern, von Frauen, von anderen Menschen
- moralisch orientierte Wirtschaft, d.h. sinn- und ethikorientiert statt profitorientiert
- Befriedigung der Grundbedürfnisse innerhalb der eigenen Region und über Beziehungen zu den ErzeugerInnen (BäuerInnen, HandwerkerInnen etc.)
- Geld soll kein Machtmittel sein, kann weiterhin Tauschmittel sein
- Regionale Lebensmittel-Versorgung In seinem Referat wies Prof. Burkhard Ahlert vom Regional-Zentrum Vogelsbergkreis darauf hin, daß aufgrund des gestiegenen Gesundheits- und Umweltbewußtseins der Umsatz von biologischen Produkten 1988 um rd. 10 % gestiegen ist, während der von „normalen" stagniert. Diese Entwicklung haben auch die Nahrungsmittel- Giganten erkannt und wollen von dieser Entwicklung profitieren.

Ebenso wie Frau Dr. Mies plädiert Herr Ahlert für kleine bis mittlere regionale Projekte, um Transportwege zu vermeiden und Beziehungen zwischen ErzeugerInnen und VerbraucherInnen zu fördern. Im Gegensatz zu Regierungsmeinung müssen die Bindungen zum Weltmarkt gelöst werden. Der geplante Europäische Binnenmarkt könnte für die regionale Versorgung zum Verhängnis werden.

Jeder Mensch sollte sich über die politischen Auswirkungen seines Ernährungs- und Konsumverhaltens bewußt werden. Die EVGs leisten hier Pionierarbeit. Sie probieren neue Wege aus, die der Sorge für gesunde Nahrung, Umwelt und für ein verantwortliches Miteinander entspringen.

Weitere Informationen über EVGs sind zu bekommen über die:

Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft WURZELWERK
Friedrichstr. 9
4850 Gütersloh
☎ (05241) 1 46 28

Fehlerhafte Zuweisung der Eigentumsrechte

Kapitalmangel produktivgenossenschaftlicher und selbstverwalteter Unternehmen wird erst durch Organisationsform zum Problem

Red. Genossenschaften Das Spannungsverhältnis zwischen normativen Ansprüchen und wirtschaftlichen Zwängen, zwischen Demokratieprinzip und Leistungserfordernis, zwischen Selbstverwirklichung in der Arbeit und ökonomischen Funktionserfordernissen begleitet die Geschichte der Produktivgenossenschaften und Selbstverwaltungsbetriebe seit ihrem Anbeginn. Ihr gegenwärtig zumindest in der Bundesrepublik Deutschland noch bescheidener quantitativer Umfang könnte dazu verleiten, diese Organisationsformen zu unterschätzen. Die folgenden Ausführungen zeigen, daß es zwar zentrale Problemfelder, besonders bei der Gestaltung der Eigentumsrechte für diese Betriebsformen gibt, daß sich aber durchaus Lösungsmöglichkeiten erarbeiten lassen.

Hans. G. Nutzinger

Zwischen den Mitgliedern von Produktivgenossenschaften als Vereinigung von Arbeitenden einerseits und Kapitaleigentümern (oder Kapitalnutzern) andererseits ist ein strukturell-er Konflikt angelegt. Er liegt nicht, wie Webb-Potter und Oppenheimer vermuten, im „Kapitalmangel" schlechthin. Für das Scheitern so vieler Produktivassoziationen in der einen oder anderen Form verantwortlich ist das zentrale ökonomische Problem einer fehlerhaften Zuweisung von Eigentumsrechten an die Genossen. Erst in Verbindung mit mangelhaft spezifizierten Eigentumsrechten wurde und wird bis heute der „Kapitalmangel" zum Stolperstein so vieler Produktivgenossenschaften und selbstverwalteter Betriebe.

Weil es solchen Unternehmensformen aufgrund ihrer schmalen Kapitalbasis oder der ungeklärten Haftungsfrage meist nicht gelingt, das für Investitionen erforderliche Fremdkapital zu erhalten (das nicht in das Eigentum der Betriebsmitglieder übergeht und deswegen keine besondere eigentumsrechtliche Problematik aufwirft), müssen Aufbau und Erweiterung selbstverwalteter Betriebe überwiegend mit Eigenkapital, also regelmäßig mit Einkommensverzichten der Mitglieder finanziert werden. Wie oft geschildert, führt dieser Umstand zu einer Zutrittssperre für neue Mitglieder, da die bisherigen Genossen meist nicht bereit sind, die von ihnen durch frühere Einkommensverzichte selbst finanzierten Investitionen mit neu Hinzutretenden zu teilen. Neue Beschäftigte können dann oftmals nur mit geringeren Ansprüchen, häufig sogar nur als Lohnarbeiter ohne Ertragsansprüche eingestellt werden. Dies führt regelmäßig zu einer Aufspaltung der Belegschaft und langfristig zu der von Oppenheimer beklagten Transformation in eine kapitalistische Unternehmung.

Kapitalauszehrung bei gesellschaftlichem Eigentum

Die Einführung gesellschaftlichen Eigentums, wie in den jugoslawischen Selbstverwaltungsbetrieben, löst dieses Problem nicht. Auch dort bestehen Eintrittsbarrieren gegenüber neuen Beschäftigten (wenn auch über Einkommensdifferenzierungen abgemildert), die nicht durch frühere Einkommensverzichte zur Kapitalerstattung des Betriebes beigetragen haben. Umgekehrt wird der Betriebsaustritt behindert, weil er für die Mitglieder den Verlust der (implizierten) Nutzungsrechte am teilweise mitfinanzierten Unternehmenskapital bedeutet. Gleichzeitig gibt es keine kompensierten Ansprüche gegenüber anderen Selbstverwaltungsunternehmen, die für potentielle „Betriebswechsler" von Interesse sein könnten.

In der Tat wird das Problem bei dieser Art von kollektiven Eigentumsrechten sogar noch verschärft: Es entsteht eine Tendenz zugunsten kurzfristiger Ausschüttungen, bei denen die Mitglieder die vollen Nutzungsrechte behalten, und gegen selbstfinanzierte Investitionen, die nur beschränkte Nutzungsrechte für die Dauer der Mitgliedschaft begründen. Dies führt zu ernsthaften internen Konflikten zwischen verschiedenen Mitgliedergruppen, weil die Interessenlage mobiler und immobiler Beschäftigter, junger und alter Belegschaftsmitglieder auch zwischen den Arbeitern mit höherem und niedrigerem Einkommen durchaus unterschiedlich sein kann und tatsächlich auch ist.

Als theoretische Lösung könnte man sich eine vollständige Fremdfinanzierung selbstverwalteter Betriebe vorstellen, die diese eigentumsrechtliche Problematik vermeidet; aber ein solches Vorgehen ist aus vielerlei Gründen, nicht zuletzt auch unter Risikogesichtspunkten, äußerst unrealistisch. Barzelay und Thomas haben zur Lösung dieses Finanzierungsproblems eine nichtkapitalistische Firmenstruktur vorgeschlagen. Bei dieser schlägt sich ein opportunistisches Verhalten seitens der Manager und der Beschäftigten – durch Konsum nichtpekuniärer Güter oder Durchsetzung ineffizienter Lohnerhöhungen – im Preis der Firmenobligationen und der stimmrechtslosen Aktien nieder: „Um Kapital zu einem günstigen Preis anzuziehen, würden daher die Manager selbstverwalteter Unternehmen, wie ihre kapitalistischen Kollegen „freiwillig" ihre legale Möglichkeit beschränken, Vermögen von nicht kontrollierenden Investoren zu konstrollierenden Investoren zu transferieren", so Barzelay und Thomas.

Mitglieder und Kapitalgeber im Konflikt

Der Grundgedanke jeder befriedigenden Lösung dieser Eigentumsrechts- und Finanzierungsfragen, der zu einer Vielfalt konkreter Lösungsvorschläge führen kann, beruht auf der Forderung, daß zwischen dem Recht auf Kapitalnutzung für die Mitglieder und dem Recht auf Verzinsung und Auszahlung von Kapitalanteilen für die Eigentümer zu unterscheiden ist. Dies muß unabhängig davon geschehen, ob die Eigentumsfunktion von den Mitgliedern selbst, von Personen, von Stiftungen oder auch vom Staat wahrgenommen wird. Letztlich läuft dieser Grundgedanke auf eine Art von „Kapitalneutralisierung" hinaus, und zwar in dem Sinne, daß die Entscheidungsrechte der Mitglieder durch ihre Arbeitstätigkeit im Unternehmen und nicht durch ihre Kapitalanteile definiert werden. Bei jeder konkreten Lösung, die diesem Prinzip entspricht, ist zu berücksichtigen, daß der legitime Entscheidungs- und Autonomieanspruch der Mitglieder in Konflikt mit dem berechtigten Kontrollanspruch der jeweiligen Kapitalgeber geraten kann. Ein derartiger Konflikt läßt sich aber – anders als im Falle einer fehlerhaften Zuweisung von Eigentumsrechten – prinzipiell lösen, wenn auch seine praktische Bedeutung, insbesondere in der Gründungsphase von Selbstverwaltungsbetrieben, nicht unterschätzt werden sollte.

Kauf und Verkauf von Arbeitsplätzen

Einen besonders gelungenen Fall richtiger Eigentumszuweisung haben die Selbstverwaltungsunternehmen in der baskischen Stadt Mondragon verwirklicht. Hier ist seit Mitte der 50er Jahre ein Netz von Produktivgenossenschaften und Selbstverwaltungsunternehmen mit heute mehr als 15.000 Beschäftigten entstanden, das von einer genossenschaftlichen Bank (der *Caja Laboral Popular*) mit Finanz- und Beratungsdienstleistungen unterstützt wird. Der bemerkenswerte ökonomische Erfolg dieser Unternehmensgruppe beruht auf einer Vielzahl von Faktoren. Grundlegend in eigentumsrechtlicher Sicht ist hierbei, daß der kapitalistische „Kauf und Verkauf der Ware Arbeitskraft" in Mondragon durch einen – nach festgesetzten Regeln verlaufenden – „Kauf und Verkauf der Ware Arbeitsplatz" ersetzt wurde.

Neu hinzutretende Mitglieder erwerben durch Lohnverzichte Mitgliedsanteile am Unternehmen; Kapitalansprüche werden beim Wechsel innerhalb des Selbstverwaltungsverbundes transferiert, beim Verlassen desselben, etwa aus Altersgründen, in bestimmten Fristen ausbezahlt. Eine wichtige Finanzierungsquelle dieser Unternehmensgruppe sind darüber hinaus die traditionell hohen Ersparnisse der Bevölkerung. Im übrigen sind die Unternehmen der Mondragon- Gruppe – anders als die selbstverwalteten Betriebe in der Bundesrepublik – durch relativ strenge Arbeitsdisziplin, Anwendung modernster Technologien, eine ausgeprägte Expertenhierarchie und ein hohes Maß an Professionalität, gestützt auf ein eigenes Politechnikum, charakterisiert.

Überarbeiteter Auszug aus Beiheft 10 der „Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen": Selbstverwaltete Betriebe – Neue genossenschatliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen?, Baden-Baden 1988

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wohnbund-Kongreß zur rechten Zeit

Der 4. Internationale Kongreß über neue Wohnformen in Europa ging im April in Hamburg zu Ende. Wäre der Kongreß vier Wochen früher durchgeführt worden, hätten sicherlich nicht 700 Teilnehmer im Verlauf der viertägigen Veranstaltung den Weg zum Tagungsort gefunden. Der Kongreß kam zur rechten Zeit: Die „neue Wohnungsnot", die plötzlich in Berlin und Frankfurt zum Wahlkampfthema wurde, hat die Menschen wieder für wohnpolitische Fragen sensibilisiert. Seit der Regierungsübernahme durch die christlich-liberale Koalition wurden die Probleme in der Wohnraumversorgung ignoriert und geleugnet, ja sogar im Zuge des Wegfalls von Steuererleichterungen für gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen verschärft. Der frühere Wohnungsbauminister *Oskar Schneider* hatte den lauesten Job der Republik. Sicherlich hat auch die miserable Wohnungssituation in der Hansestadt Hamburg dazu beigetragen, daß die insgesamt 16 Themen umfassenden Foren aus den Nähten platzten. Die Hafenstraße und die „Yuppisierung" des Wohnungsangebotes waren zentrale Themen der lokalen Auseinandersetzung. Interessant war in diesem Zusammenhang das Politikerforum, in dem der neue Berliner Bausenator *Nagel(SPD)* auf den baupolitischen Fachmann der in Hamburg mitregierenden FDP *Kirchner* traf. Der Berliner rotgrünen Aufbruchstimmung, die Nagel gekonnt verbreitete, hatte Kirchner nicht mehr als Hilflosigkeit entgegenzusetzen. Dafür stand der Kongreß ganz im Zeichen neuer, alternativer Konzepte wider die Hilflosigkeit konventioneller -, gescheiterter Wohnungspolitik. Aus In- und Ausland wurden kleinräumige, ökologische und ästhetische Siedlungsformen auf genossenschaftlicher Grundlage präsentiert, die - unterstützt durch entsprechende Fördermaßnahmen - vom Modellcharakter zum wohnpolitischen Konzept werden könnten. Bei aller Ausstrahlungskraft, die diese Wohnformen verbreiten, darf jedoch nicht vergessen werden, daß kleinräumige Siedlungsformen nicht allein zur Lösung der Wohnraumunterversorgung beitragen können; nicht zuletzt deshalb, weil die Gefahr besteht, daß diese Modelle lediglich „Mittelschichtsveranstaltungen" bleiben und an den Interessen und Bedürfnissen unterer Einkommensschichten vorbeigehen. Auch hier konnte der Kongress Perspektiven eröffnen, die auf eine Reaktivierung des sozialen Wohnungsbaus abzielen, ohne jedoch die Fehler der vergangenen 30 Jahre zu wiederholen. Zum Beispiel entsteht in Österreich eine Siedlung mit 300 Wohneinheiten, die im Rahmen der Förderungsmöglichkeiten des sozialen Wohnungsbaus Elemente wie partizipative Bauplanung, ökologische Bauweise und Formen der Mietermitbestimmung vereinigen. Ein Konzept, das ohne weiteres in der Bundesrepulik übernommen werden könnte, sofern der politische Wille dazu besteht. Als Ergebnisse des Kongresses hat der *Wohnbund e.V.* Forderungen für die Wohnungspolitik der 90iger Jahre erhoben:

- Abbau von Diskriminierungen gegenüber der einseitigen Förde rung des Einzeleigentums zu gunsten von Förderinstrumenten für gemeinschaftliches Eigentum bei Neubau und bei Sanierung von Altbaubestand
- verstärkte Anstrengungen in be zug auf Bestandssicherung unter Einbezug neuer Formen sozialer Bindung und Dauerwohnrecht
- Neubelebung des sozialen Woh nungsbaues unter Berücksichti gung partizipativer Bauplanung und ökologischer Bauweise
- Förderung von Beratungseinrich tungen für genossenschaftliche Wohnprojekte

Ludger Porada
Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, Bonn

Genossenschaftsförderung

Novellierung des Genossenschaftsgesetzes

Die Vorschläge des Vereins zur Novellierung des Genossenschaftsgesetzes wurden im Mai zur Beratung an die Fraktionen der Parteien des Deutschen Bundestages geschickt. Zuvor sind die Vorschläge den genossenschaftlichen Spitzenverbänden und den genossenschaftswissenschaftlichen Instituten zur Kenntnis gebracht worden. Die Reaktionen waren fast durchweg positiv, jedoch hat es auch kritische Anmerkungen gegeben. In fast allen Stellungnahmen wurde angemerkt, daß eine Gesetzesänderung im Sinne der Absenkung der Zugangserschwernisse zur Rechtsform der Genossenschaft durch steuer- und arbeitsrechtliche Maßnahmen unterstützt werden müsse. Daran wird der Verein in Zukunft arbeiten müssen.

Selbstverwaltung in NRW

Am 11. Mai traf Wirtschaftsminister *Jochimsen* mit Vertretern von selbstverwalteten Betrieben, Beratungsorganisationen und Vernetzungseinrichtungen aus Nordrhein-Westfalen zusammen. Das Gespräch entstand auf Initiative des *Vereins* anläßlich der Projektemesse am Rande des SPD- Parteitages im vergangenen Jahr. Die inhaltliche Koordinierung der Sachthemen hatte das *Netz NRW*, die *GIB* und der *Verein* übernommen. Hauptgesprächsthema war die Aufarbeitung der bisherigen Erfahrungen mit den Fördermaßnahmen des Landes und sich daraus ergebende Verbesserungsvorschläge. Kritikpunkte waren in erster Linie die mangelnde Flexibilität bestehender Förderinstrumente für sozial/gewerbliche Mischprojekte und der hohe Verwaltungsaufwand bei der Abwicklung der Förderinstrumente.

Neues „Outfit" für den Verein

Der Verein arbeitet z.Z. an einem neuen Erscheinungsbild für die Außendarstellung. Die bisherigen grafischen Elemente spiegeln nach unserer Einschätzung weder die tatsächliche Arbeit des Vereins wieder, noch lassen sie nach außen erkennen, daß der Verein mehr ist als eine Pflegeeinrichtung wehmütiger Erinnerungen an genossenschaftliche Blütezeiten. Wir wollen dokumentieren, daß die Rechtsform der Genossenschaft entwicklungsfähig ist und gerade heute einen wichtigen Rahmen für innovative, demokratische Unternehmensformen leisten kann. Auch die konkrete Arbeit des Vereins soll dadurch in ein anderes Licht gerückt werden. Wir suchen auch noch einen knackigen Zusatznamen, der unseren langen Vereinsnamen ergänzen soll. Für Vorschläge sind wir dankbar.

VEREIN
ZUR FÖRDERUNG DES
GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
☎ (0228) 21 52 90

Nicht mehr auf dem tropischen Holzweg

Eine Gruppe von Möbelhändlern boykottiert Tropenhölzer

Red. Bremen Erstmalig in der Bundesrepublik hat sich eine Gruppe von MöbelhändlerInnenn zum konsequenten Boykott von Tropenhölzern entschlossen. „In unseren Möbelgeschäften wird es keine Tische, Betten, Schränke, Stühle oder Borde aus tropischen Hölzern geben", so erklären die HändlerInnen. „Die Zerstörung der tropischen Regenwälder hat so verheerende Ausmaße erreicht, die Folgen für das Ökosystem Erde sind so katastrophal, daß wir nicht mehr beteiligt sein wollen an einer weiteren Vernichtung", so die Sprecherin zur Begründung.

Neun HändlerInnen mit Geschäften in elf Städten haben sich zu einem Arbeitskreis Gesundes Wohnen und Schlafen zusammengeschlossen. Es geht ihnen nicht nur um die Schaffung eines gesunden und giftfreien Wohn- und Schlafklimas, sondern auch um umweltverträglichere Produktionsbedingungen. „Niemand ist eine Insel. Was nützt mir das giftfreie Schlafzimmer, wenn sich die Lebensbedingungen weltweit verschlechtern?" So haben die rührigen HändlerInnen bisher schon des öfteren von sich reden gemacht – z.B. durch Aktionen zur Förderung des Nahverkehrs statt dem weiteren Ausbau der Innenstädte für noch mehr Autos.

Die Forderungen von Umweltorganisationen wie B.U.N.D., Deutsche Umwelthilfe, Greenpeace, Robin Wood u.a. gehen seit Jahren dahin, einen Boykott der Hölzer zu erreichen. Dieser Apell ist bisher nicht gehört worden, denn 1988 sind etwa 200.000 qm tropischer Regenwald – mehr als je zuvor – vernichtet worden. Diese Fläche entspricht fast der Fläche der Bundesrepublik.

Drei wesentliche Gefahren bedrohen diese Wälder: Einschlag der tropischen Bäume für Möbel, Fenster, Treppen, Straßenbau- und Eisenbahnprojekte. Großprojekte wie Staudamm- und Straßenbau, sowie Umwandlung der Regenwälder in Acker und Weideland durch Brandrodung. Allein für die kommerzielle Holznutzung sind 1988 50.000 qm Tropenwald gefällt worden. Diese Hölzer gehen nach Japan, nach Europa und in die USA. Der Verzicht auf Tropenhölzer dieser Länder für Haus und Wohnung könnte 25% der Urwälder erhalten.

Umweltschutzorganisationen machen seit längerem auf die Gefahren dieser Umweltzerstörung aufmerksam. Der Tropenwald ist ein wichtiger Regulator für das globale Klima der Erde. Die Erwärmung des Weltklimas wird nicht nur durch das Ozonloch, sondern auch durch die Verringerung der tropischen Waldflächen bedingt. Auch dient die Biomasse der Regenwälder als wichtiger Reinigungsfilter für die Luft und ist ein wichtiger Sauerstoffliferant. Neben den Gefahren für Klima und Luft ist die Bedeutung dieser Lebensräume als „biologische Schatzkammern" kaum zu überschätzen: 20.000 Pflanzenarten, jede fünfte Vogelart und 90 % aller Insekten leben hier. Bisher ist es nicht gelungen, diese Artenvielfalt systematisch zu erfassen.

Bisher hat sich lediglich diese kleine Gruppe von MöbelhändlerInnen als Pioniere in der Branche gefunden. Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Entschlusses ist gering; unschätzbar ist jedoch die Signalfunktion. Der deutsche Holzhandel konnte sich bisher nicht zu einem solchen Schritt entschließen, dort stehen offensichtlich immer noch kurzsichtige ökonomische Interessen vor den ökologischen. Dabei bietet die heimische Forstwirtschaft sinnvolle Alternativen für die Tropenhölzer: Esche, Buche, Fichte sind für den Möbelbau gut geeignet. Die Aufforstung der Waldflächen verhindert Schäden im ökologischen System. Die HändlerInnen fordern die Kolleginnen und Kollegen der Branche auf, sich ihnen in der Verweigerung anzuschließen. Dadurch wird Druck bei den Möbelherstellern entstehen, solche Hölzer nicht mehr zu verarbeiten.

Gabi Gros
Sibylle Göttert

Zack Zement

Neue Wohnungsgenossenschaft gegründet.

Red. Heidelberg Nach 2 Jahren Vorbereitungszeit war es soweit. Der Verein *Zack Zement*, eine Gruppe von 10 Menschen, hat die neue Wohnungsgenossenschaft *Zack Zement* gegründet.

Die Gruppe hatte sich aus dem Wunsch heraus, in einem Rahmen zu leben, den die Gruppe selbst gestalten kann und der für sie auf Dauer finanziell erschwinglich ist, zusammengefunden. Unterschiedliche Wohnformen (Einzelpersonen, Familien, Wohngruppen) sollen realisiert und so Voraussetzungen geschaffen werden, die menschliche Isolation zu überwinden und auch für Kinder das Leben in der Stadt attraktiver werden zu lassen. Energiesparende Maßnahmen und die Verwendung von baubiologischen Stoffen sollen Anwendung finden. Eigenleistungen werden notwendig werden, um die Kosten zu senken. Der Gruppe geht es nicht darum, Einzelnen privates Eigentum zu schaffen, sondern um kollektiven Besitz. Die Rechtsform der Genossenschaft bietet die besten Voraussetzungen für eine dauerhafte Festschreibung der Ziele der Gruppe. Deshalb wurde die Wohnungsgenossenschaft *Zack Zement* gegründet.

Schon vor längerer Zeit hat sich die Gruppe um das leerstehende und der Stadt Mannheim gehörende Haus in I 7, 9 beworben. Dieses Haus hat Platz für gut 20 Menschen, einen großen Hof... Ein in jeder Weise geeignetes Haus, die Vorstellungen der Zack Zement'lerInnen zu verwirklichen. Bis heute liegt noch keine Werteermittlung des Hauses, die Grundlage für den Verkaufspreis ist, vor. Es ist zu hoffen, daß die Stadt Mannheim bei der Bewertung der KäuferInnenangebote berücksichtigt, daß die Wohnungsgenossenschaft *Zack Zement* Wohnsicherheit, stabile Mieten etc. festschreibt und Spekulation ausschließt.

Am Dienstag, den 20.6.89 ab 19.30 Uhr im Forum der Jugend wird die neue Wohnungsgenossenschaft *Zack Zement* sich, ihre Ziele und das Haus in I 7,9 vorstellen. Dieses auf der Suche nach weiteren Bewohnern, die Lust am experimentellen Wohnen, auf Eigenleistung und auf ein Leben in der Innenstadt haben. *Joachim Brech* vom Wohnbund gibt eine Einschätzung über wohnungspolitische Perspektiven von Wohngruppen und *Zack Zement*. Aus eigener Erfahrung wird *Karin Schröder* vom Verein Neues Leben in alten Mauern in Stuttgart anhand von 10 Dias aufzeigen, was Selbsthilfe im Wohnprojekt bedeutet. Vom 19.-24. Juni kann begleitend zu dieser Informationsveranstaltung die Ausstellung „Genossenschaftliches Wohnen" besichtigt werden. Ziel dieser Ausstellung ist es, die Vielfalt neuer genossenschaftlicher Ansätze zu dokumentieren znd zur Diskussion über ihre Zukunftsperspektiven anzuregen.

Sprachlehrbuch Tramontana

Das im Frühjahr neu erschienene Sprachlehrbuch *Tramontana* ist eigentlich keine Neuerscheinung – es kann bereits auf eine Geschichte, die bis 1981 zurückgeht, verweisen. Damals entstand an der Universität Göttingen die erste Version von *Tramontana*. Ausschlaggebend war der Mangel an geeignetem Lehrmaterial. Der Autor, Josep Marti i Pérez, ein Chilene, entwickelte ein Buch auf der Basis seiner didaktischen Erfahrungen an der Universität und Volkshochschule Göttingen, das vor allem von kritischen Texten aus den spanisch sprechenden Ländern geprägt ist. Somit wird nicht nur neutrale Sprachkenntnis vermittelt, sondern auch das wichtige Verständnis der politischen, sozialen und kulturellen Realitäten der jeweiligen Länder. Die Inhalte der Texte behandeln z.B. den spanischen Bürgerkrieg, die Alphabetisierung in Nicaragua, die ETA im Baskenland, die Kolonialgeschichte Lateinamerikas..., Themen, die herkömmliche Lehrbücher zwecks breitestmöglicher Vermarktung gewöhnlich aussparen.

Als Ergebnis dieser Auswahl wurde *Tramontana* nicht nur als Lehrbuch an Unis und Volkshochschulen verwandt, sondern ist zum beliebten Lehrbuch der Exil- LateinamerikanerInnen geworden, deren einzige Verdienstquelle oftmals der Spanischunterricht ist. Auch in Kreisen der Nicaragua-BrigadistInnen fand es eine weite Verbreitung. Als die alte Ausgabe nicht mehr zu beziehen war, kreisten Kopien, die von mal zu mal unleserlicher wurden, was neben der Abnutzung auch an der graphischen Gestaltung der alten Ausgabe lag.

Die vorliegende Ausgabe ist neben den Texten mit Comics, Graphiken, Faksimiles und Fotos gestaltet und macht einen sehr ansprechenden Eindruck. Wer einmal nach diesen langweiligen Allerweltssprachbüchern aus bürgerlichen Verlagen gelernt hat, wird den Unterschied sofort erkennen. Allerdings sollte sich mensch darüber im klaren sein, daß dies kein Buch ist für jene, die im nächsten Sommer mal kurz nach Spanien wollen und dort dann auch selbständig ein Bier bestellen möchten – *Tramontana* stellt etwas höhere Ansprüche und ist daher eher für langfristig motivierte LeserInnen geeignet.

Demnächst soll nach Angaben des Verlages ein Wortschatz und eine Tonkassette erfolgen. Gemessen an der Aufmachung ist das Buch vergleichsweise günstig und macht auch nicht den Eindruck, als würde es bei mehrmaligem Benützen auseinanderfliegen.

Josep Martí i Péres:
TRAMONTANA
256 Seiten, DM 29,80,
2. überarbeitete Auflage
Schmetterling Verlag
Holzhauser Str. 31
7000 Stuttgart 80
oder über den Buchhandel.

küma

WAS HAT „GROBER UNFUG" MIT „GOLD-RAUSCH" ODER „VETTERNWIRTSCHAFT" ZU TUN?

DIE BUNTEN SEITEN BRANCHENFÜHRER DURCH DIE ANDERE REPUBLIK

erweiterte und erneuerte Ausgabe zu 6 DM in Briefmarken bestellen bei:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

CONTRASTE

Rückerstattungsmöglichkeiten der Kapitalertragssteuer (Quellensteuer) bei Lebensversicherungen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Herbert Siebert

Red. Heidelberg Auch wenn jetzt die Quellensteuer abgeschafft oder verschoben wird, so haben doch schon einige Lebensversicherungsnehmer Gewinnanteile aus Lebensversicherungen in 1989 unter Abzug von 10 % Kapitalertragssteuer gutgeschrieben bekommen.

Gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG sind ab 1989 erstmals Gewinnanteile (Zinsen) aus Lebensversicherungen, die eine Laufzeit von mindestens 12 Jahren haben, steuerpflichtig, soweit sie 3,5 % des jeweiligen Guthabens übersteigen (außerrechnungsmäßige Zinsen). Bei Lebensversicherungen gegen laufende Beitragsleistungen sind die Gewinnanteile im Zeitpunkt der Gutschrift zu versteuern. Gemäß § 45b EStG ist durch den Kapitalertragsteuerabzug die Einkommensteuerpflicht abgegolten, soweit die Erträge nicht zu den Gewinneinkünften (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbstständiger Arbeit) gehören. Sie ist somit eine endgültige Steuerlast. Erträge aus Versicherungen, die dem Steuerabzug von 25 % unterliegen (Lebensversicherungen, die eine kürzere Laufzeit als 12 Jahre haben oder wenn der Rückkauf vor Ablauf von 12 Jahren erfolgt), werden stets zur Einkommensteuerveranlagung herangezogen. Die einbehaltene Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 % wird in diesen Fällen als Vorauszahlung auf die Einkommensteuer angerechnet.

Bei Erträgen aus Lebensversicherungen besteht keine Möglichkeit, den Kapitalertragsteuerabzug in Höhe von 10 % durch Vorlage einer Nichtveranlagungsbescheinigung (NV - Bescheinigung) zu verhindern.

Es besteht jedoch die Möglichkeit, die Erstattung der einbehaltenen Kapitalertragsteuer beim Bundesamt für Finanzen, Friedhofstr. 1, 5300 Bonn, zu beantragen. Dem Antrag sind gemäß § 44b Abs. 1 EStG eine NV - Bescheinigung und eine Bescheinigung der Lebensversicherungsanstalt über die abgeführte Kapitalertragsteuer beizufügen. Die Bescheinigung muß von der Versicherung angefordert werden.

Weiterhin besteht die Möglichkeit, die Kapitalertragsteuer in Höhe von 10 % im Rahmen der Einkommensteuererklärung auf die festgesetzte Einkommensteuer anrechnen zu lassen (§ 45b EStG).

Die Anrechnung der Kapitalertragsteuer führt in folgenden Fällen zu einer teilweisen bzw. vollständigen Erstattung der einbehaltenen Kapitalertragsteuer:

1. Die Kapitaleinkünfte sind niedriger als der Werbungskosten–Pauschbetrag und der Sparerfreibetrag (bei Ledigen unter DM 400.- / bei Verheirateten unter DM 800,-);
2. bei Arbeitnehmern, deren Einkommen bei Ledigen unter DM 24 000,- / bei Verheirateten unter DM 48 000,- liegt und die andere Einkünfte bis zu DM 800,- haben, die nicht der Lohnsteuer zu unterwerfen sind Härteausgleich gemäß § 46 Abs. 2 Nr. 1 EStG);

Beispiel: die Ehegatten haben folgende Einkünfte:
Ehemann: Nichtselbstständige Arbeit DM 36 000,-
Ehemann: Vermietung und Verpachtung - DM 1 000,-
Ehefrau: Kapitaleinkünfte (nach Abzug der Freibeträge von DM 800,-) DM 1 500,-
Der Härteausgleich wird auch in diesem Fall gewährt, da die Einkünfte, die nicht der Lohnsteuer zu unterwerfen waren, insgesamt nur DM 500,- betragen;

3. der Steuersatz liegt bei der Einkommensteuer unter 10 %;
4. es liegen negative Einkünfte vor.

Der Einkommensteuererklärung muß auch eine Bescheinigung der Lebensversicherung über die abgeführte Kapitalertragsteuer beigefügt werden. Diese Bescheinigung ist nur auf Anforderung bei der Lebensversicherung erhältlich.

Wenn man/frau dem Fiskus nichts schenken will, sollte auch für geringe Beträge ein Erstattungsantrag gestellt werden bzw. ist zu prüfen, ob die Zinsen bei der Einkommensteuerveranlagung berücksichtigt werden sollen.

Umwelt- und Spielpädagogik

Das Institut für ökologische Forschung und Bildung e.V. in Münster möchte allen an Umwelterziehung interessierten Menschen Hilfestellung geben.

Die MitarbeiterInnen des Vereins bieten sich Interessierten als Honorarreferenten für verschiedenste umwelt- und spielpädagogische Themen an. (Kostenlose Informationen anfordern – Stichwort: Referenten)

Der Verein verleiht gegen Gebühr (120,– bis 270,– DM) verschiedene Spielzeugausstellungen (Umweltspiele, Kooperative Spiele etc.). Durch diese Ausstellungen soll es beispielsweise Jugendgruppen oder Institutionen ermöglicht werden, pädagogische wertvolle Spiele der Öffentlichkeit vorzustellen und sie auszuprobieren (Gebrauchsausstellungen!!!!).
(Infos anfordern – Stichwort: Ausstellungen)

Ganz neu erscheint in diesen Tagen die 7. überarbeitete und erweiterte Auflage der „Kommentierten Umweltspieleliste". Es werden ca. 110 Spiele und umweltpädagogische Bücher vorgestellt und besprochen. Die Broschüre kann gegen 6,– DM in Briefmarken angefordert werden.

Unter der gleichen Adresse bekommt man auch einen kostenlosen Versandkatalog über umwelt- und spielpädagogische Materialien.

Institut für ökologische Forschung und Bildung
Hafenweg 26
4400 Münster

Jobsuche

Dipl. Soziologe u. Industriekaufmann sucht Anstellung
Ulrich Fedler
Ellerstr. 175
4000 Düsseldorf 1

Sozialarbeiter/Päd. mit Erfahrung in der Reha- und Suchtarbeit sucht interessante Tätigkeit in Ausbildungsprojekten.
☎ (030) 781 81 27 (Peter)

Ich will unbedingt meine Ausbildung zur **Offsetdruckerin** im Sommer weitermachen. Suche daher Lehrstelle, wo ich ins zweite Lehrjahr einsteigen kann. Bin für jeden Tip dankbar.
Silke Jahns
Liebigstr. 83
6100 Darmstadt

Dipl. Ing. (Papier/Kunstst. Verarb.) m, 27J., davon 3 1/2 Gastronomie erfahren, sucht Arbeit in Hamburger Kollektiv.
☎ (089) 29 27 33, Jörg

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ **(06221) 1 34 02**

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammbelegschaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:

1000 Berlin 36, CONTRASTE, Oranienstr. 186, ☎ **(030) 65 15 64; 2000 Hamburg 50,** Rat & Plan, Eimsbüttelér Str. 16, ☎ **(040) 439 91 22; 2800 Bremen 1,** Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, ☎ **(0421) 7 20 93; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5,** Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ **(06171) 7 60 88; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10,** ☎ **(0561) 2 28 38; 6900 Heidelberg 1,** CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ **(06221) 1 34 02; 7053 Stetten,** Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ **(07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ **(0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien,** Sabine Koller, Heinestr. 35/25, ☎ **(0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1014BA Amsterdam,** Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Kabelweg 51, ☎ **(0031) 668 58 66**

Fachredaktionen:

Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ **(030) 693 53 51; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ **(030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen,** Eckard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ **(07071) 4 33 41; Genossenschaften: 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ **(0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ **(089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ **(05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück,** Hermann Cropp, Postfach 1641, ☎ **(0541) 43 29 41**

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.

Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ **(06221) 1 34 02;** Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86

Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1; **Satz:** auf TEXTLINE- System; **Ausgabe:** Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:

☎ **(06221) 1 34 02**

Vertrieb:

☎ **(06221) 16 24 67**

Jobs

Für unsere Werkschreinerei suchen wir ab Juli '89 eine/n **Schreiner/in, Schreinermeister/in** mit praktischer Berufserfahrung. Aufgabenbereich: Kalkulation von Kleinserien, Holz-Einkauf, Zeichnung, Entwicklung, Konstruktion, Produktion.
EDV-Kenntnisse erwünscht, aber nicht Bedingung. Wichtig sind Bereitschaft und Fähigkeit zur Zusammenarbeit.
Schriftliche Bewerbungen an:
Blätterwald e.G.
Betrieb in Selbstverwaltung,
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5

Elektrofachfrau für Werkstatt und Unterricht in Berufsvorbereitung für Mädchen in gewerbl.-techn. Berufen von Frauenprojekt gesucht. Bewerbungen bitte an:
Zahnrad e.V.
Manshardtstr. 105e
2000 Hamburg 74

Selbstverwaltetes Wohn- und Arbeitsprojekt mit Holzwerkstatt, Gebrauchtmöbelladen, Ablaugerei u. LKW-Transporte, z.Z. 6 Leute, bietet Mitarbeit an
Stuttgart
☎ (0711) 24 05 86

Unternehmensberatung (Gründungs-, Finanzierungs-, Schwachstellenberatung) für Kleingewerbe und selbstverwaltete Betriebe sucht **Betriebswirtln.** Zusätzliche Qualifikationen durch praktische Erfahrungen im Beratungsbereich oder durch eigene selbstständige unternehmerische Tätigkeit wünschenswert.
BBD
J. Wiechers/R. Schlief
4400 Münster
Schillerstr.56
☎ (0251) 66 42 50

Gesucht **IngeneurInnen** der Fachricht. Nachrichtentechn., Techn. Informatik, Elektrotechn. mit ca. 3 Jahren Berufserfahrung, die den Drang zum freien Unternehmertum verspüren und diesen auch noch in selbstverwalt. Strukturen im Raum Stuttgart ausleben wollen!! Es wäre von Vorteil, wenn man/frau sich schon über so ein Vorhaben Gedanken gemacht hätte (Eigenkapital ist notwendig). Das Vorhaben startet im Juli 1989, es besteht aber die Möglichkeit später einzusteigen. Die vohandenen Räume reichen für max. drei Menschen, sind aber im Gebäude erweiterbar.
Jürgen Kemmler
☎ (0711) 57 16 55 (abends)

Vollkornbäckerei-Kollektiv in Hannover sucht Menschen mit Backerfahrung für die Konditorei, möglichst bald.
☎ (0511) 4 55 31

Wir sind ein großes Münchner **Kollektiv** und betreiben mit 35 aktiven Gesellschaftern
- Café, Restaurant, Bäckerei/Konditorei,
- Laden, Weinhandel

und suchen engagierte Mitarbeiter
- Koch/Köchin (Erfahrung mit ital. Küche wäre von Vorteil)
- Bar/Service (Gastronomieerfahrung erwünscht)
- Bäckerin, Konditorin Persönliche Vorstellung nach Absprache

Orffstr. 22-24, 8000 München 19
☎ (089) 16 11 60

Texte gesucht

„In den besten Jahren?" (mit großem Fragezeichen) ist der Titel eines geplanten Buches, das Anregungen geben will zur Standortbestimmung derjenigen, die früher sagten: „Trau keinem über 30", und die jetzt selbst auf die 40 zugehen. Brigitte Heidebrecht, Autorin und Herausgeberin mehrerer Anthologien („Wer nicht begehrt, lebt verkehrt", 1982; „Laufen lernen", 1982; „Dornröschen nimmt die Heckenschere", 1985; u.a.) sammelt Geschichten, Essays und Lyrik über Midlife-Krise und älter (und weiser?) werden.

Ein weiteres Buchprojekt, das die Herausgeberin plant, soll sich mit dem Thema Frauenliebe beschäftigen. Frauen, die Frauen lieben und ihre Erfahrungen literarisch verarbeiten wollen, sind aufgerufen, sich mit Texten zu beteiligen.

Wer mitmachen will, erfährt Näheres bei B. Heidebrecht, Quellenweg 22, 7120 Bietigheim.

Wohnen

Buchhändlerin (30) bald Studentin sucht um Hamburg eine WG für sich und ihr **Kleinpferd**
ab Sept.-/Okt.
Bärbel Wegner
☎ (0231) 37 16 03

Zu bestellen bei: Lateinamerika-Komitee, c/o CONTRASTE, Pf. 104520, 6900 Heidelberg. Mindestabnahme 50 St., Paket- u.Verpackungspauschale DM 5,-. Bitte legt der Bestellung Schein(e) bzw. Briefmarken bei oder überweist im voraus auf Konto 205689-759, Postgiroamt Karlsruhe, Norbert Schön, Lateinamerika-Komitee Heidelberg

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Aufruf an alle freien/autonomen/unabhängigen/selbstverwalteten Tagungshäuser

Die **Kraftzwerge** sind gerade dabei, eine Neuauflage des Bundesweiten Tagungshausverzeichnisses zusammenzustellen, die im August '89 erscheinen soll. Jedes Haus hat Gelegenheit, sich auf einer Buchseite vorzustellen (mittels reprofähiger Vorlage im Endformat DIN A5). Eine Beteiligung an den Herstellungskosten ist erforderlich und möglich über a) V- Scheck von DM 120,- oder b) Vertrieb von 30 Verzeichnissen. Redaktionsschluß: 1.5.89.
Kontakt & Information:
Kraftzwerg e.V., Altes Zechenhaus, Silbernaal 1
3392 Clausthal-Zellerfeld
☎ (05323) 4 04 22 (9-12h, Michael)

Anläßlich seines 10-jährigen Bestehens stellt der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) der AG SPAK in einer Broschüre seine Arbeit dar.

Sie kann zum Selbstkostenpreis von 3,-- DM plus Porto (möglichst im voraus) bestellt werden bei:
Burghard Flieger
Erwinstr. 29
7800 Freiburg

Seminarprogramm des AJS e.V. für 1989 anfordern! Interessante Veranstaltungen z.B. zu den Themen regenerative Energien, Rhetorik, Photographie, Rebirthing, Computer, Pädagogik. Info bei:
AJS e.V.
Läufertsmühle
6934 Neckargerach
☎ (06263) 16 43

Sonstiges

versiko GmbH – Kollektive Versicherungsagentur – macht vom 17. Juli bis zum 5. August 1989 Betriebsferien. Bei Bedarf bitte noch vorher anrufen. Mit sommerlichen Grüßen.
Vennhauser Allee 245
4000 Düsseldorf
☎ (0211) 27 70 11

Eine Chance

Wir suchen dringend Leute für unser Projekt (auch im Bereich Landwirtschaft), daß seit 7 Jahren besteht, um Wohnungen und Ateliers zu bauen. Es wurde eine alte Brauerei in Hausen/Bayern gekauft.

In Betrieb sind: zwei Ateliers, ein Ausstellungsraum, eine Holzwerkstatt, eine Gärtnerei, ein großes Wohnhaus.

Es gibt viel Platz zum ausbauen und nutzen.
Weitere Information:
Monika Lindard
Sophienstr.10
8741 Ostheim
☎ (09777) 8 73

Schlechte Verfassung ?

Kein Jubelheft zum 40-jährigen Bestehen des Grundgesetzes hat das Redaktionskollektiv von **FORUM RECHT** produziert. Unter der Fragestellung „Die BRD in schlechter Verfassung?" werden die Rahmenbedingungen der Verfassungsgebung beleuchtet, die Ideologie des Verfassungspatriotismus hinterfragt und das Bundesverfassungsgericht aus demokratischer Sicht kritisiert. Forum Recht ist ein bundesweites Projekt links-alternativer Juragruppen. Bezug (für DM 3.- pro Heft) über
Recht & Billig Verlag
Falkstr. 13
4800 Bielefeld

Krankheit der Woche

Eine neue Krankheit entdeckten britische Mediziner bei Managern und betuchten Geschäftsleuten: das Kreditkartensyndrom. Symptome sind Blutergüsse und Prellungen am Gesäß. Ursachen sind zu viele Kreditkarten im Portemonnaie, die dann beim Sitzen auf die Pomuskulatur drücken.

Lern= werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere **„Lernwerkstatt"** hat 27 Betten (2-, 3-, 4- Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- oder Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knappe 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.
Info & Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 od. 10 31

Leserbrief zum Artikel „Anti- Pädagogik", CONTRASTE, Mai '89

Lieber Uli Hatthey, oder auch sehr geehrter Herr (?).
Gefreut hat mich, daß eine Reaktion auf den Artikel „Anti-Pädagogik..." kam. Noch mehr gefreut hätte mich, wenn er auch verstanden worden wäre.

Wieso kommt ein Leserbriefschreiber darauf, daß ich neue „Verordnungen..." haben will? Was das Wirtschaftsleben angeht: hier muß allerdinge neben einer anti-pädagogischen Grundeinstellung politisch darauf hin gewirkt werden, daß eben die „bürgerlich- kapitalistische Gesellschaft" abgeschafft wird.

Ich will auch nicht Lernen auf anarchistische Kleingruppen beschränken, ich will überhaupt nichts und niemanden einschränken, also auch nicht die Landkommune!

Daß, wie Uli Hatthey schreibt, Kinder Führung wollen oder gar schätzen, stammt aus der Märchenwelt der MetaphysikerInnen und ist nicht gerade von der Wirklichkeit beleckt. Und es mag Uli Hatthey unverständlich sein: ich möchte gar nicht „mit Kindern arbeiten", ich lebe viel lieber mit ihnen.

Freiheit entsteht eben nur durch Freilassen!

Gerhard Kern

Forum **Recht**
Rechtspolitisches Magazin – nicht nur für JurastudentInnen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
3 Mark + 1 Mark Porto
Jahres-Abo: 14.50 Mark

Aktueller Schwerpunkt:
40 Jahre Grundgesetz – Die BRD in schlechter Verfassung?
Ch. Rath
Grundgesetz der Westintegration
D. Maitra
Verfassungspatriotismus in der BRD
A. Stein
Demokratische Ambivalenz des Bundesverfassungsgerichts

Probe-Abo (ohne Verlängerung): 2 Hefte für 5 Mark Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13
4800 Bielefeld 1
Tel. (0521) 67696

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - .... und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str 7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen
(32 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM**
(jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM**
(jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankierten Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos immer im Papierkorb!** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.

Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Tagungen ... Seminare ... Treffen

ibek

Workshop alternative Betriebsführung

Was heißt hier Führung? Niemand soll den Betrieb führen – höchstens alle. Hierarchien lehnen wir ab – wir wollen das gleichberechtigte Nebeneinander aller im Betrieb. Einen Kontrolletti im Betrieb leisten wir uns nicht!

Diese Prinzipien begegnen uns immer wieder in unserer täglichen Beratungsarbeit. So wichtig sie für die Entstehung des alternativen Sektors waren, sind heute diese Grundsätze zwar nicht überholt, aber doch diskussionswürdig. Viele Betriebe beobachten bei sich einen Prozeß, der ihren anfänglicher chaotischen Strukturen immer mehr Struktur verleiht.

Wir wollen in diesem Seminar Instrumente und Methoden vorstellen, die bei der Führung eines selbstverwalteten Betriebes oder einer alternativen Organisation hilfreich sein können. Wir werden Gelegenheiten einräumen, die Ansätze spielerisch zu erproben. Unter anderem werden wir an folgenden Themen arbeiten:

- Entscheidungsstrukturen
- Controlling/Betriebspläne
- Strategische Planung.
- Kollektives Management
- Rollenverhalten als UnternehmerIn
- Konfliktlösungsstrategien
- Interne Strukturen und Verträge

Das Seminar richtet sich an Menschen, die ihren Betrieb oder ihre Organisation effektiver und befriedigender gestalten wollen, ohne dabei demokratische und politische Prinzipien über Bord zu werfen:

Ort: Haus Einschlingen
4800 Bielefeld
Beginn: Do., 15.06., Anreise bis 18.00 Uhr
Ende: So., 18.06., 13.00 Uhr Abreise nach dem Mittagessen
Kosten: Seminargebühr DM 300.–, zuzügl. 14% MWSt, zahlbar bis 12.06. auf das Postscheckkonto Karlsruhe, BLZ 660 100 75, Konto: 184 743-751
Die Unterbringungskosten im Tagungshaus sind direkt an die Hausverwaltung zu zahlen (DM 40.– VP/Tag)
Wenn mehrere Menschen aus einer Organisation teilnehmen wollen, kann ein Gruppenrabatt gewährt werden.

Anmeldung: ibek GmbH
Zähringerstr. 41
7500 Karlsruhe 1
☎ (0721) 37 40 22

Trans Europe '89

Internationales Sommerfestival

Das diesjährige Festival zum **10. Geburtstag der der UFA–Fabrik** wird im neu gestalteten Saal mit einem rauschenden Drei–Tage–Fest eröffnet. Kabaret, Musik, Cirkuseinlagen, Tanz, Freilichtkino und weitere Überraschungen warten auf das Publikum. Gleichzeitig startet das **„Afrika Musik & Tanz Festival – Beat to Roods"**, eine musikalisch–tänzerische Reise durch fünf Länder des schwarzen Kontinents mit Famadou Konate/Guinee, Yorumba Dun Dun/Nigeria, MFA Kera/Madagaskar, SAF SAP/Senegal und Mohammed Mounir/Ägypten.
Von Juli bis September gibt es was zu lachen beim **„c/c Comedy Cabaret"** nach dem Motto: „...der Humor ist ein ernstes Geschäft...". Beteiligt sind etliche komische Frauen, schräge Vögel und verrückte Typen wie voraussichtlich Janice Perry/USA, Franz, Franz & the Melody Boys/-Österreich, Theater Missfits/BRD, Karl's Enkel/Berlin DDR, Literathuren/BRD, Reverend Blues/Frankreich und Hendrike von Sydow & Dieter Thomas/BRD Frankfurt.
Die Ankuft der **MIR–Caravane** in West-Berlin wird ein weiterer Höhepunkt sein. Zehn reisende Theatergruppen, ca. 200 Schauspieler aus Ost und West spielen in fünf Zelten zwanzig verschiedene Stücke, ein reisendes Theaterfestival, wie es noch nie war. Das alles und noch viel mehr erwartet Berlin im Sommer!
Weitere Informationen und vorbehaltene Änderungen bitte in der UFA–Fabrik erfragen.

Lutter Gruppe

Autonomes Ferien- und Tagungshaus Lutter hat noch Plätze ab August frei. Es ist Teil unserer Burg, auf der wir nach anarchistischen Gesichtspunkten wohnen, arbeiten und lieben. (Diese Ganzheitlichkeit hat es übrigens in sich. Und wenn unsere Gäste es wollen, schildern wir ihnen hautnah unsere Freuden und Leiden des Alltags.)
3372 Lutter am Barenberge
Auf der Domäne
☎ (05383) 18 84
mögl. Mo 19-20 Uhr,
Mi u. Fr 12-13 Uhr

ibek Seminar
Alternative Betriebsführung!
Ein Einführungsworkshop in Kollektives Management
15.6. – 18.6.1989
Programm und Anmeldungen
ibek GmbH
Telefon 0721 / 37 40 22

Rat & Plan

Existenzgründungskurs. Vom 23. bis 24. Juni 1989. Dieser Kurs informiert über die Vorgehensweise bei der Gründungsplanung und über Einzelfragen im Bereich Finanzierung und Gründungsformalia (Anmeldungen und Genehmigungen) sowie Rechtsform und Steuern.

Einführung in die Buchhaltung. Vom 30. Juni bis 1. Juli 1989. In diesem Kompaktkurs geht es um Belegordnung, Kassenbuch, Amerikanisches Journal, Wareneingangsbuch, Umsatzsteuer und *Umsatzsteuervoranmeldung*, Betriebsausgaben und Abschreibungen.
Information & Anmeldung:
Rat & Plan
Betriebsberatung
Eimsbütteler Str. 16
2000 Hamburg 50
☎ (040) 439 91 22
Mo-Fr.: 11-15 Uhr

Europa gegen den Strom

Festival der alternativen – unabhängigen – radikalen Informationsträger vom 15. bis 17. September '89 in Amsterdam. Näheres in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung.

3. Aachener Dritte Welt Fest am 10.6.1989

Über 30 Gruppen, die im Dritte Welt Forum Aachen zusammengeschlossen sind und mit ihrer Arbeit auf kommunaler Ebene Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt praktizieren, sind in der gemeinsamen Vorbereitung.

Es soll, wie in den letzten Jahren, eine Mischung aus Kultur und Politik, aus musikalischer Darbietung und Informationsangebot werden. Nachdem die teilnehmenden Gruppen 1988 die Verschuldungskrise in den thematischen Mittelpunkt gestellt haben, wird in diesem Jahr der Schwerpunkt „Flucht, Vertreibung, Asyl" lauten.

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Rechtsextremismus und von Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik sollen Ursachen und Folgen von nationalen und die Grenzen überschreitenden Flüchtlingsströmen in der Dritten Welt aufgezeigt werden.

Um die inhaltlichen Ziele des Festes stärker als bisher zur Geltung zu bringen, plant das Dritte Welt Forum zeitlich vor- und nachgelagerte Veranstaltungen zum Thema. Diese werden rechtzeitig angekündigt werden.

Auf dem Dritte Welt Fest am 10.6. wird es neben Musik auch kulinarische Genüsse aus verschiedenen Ländern der Dritten Welt geben. Im Westpark an der Gartenstraße soll es gegen 13 Uhr losgehen, bei schlechtem Wetter können die Veranstalter in die mensa academica, Turmstraße, ausweichen.

3. Welt Forum e.V.
5100 Aachen
☎ (0241) 2 16 94

Open Air

Zum zweiten Mal veranstaltet die Zeitschrift „Rumpelstilz 2000", Vernetzungsmedium im Hunsrück, im Andeler Steinbruch bei Bernkastel- Kues ein Open-Air-Festival.

Ganz im Gegensatz zum Zeittrend geht dieses Festival weg von der üblichen Kommerzialisierung und bietet für wenig Geld (Drei- Tageskarte 18,– DM) ein Kulturangebot, welches sich sehen und hören lassen kann. Der Eintrittserlös wird anteilsmäßig an alle Darsteller aufgeteilt und die Veranstalterin erhält nur die auftretenden Kosten ersetzt. Sollten Überschüsse entstehen, kommen diese der Zeitschrift „Rumpelstilz 2000" zur Schuldendeckung zu.

Wie auch im letzten Jahr ist die Vernetzung alternativ- ökonomischer Betriebe und Gruppen Motivation der Veranstaltung. Ganz im Sinne des im September stattfindenden „Festivals der alternativen, unabhängigen, radikalen Informationsträger" in Amsterdam, soll dieses Festival ein kleiner Vorläufer dieses Versuches eines „Europa gegen den Strom" sein.

AG hessische Ausbildungsbetriebe

Nächstes Treffen: 17.6.1989 in Kassel. Mögliche Schwerpunkte: EG- Sozialfonds 1990, Politische Arbeit im Hinblick auf die Landtagswahl 1991.
Anmeldung & Information:
BuntStift e.V.
Martin Mertens
Helmholtzstr. 4
3500 Kassel
☎ (0561) 89 57 64

Sommerseminar Alternative Ökonomie der AG Spak

Das diesjährige Sommerseminar des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie der AG SPAK findet vom 28.7. bis 7.8.1989 im Autonomen Bildungs–Centrum in 2168 Drochtersen statt. Vorbereitete Themen sind:

1. Selbstverwaltungstheorie: Konzeption neuer Produktionsverhältnisse
2. Genossenschaften und Selbstverwaltungsbetriebe in Europa – Beispiele
3. Organisationsstruktur sozialer Projekte
4. ABM–Kürzungen, Projektperspektiven, Gegenstrategien
5. Tanz: Theorie, Geschichte, Praxis

Eigene Beiträge inhaltlicher und kultureller Art sind erwünscht und können als Arbeitsgruppe oder Abendveranstaltung eingebracht werden!! Information und Anmeldung:
Andrea Gerth
Kronenstr. 16
6800 Mannheim 51
☎: 0621 / 791026

ISO

Das italienische Genossenschaftswesen heute: theoretische und vor allem praktische Verknüpfungen zur BRD, auch im Hinblick auf 1992.
Gibt es Möglichkeiten der direkten Kooperation zwischen italienischen Genossenschaften (alt-neu) und der hiesigen SV- Bewegung bzw. „neuen" Genossenschaften? Werden durch die Annäherungen 1992 auch Kontakte einfacher? Läßt sich aus dieser Annäherung Stärke gewinnen, um politisch (ideell) nicht nur zu überleben, sondern den Genossenschaftsgedanken und die Selbstverwaltungsidee vorwärts zu bringen.
Diese und ähnliche Fragen werden diskutiert. Dazu gibt es Ergebnisse vom Seminar '88 und der Exkursion im September '88.
Eine Exkursion Ende '89 ist möglich, doch nicht festgelegt.
Vom 23.-25.6.89 im Bessunger Forst, 6101 Roßdorf/b. Darmstadt.
Anmeldung:
Reinhard Neumann
Schloßgartenstr. 63
6100 Darmstadt

Das baskische Genossenschaftsexperiment von Mondragon
In der Kleinstadt Mondragon existiert ein Genossenschaftskomplex mit ca. 21.000 Beschäftigten. Es bestehen dort eine technische Hochschule, ein Forschungsinstitut, Sozialversicherungswesen und über 100 Produktivgenossenschaften. In der BRD ist dieses baskische „Experiment" kaum zur Kenntnis genommen worden. Dieses Seminar bietet erstmals die Möglichkeit sich über die Entstehung und Entwicklung dieses Genossenschaftskomplexes zu informieren.
Vom 7. bis 9.7.1989 im Tagungshaus Niederkaufungen
Information & Anmeldung:
Peter Heisig
Sertürnerstr. 13
3400 Göttingen

Zwei Wochen Öko- Sommer: Zimmerei und Lehmbau
16.-28.7.89
Information & Anmeldung: siehe obige Anschrift

– WIR SETZEN DAGEGEN

...nicht nur mit der monatlich erscheinenden „Zeitung für Selbstverwaltung", sondern auch durch Aktivitäten des CONTRASTE-Vereins zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie. So ist CONTRASTE Mitinitiatorin der geplanten europaweiten Projektemesse in Berlin 1991, wo Projekte und Betriebe aus europäischen Ländern in Ost und West den verstaubten Regeln der alten Ordnung und Unterordnung ihre Vorstellungen von anderen Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensformen entgegensetzen werden – phantasievoll, lautstark und uneinsichtig.

Besser CONTRASTE fördern als die Kohlsuppe fettmachen!

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
Mein Mitgliedsbeitrag beträgt .....DM pro Jahr
(mind. 72,- DM für Einzelpersonen, mind. 200 DM für juristische Peronen)

O Schickt mir erst mal Eure Satzung

O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo

Unterschrift ..... Datum .....

Name, Vorname .....

Straße .....

Wohnort .....

Abonnement

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: .....

Adresse: .....

Gruppe/Betrieb/Beruf: .....
Abo für 12 Monate 36,– DM (incl. Versand)

Zahlungsweise (zutrefffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: .....

Geldinstitut: .....

Konto-Nr.: .....

BLZ: .....
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift: .....
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen .....
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich (336 Schilling im Jahr an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1020 Wien.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.